



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

03 2014

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Aus dem Inhalt:

Wasser

Energie

Gesundheitswesen



Fotonachweis

Titelfoto: Juwi

In Rheinland-Pfalz betrug der Primärenergieverbrauch der erneuerbaren Energien 2010 fast 18 Milliarden Kilowattstunden. Daran hatte die Biomasse einen Anteil in Höhe von 75 Prozent. Auf Windkraft entfielen 9,8 Prozent, auf Wasserkraft 6,3 Prozent und auf Solarenergie 4,7 Prozent.

Beilage: Faltblatt „Frauen“

03 | 2014

STATISTISCHE MONATSHEFTE

67. Jahrgang

kurz + aktuell	195
Industrie ■ Baugewerbe ■ Einzelhandel ■ Gastgewerbe Tourismus ■ Landwirtschaft ■ Bildung ■ Energie ■ Verkehr	
Aus der amtlichen Statistik	208
Verbraucherpreise	210
Rheinland-Pfalz in Karten: Gewerbesteuerhebesatz 2012 nach Verwaltungsbezirken	211
Entgelte für die Trinkwasserversorgung um ein Fünftel gestiegen	212
Energieproduktivität und erneuerbare Energien	221
Personal im Gesundheitswesen 2008 bis 2011	229
Daten zur Konjunktur	238
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	271
Neuerscheinungen	287

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Produktion im verarbeitenden Gewerbe im Dezember 2013 gesunken

Im Vergleich zum Vormonat sank die Produktion im Dezember 2013 in der rheinland-pfälzischen Industrie um 3,2 Prozent. Alle drei Industriehauptgruppen verzeichneten einen niedrigeren Output. Am stärksten ging der Güterausstoß im Investitionsgüterbereich zurück (–5,7 Prozent). Die Konsumgüter- sowie die Vorleistungsgüterproduzenten schränkten ihre Produktion ebenfalls ein (–3,9 bzw. –1,4 Prozent). Gleiches gilt für die drei großen Branchen des Landes. Vor allem im Fahrzeugbau blieb der Güterausstoß deutlich hinter dem Vormonatsergebnis zurück (–8,9 Prozent). Außerdem meldeten die chemische Industrie sowie der Maschinenbau eine sinkende Produktion (jeweils –1,3 Prozent).

Gegenüber dem Vorjahresmonat ging der bereinigte Output des verarbeitenden Gewerbes geringfügig zurück (–0,4 Prozent). Unter den Industriehauptgruppen weiteten die Investitionsgüter- sowie die Vorleistungsgüterhersteller ihre Produktion aus (+3,2 bzw. +0,9 Prozent). Dagegen wurde im Konsumgüterbereich der Güterausstoß deutlich zurückgefahren (–6,5 Prozent). In den drei großen Branchen des Landes wurde mehr produziert als im Vorjahr. In der chemischen Industrie sowie im Fahrzeugbau kam es zu einem merklichen Outputzuwachs (+5,1 bzw. +5 Prozent). Im Maschinenbau wurde die Produktion ebenfalls ausgeweitet (+2,8 Prozent).

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Dez. 2013		2013
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu		
	Nov. 2013	Dez. 2012	2012
Entwicklung der Produktion			
Industrie	-3,2 % ↓	-0,4 % ↘	0,4 % ↗
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-1,4 % ↘	0,9 % ↗	1,4 % ↗
Investitionsgüterproduzenten	-5,7 % ↓	3,2 % ↑	0,8 % ↗
Konsumgüterproduzenten	-3,9 % ↓	-6,5 % ↓	-3,3 % ↓
Chemie	-1,3 % ↘	5,1 % ↑	5,4 % ↑
Fahrzeugbau	-8,9 % ↓	5,0 % ↑	4,7 % ↑
Maschinenbau	-1,3 % ↘	2,8 % ↑	-4,7 % ↓
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	-4,7 % ↓	-4,2 % ↓	2,3 % ↑
Inland	-2,7 % ↓	-0,3 % ↘	2,4 % ↑
Ausland	-6,0 % ↓	-6,8 % ↓	2,2 % ↑
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-5,6 % ↓	-5,4 % ↓	1,4 % ↗
Investitionsgüterproduzenten	-2,2 % ↓	-1,3 % ↘	6,2 % ↑
Konsumgüterproduzenten	-6,3 % ↓	-5,2 % ↓	-8,1 % ↓
Chemie	-6,6 % ↓	-7,4 % ↓	3,8 % ↑
Fahrzeugbau	2,3 % ↑	-8,4 % ↓	12,8 % ↑
Maschinenbau	-7,9 % ↓	8,9 % ↑	0,8 % ↗

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Im Jahr 2013 erhöhte sich die Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,4 Prozent. Während der Output der Vorleistungsgüterproduzenten (+1,4 Prozent) sowie die Investitionsgüterproduktion (+0,8 Prozent) anstieg, blieb der Konsumgüterausstoß hinter dem Vorjahresniveau zurück (–3,3 Prozent). Unter den drei großen Industriebranchen verzeichneten die chemische Industrie sowie der Fahrzeugbau einen höheren Güterausstoß (+5,4 bzw. +4,7 Prozent). Im Maschinenbau wurde dagegen weniger produziert als im Vorjahr (–4,7 Prozent).

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe im Dezember 2013 niedriger als zuletzt

Im Vergleich zum Vormonat verschlechterte sich der Auftragseingang in der rheinland-pfälzischen Industrie im Dezember 2013 um 4,7 Prozent. Sowohl die Nachfrage aus dem Inland (–2,7 Prozent) als auch aus dem Ausland (–6 Prozent) fiel niedriger aus als im November. Alle drei Industriehauptgruppen verzeichneten rückläufige Auftragszahlen. Den stärksten Rückgang hatten die Konsumgüterproduzenten zu ver-

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



kraften (–6,3 Prozent). Bei den Vorleistungsgüter- sowie den Investitionsgüterproduzenten ergab sich ein Auftragsminus von 5,6 bzw. 2,2 Prozent. Die drei großen Branchen des verarbeitenden Gewerbes wiesen keine einheitliche Entwicklung auf. Während der Fahrzeugbau zulegen konnte (+2,3 Prozent), blieb im Maschinenbau sowie in der chemischen Industrie die Nachfrage deutlich hinter dem Vormonatsergebnis zurück (–7,9 bzw. –6,6 Prozent).

Gegenüber dem Vorjahr verringerten sich die bereinigten Auftragseingänge um 4,2 Prozent. Im Auslandsgeschäft wurde ein kräftiger Rückgang von 6,8 Prozent registriert. Die Inlandsnachfrage ging dagegen nur leicht zurück (–0,3 Prozent). Alle Industriehauptgruppen meldeten sinkende Auftragszahlen. Die Vorleistungsgüter- sowie die Konsumgüterproduzenten verbuchten deutlich weniger Bestellungen als vor Jahresfrist (–5,4 bzw. –5,2 Prozent). Bei den Investitionsgüterproduzenten ging das Ordervolumen um 1,3 Prozent zurück. Von den drei großen Branchen des Landes errechnete sich nur für den Maschinenbau ein kräftiger Anstieg der Bestellungen (+8,9 Prozent). Dagegen gingen die Auftragseingänge im Fahrzeugbau sowie in der chemischen Industrie deutlich zurück (–8,4 bzw. –7,4 Prozent).

Im Jahr 2013 verbesserte sich die Nachfrage in der rheinland-pfälzischen Industrie preis-, kalender- und saisonbereinigt um 2,3 Prozent. Die etwas größeren Nachfrageimpulse kamen aus dem Inland (+2,4 Prozent).

Die Bestellungen aus dem Ausland waren aber ebenfalls höher als im Vorjahr (+2,2 Prozent). Während die Investitionsgüter- sowie die Vorleistungsgüterproduzenten eine verbesserte Auftragslage meldeten (+6,2 bzw. +1,4 Prozent), ging die Nachfrage nach Konsumgütern erheblich zurück (–8,1 Prozent). Von den drei großen Industriebranchen verbuchte der Fahrzeugbau das höchste Auftragsplus (+13 Prozent). In der chemischen Industrie sowie im Maschinenbau fielen die Bestellungen ebenfalls höher aus als im Vorjahr (+3,8 bzw. +0,8 Prozent).

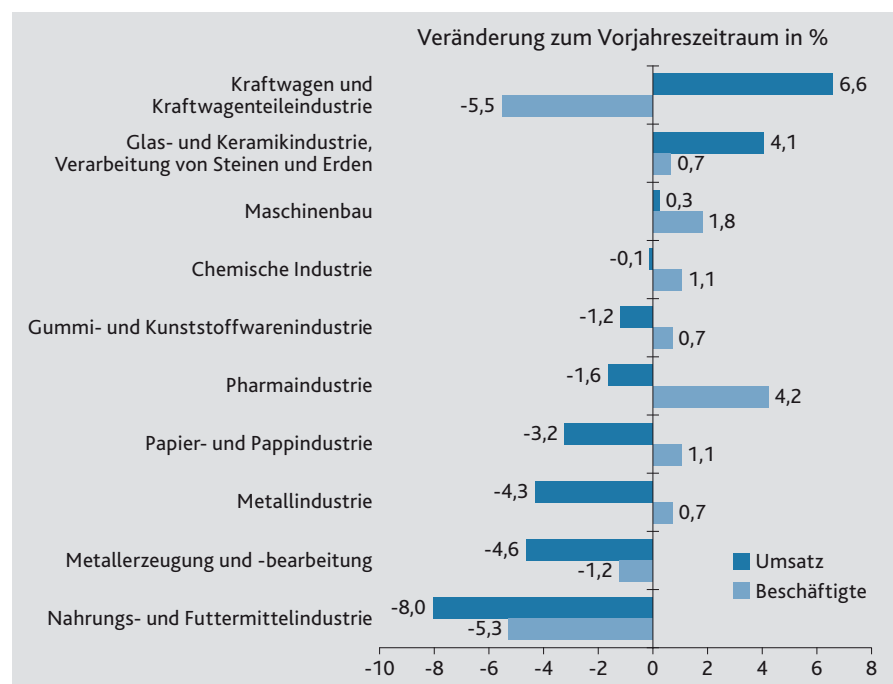
Industrie 2013: Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit kräftigem Umsatzplus

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte im Jahr 2013 Umsätze in

Höhe von 84,7 Milliarden Euro. Das waren 0,1 Prozent mehr als im Vorjahr (Deutschland: –0,6 Prozent). Die Auslandserlöse stiegen um 0,5 Prozent (Deutschland: +1,1 Prozent), die Inlandsumsätze gingen leicht um 0,3 Prozent zurück (Deutschland: –2,1 Prozent). Die Exportquote – der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz – belief sich auf 54,1 Prozent (Deutschland: 47,5 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten lag im Dezember 2013 mit 248 855 um rund 300 bzw. 0,1 Prozent unter dem Wert des Vorjahresmonats (Deutschland: +0,7 Prozent). Im Jahr 2013 wurden 377 Millionen Arbeitsstunden geleistet, 0,5 Prozent weniger als 2012. Deutschlandweit stieg die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 0,1 Prozent auf 8,1 Milliarden.

Umsätze im Jahr 2013 und Beschäftigte im Dezember 2013 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Drei der zehn umsatzstärksten Industriebranchen erzielten 2013 mehr Umsatz als im Vorjahr. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen meldeten überdurchschnittliche Erlöszuwächse (+6,6 Prozent). Dazu trug vor allem das Auslandsgeschäft bei (+7,1 Prozent), aber auch die Inlandsumsätze übertrafen das Niveau des Vorjahres deutlich (+5,8 Prozent). Die Umsätze der Hersteller von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden lagen 4,1 Prozent höher als 2012. Die Maschinenbauer steigerten ihre Erlöse leicht um 0,3 Prozent. Bei den übrigen Wirtschaftszweigen lagen die Umsätze teils deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. So verzeichneten die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln ein Minus von acht Prozent. Die Metallerzeugung und -bearbeitung setzte 4,6 Prozent weniger um, in der Herstellung von Metallerzeugnissen sanken die Umsätze um 4,3 Prozent.

Die Beschäftigtenentwicklung verlief für die Hersteller von pharmazeutischen Produkten (+4,2 Prozent) besonders positiv. Der Maschinenbau hatte 1,8 Prozent mehr Personal als vor Jahresfrist, die chemische Industrie und die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus stockten ihr Personal um jeweils 1,1 Prozent auf. Rückgänge meldeten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-5,5 Prozent) sowie die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln (-5,3 Prozent).

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Dez. 2013		2013
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	Nov. 2013	Dez. 2012	2012
Auftragseingang	11,4 % ↑	0,2 % ↗	-1,6 % ↘
Hochbau insgesamt	8,9 % ↑	-1,8 % ↘	-3,7 % ↓
Wohnungsbau	29,1 % ↑	1,2 % ↗	-8,5 % ↓
gewerblicher Hochbau	19,2 % ↑	15,2 % ↑	1,7 % ↗
öffentlicher Hochbau	-12,3 % ↓	-20,2 % ↓	-7,9 % ↓
Tiefbau insgesamt	13,5 % ↑	2,1 % ↑	0,6 % ↗
gewerblicher Tiefbau	-29,9 % ↓	-34,3 % ↓	2,2 % ↑
öffentlicher Tiefbau	11,8 % ↑	12,3 % ↑	8,8 % ↑
Straßenbau	39,6 % ↑	14,7 % ↑	-4,2 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	5,8 % ↑	10,6 % ↑	4,3 % ↑
Hochbau insgesamt	1,2 % ↗	-2,9 % ↓	3,4 % ↑
Wohnungsbau	3,4 % ↑	18,2 % ↑	2,4 % ↑
gewerblicher Hochbau	-7,1 % ↓	-23,8 % ↓	2,7 % ↑
öffentlicher Hochbau	13,4 % ↑	13,5 % ↑	5,5 % ↑
Tiefbau insgesamt	9,8 % ↑	25,3 % ↑	5,4 % ↑
gewerblicher Tiefbau	0,7 % ↗	34,5 % ↑	11,7 % ↑
öffentlicher Tiefbau	4,8 % ↑	15,1 % ↑	3,7 % ↑
Straßenbau	16,9 % ↑	27,1 % ↑	3,8 % ↑

¹ Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

Auftragseingänge und Umsätze im Bauhauptgewerbe deutlich höher als im Vormonat

Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe sind im Dezember 2013 gegenüber dem Vormonat kalender- und saisonbereinigt um elf Prozent gestiegen. Für den Hochbau wurde ein Anstieg von 8,9 Prozent beobachtet. Im Tiefbau waren sogar kräftige Zuwächse von 13,5 Prozent zu verzeichnen. Vor allem im Straßenbau (+40 Prozent), im Wohnungsbau (+29 Prozent) sowie im gewerblichen Hochbau (+19 Prozent) erhielten die Unternehmen deutlich mehr Aufträge als im November. Dagegen kam es im gewerblichen

Tiefbau sowie im öffentlichen Hochbau zu kräftigen Auftragseinbußen (-30 bzw. -12 Prozent).

Der baugewerbliche Umsatz erhöhte sich gegenüber dem Vormonat kalender- und saisonbereinigt um 5,8 Prozent. Im Hochbau wurde eine leichte Verbesserung registriert (+1,2 Prozent). Für den Tiefbau errechnete sich eine deutliche Umsatzsteigerung (+9,8 Prozent). In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber verzeichneten der Straßenbau sowie der öffentliche Hochbau die höchsten Umsatzzuwächse (+17 bzw. +13 Prozent). Lediglich im gewerblichen Hochbau blieben die Umsätze hinter dem Vormonatsergebnis zurück (-7,1 Prozent).

Gegenüber dem Vorjahresmonat sind die bereinigten Auftragseingänge im Baugewerbe geringfügig gestiegen (+0,2 Prozent). Während im Hochbau ein leichter Rückgang um 1,8 Prozent registriert wurde, erhöhten sich die Bestellungen im Tiefbau um 2,1 Prozent. In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber kam es zu sehr unterschiedlichen Entwicklungen. Kräftige Auftragseinbußen waren vor allem im gewerblichen Tiefbau (–34 Prozent) sowie im öffentlichen Hochbau zu verzeichnen (–20 Prozent). Dagegen verbuchten der gewerbliche Hochbau und der Straßenbau (jeweils +15 Prozent) sowie der öffentliche Tiefbau (+12 Prozent) deutliche Auftragssteigerungen.

Im Vergleich zum Dezember 2012 legte der baugewerbliche Umsatz kalender- und saisonbereinigt um elf Prozent zu. Während es im Hochbau zu einem Rückgang um 2,9 Prozent kam, wurden im Tiefbau die Umsätze des Vorjahres deutlich übertroffen (+25 Prozent). Mit Ausnahme des gewerblichen Hochbaus (–24 Prozent) gab es in allen Bereichen zweistellige Zuwachsraten. Die stärksten Steigerungen verzeichneten der gewerbliche Tiefbau sowie der Straßenbau (+34,5 bzw. +27 Prozent).

Im Jahr 2013 ging die Nachfrage nach Bauleistungen im Bauhauptgewerbe kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozent zurück. Während im Hochbau ein Minus von 3,7 Prozent registriert wurde, gab es im Tiefbau eine leichte Verbesserung um 0,6 Prozent. In der Gliederung nach Bauart und Auf-

traggeber blieben der Wohnungsbau (–8,5 Prozent), der öffentliche Hochbau (–7,9 Prozent) sowie der Straßenbau (–4,2 Prozent) hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Zuwächse verbuchte vor allem der öffentliche Tiefbau (+8,8 Prozent).

Der bereinigte baugewerbliche Umsatz verbesserte sich im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um 4,3 Prozent. Sowohl der Hochbau (+3,4 Prozent) als auch der Tiefbau (+5,4 Prozent) verzeichneten Umsatzsteigerungen. Diese positive Entwicklung zeigte sich in allen Bereichen des Bauhauptgewerbes. Vor allem der gewerbliche Tiefbau legte kräftig zu (+12 Prozent). Überdurchschnittliche Zuwächse gab es darüber hinaus im öffentlichen Hochbau (+5,5 Prozent).

Mehr Investitionen im Baugewerbe

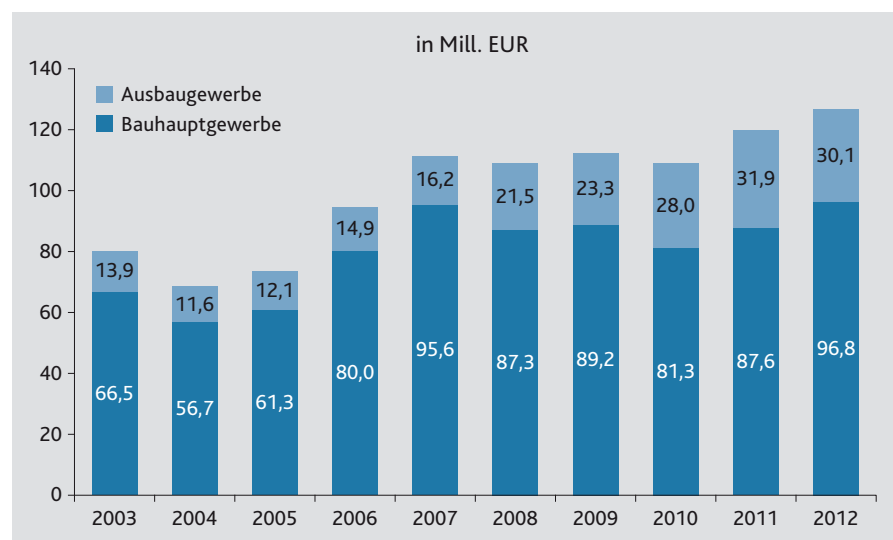
Die rheinland-pfälzischen Unternehmen des Baugewerbes investierten im Jahr 2012 annähernd 127 Milli-

onen Euro und damit 7,4 Millionen Euro mehr als 2011 (+6,2 Prozent). Der Hauptteil entfiel mit rund 109 Millionen Euro auf Maschinen und Anlagen (+0,8 Prozent), knapp 18 Millionen Euro wurden für Grundstücke und Gebäude (+58 Prozent) angelegt.

Das Bauhauptgewerbe investierte knapp 97 Millionen Euro und damit fast elf Prozent mehr als im Vorjahr. Die Investitionen in Ausrüstungen wie Maschinen, Geräte, Baustellen- und Büroausstattungen lagen mit 82,5 Millionen Euro leicht über dem Vorjahresniveau (+0,9 Prozent). Für den Erwerb bebauter Grundstücke wurden gut 13 Millionen Euro aufgewendet, dreimal so viel wie im Jahr zuvor. Auf unbebaute Grundstücke entfielen 1,2 Millionen Euro.

Die Investitionssumme im Ausbaugewerbe lag mit rund 30 Millionen Euro um 5,7 Prozent unter dem Vorjahreswert. Für Ausrüstungen wurden 26,5 Millionen aufgewendet, das

Bruttoanlageinvestitionen im Baugewerbe 2003–2012

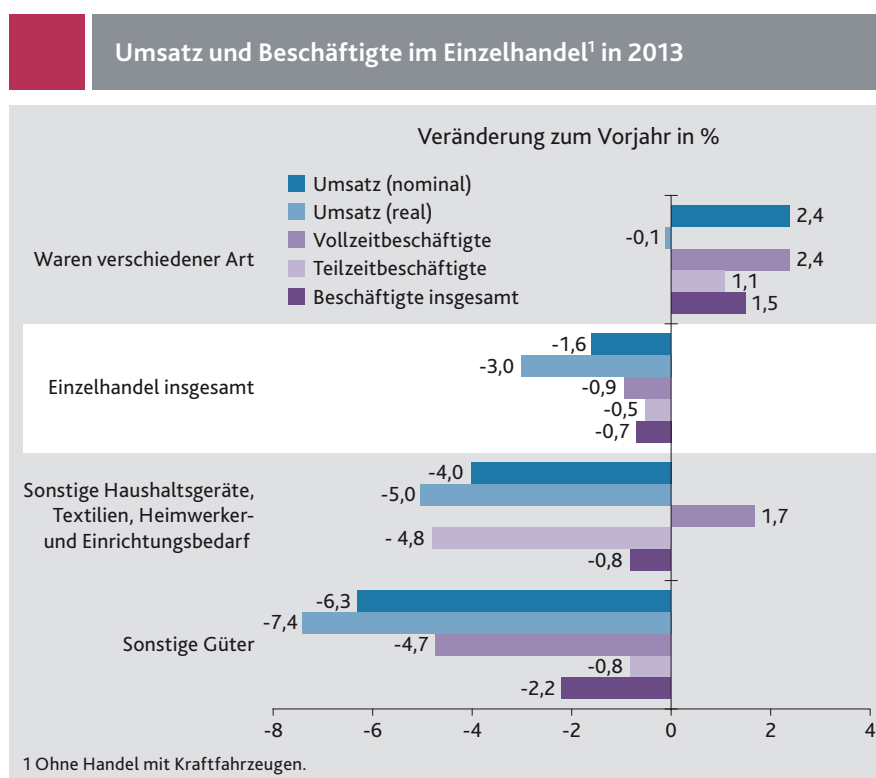


waren 0,4 Prozent mehr als im Jahr 2011. Für bebaute Grundstücke gab die Branche 3,3 Millionen Euro aus, 38 Prozent weniger als im Jahr zuvor.

Einzelhandel 2013: Umsatz- und Beschäftigtenrückgang

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel setzte im Jahr 2013 weniger um als im Jahr 2012. Nach vorläufigen Angaben lag der Umsatz zu jeweiligen Preisen (nominal) um 1,6 Prozent unter dem Vorjahreswert. Real, unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, sank der Umsatz um drei Prozent. Deutschlandweit stieg der Einzelhandelsumsatz im Jahr 2013 nominal um 1,5 und real um 0,2 Prozent.

Gegen den Landestrend verlief die Entwicklung im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, zu dem Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte gehören. Hier stieg der Umsatz nominal um 2,4 Prozent, real blieb er nahezu unverändert. Dagegen verzeichnete der Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik sowohl nominal (–8,8 Prozent) als auch real (–4 Prozent) Rückgänge. Die gleiche Entwicklung war im Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf zu beobachten. Hier sanken die Umsätze nominal um vier und real um fünf Prozent. Im Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren veränderten sich die Umsätze nominal geringfügig, preisbereinigt gingen sie um 2,4 Prozent zurück. Beim Ein-



zelhandel mit sonstigen Gütern, zu denen Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, blieb der Umsatz nominal um 6,3 und real um 7,4 Prozent unter den Werten des Jahres 2012.

Die überwiegend negative Umsatzentwicklung wirkte sich auch auf die Beschäftigung im rheinland-pfälzischen Einzelhandel aus. Die Gesamtzahl der Beschäftigten lag im Jahr 2013 um 0,7 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Dabei ging die Zahl der Vollzeitkräfte um 0,9 Prozent und die Zahl der Teilzeitkräfte um 0,5 Prozent zurück.

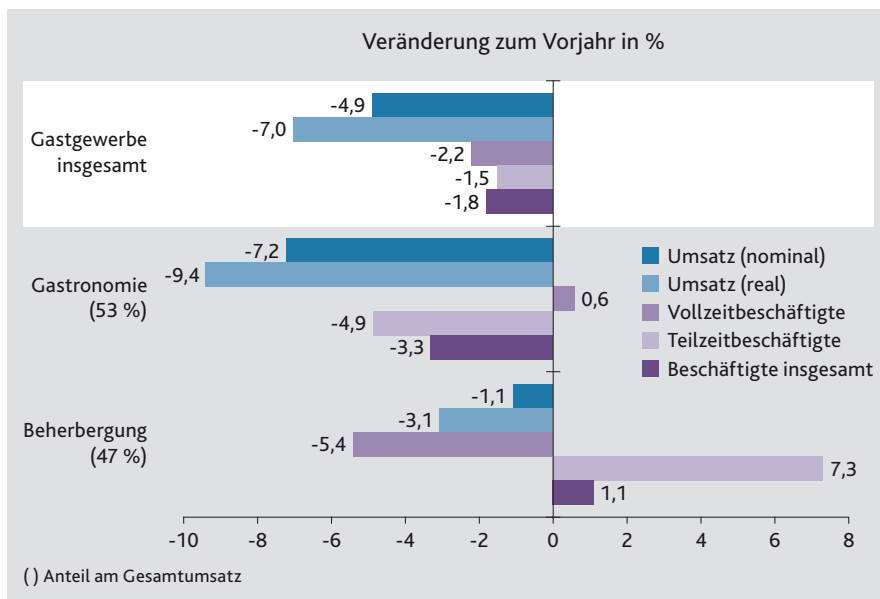
Gastgewerbe 2013: Rückgang bei Umsatz und Beschäftigung

Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe setzte im Jahr 2013 weniger um als im Jahr 2012. Nach vorläufigen

Berechnungen gingen die Umsätze nominal um 4,9 Prozent zurück. Real lagen die Umsätze sieben Prozent unter denen des Vorjahres. Deutschlandweit nahmen die Umsätze im Gastgewerbe nominal um 1,2 Prozent zu, preisbereinigt gingen sie um 1,1 Prozent zurück.

In der Gastronomie, in der über die Hälfte der Gastgewerbeumsätze erwirtschaftet wird, fielen die Zahlen nominal um 7,2 und real um 9,4 Prozent niedriger aus als im Vorjahr. Dabei verzeichnete die speisengeprägte Gastronomie, zu der Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben zählen, Rückgänge von 4,3 Prozent nominal bzw. 6,8 Prozent real. Die Umsätze der Caterer und Erbringer sonstiger Verpflegungsdienstleistungen sanken um 4,9 Prozent nominal und real um 6,9 Prozent. Das rhein-

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe 2013



land-pfälzische Beherbergungsgewerbe setzte 2013 nominal 1,1 und preisbereinigt 3,1 Prozent weniger um als im Vorjahr.

Die Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe ging im Jahr 2013 insgesamt um 1,8 Prozent zurück. Dabei verringerte sich die Zahl der Vollzeitkräfte um 2,2 und die der Teilzeitkräfte um 1,5 Prozent.

Tourismus 2013: Weniger Übernachtungen bei leichtem Gästeplus

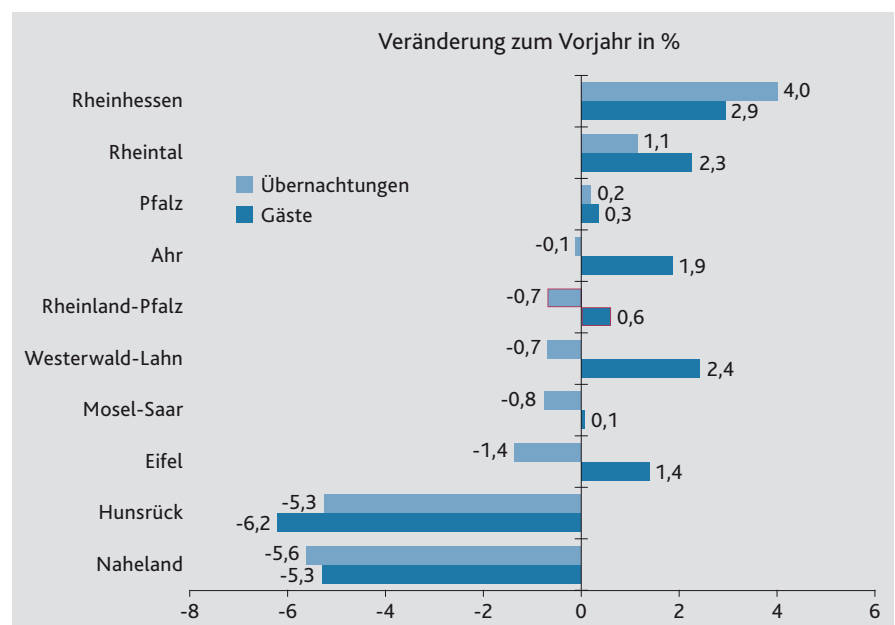
Der rheinland-pfälzische Tourismus konnte im vergangenen Jahr an das gute Vorjahresergebnis anknüpfen. In der Zeit von Januar bis Dezember 2013 übernachteten über 8,9 Millionen Gäste im Land. Das waren 0,6 Prozent mehr als im Jahr 2012. Die Besucher blieben im Durchschnitt 2,7 Tage und buchten über 24,2 Millionen Übernachtungen. Das waren

zwar 0,7 Prozent weniger als im Jahr 2012, dennoch wurden damit im dritten Jahr in Folge mehr als 24 Millionen Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben einschließlich der Campingplätze ermittelt.

In den neun rheinland-pfälzischen Tourismusregionen war der Verlauf uneinheitlich. In drei Regionen – Rheinhessen, Rheintal und Pfalz – entwickelten sich die Gäste- und Übernachtungszahlen positiv. Zwei Regionen – Hunsrück und Nahe-land – verzeichneten bei Gästen und Übernachtungen rückläufige Zahlen. In vier Gebieten – Ahr, Westerwald-Lahn, Mosel-Saar und Eifel – wurde ein höheres Gästeaufkommen als im Jahr 2012 registriert, die Zahl der Übernachtungen ging jedoch zurück.

Ein ähnlich uneinheitliches Bild zeigte sich bei den einzelnen Betriebsarten. Pensionen, Hotels garnis und Hotels verbuchten Zuwächse beim Gäste- und Übernachtungsaufkommen. Camping- und Reisemobilplätze sowie Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime verzeichneten ein Übernachtungsplus aber ein Gästeminus.

Übernachtungen und Gäste 2013 nach Tourismusregionen



In den Privatquartieren und in den Ferienwohnungen stieg die Zahl der Gäste, die der Übernachtungen ging jedoch zurück. Bei den übrigen Betriebsarten waren beide Werte rückläufig.

Mehr als 6,9 Millionen Übernachtungsgäste aus Deutschland besuchten Rheinland-Pfalz. Das war ein Prozent mehr als im Jahr 2012. Die Zahl ihrer Übernachtungen ging um 0,4 Prozent auf 18,4 Millionen zurück. Jeder fünfte Gast (zwei Millionen; –1 Prozent) kam aus dem Ausland. Auf diese Besuchergruppe entfielen fast 5,8 Millionen Übernachtungen (–1,4 Prozent).

Unter den Gästen aus dem Ausland bilden die Niederländerinnen und Niederländer traditionell die mit Abstand größte Gruppe. Sie blieben im Jahr 2013 über 2,7 Millionen Nächte (–2,1 Prozent). Auf Rang zwei folgten die Gäste aus Belgien mit 982 000 Übernachtungen (–3,6 Prozent), an dritter Stelle die Gäste aus Großbritannien mit 343 000 Übernachtungen (+2,7 Prozent).

Rinderbestand hat leicht zugelegt, aber weniger Schweine und Schafe

Im November 2013 wurden in Rheinland-Pfalz rund 363 500 Rinder registriert. Das bedeutet gegenüber der Erhebung im November 2012 eine Erhöhung des Bestandes um 2,3 Prozent. Die Zahl der Schweine sank demgegenüber im gleichen Zeitraum um 5,1 Prozent auf 204 700. Der Rückgang beim Schafbestand

(64 400 Tiere) betrug 6,8 Prozent. Bundesweit war im gleichen Zeitraum eine Zunahme des Rinderbestandes um 1,4 Prozent auf knapp 12,7 Millionen Tiere festzustellen. Der Schweinebestand nahm um ein Prozent auf 28 Millionen Tiere ab. Bei den Schafen gab es einen Rückgang um rund 4,1 Prozent auf knapp 1,6 Millionen Tiere.

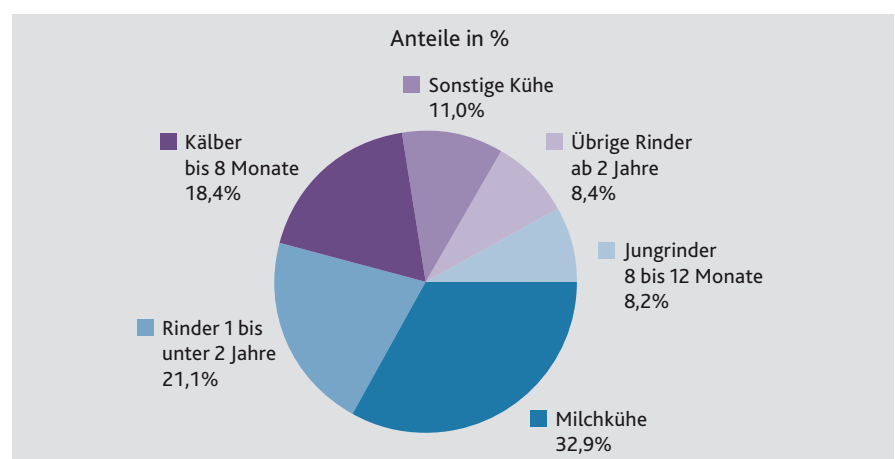
Der aktuelle Anstieg darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Rinderbestände langfristig sinken. Im November 2003 wurden 403 900 Rinder gehalten. Ein Drittel des Rinderbestandes entfiel im November 2013 auf Milchkühe (119 400 Tiere). Im Vorjahresvergleich stieg ihre Zahl um 2,3 Prozent. Der Bestand der sonstigen Kühe, z. B. Ammen und Mutterkühe, nahm um ein Prozent auf 39 900 Tiere zu. Ein weiteres Viertel (27 Prozent) des Rinderbestandes stellten die Kälber und Jungrinder mit einem Alter bis zu einem Jahr. Auf die Altersklasse zwischen einem Jahr und zwei Jahren entfielen 21 Prozent des Bestandes.

Die Schweinehaltung verliert in Rheinland-Pfalz immer mehr an Bedeutung. Von Mai 2003 bis November 2013 ging der Bestand um 40 Prozent zurück. Bundesweit war im gleichen Zeitraum eine Zunahme von 5,9 Prozent zu verzeichnen. Zum Vergleich: Im März 2010, dem Stichtag der Landwirtschaftszählung, wurden alleine im Landkreis Emsland in Niedersachsen 1,3 Millionen Schweine registriert. Dieser Wert entspricht dem Sechsfachen der rheinland-pfälzischen Bestandszahl.

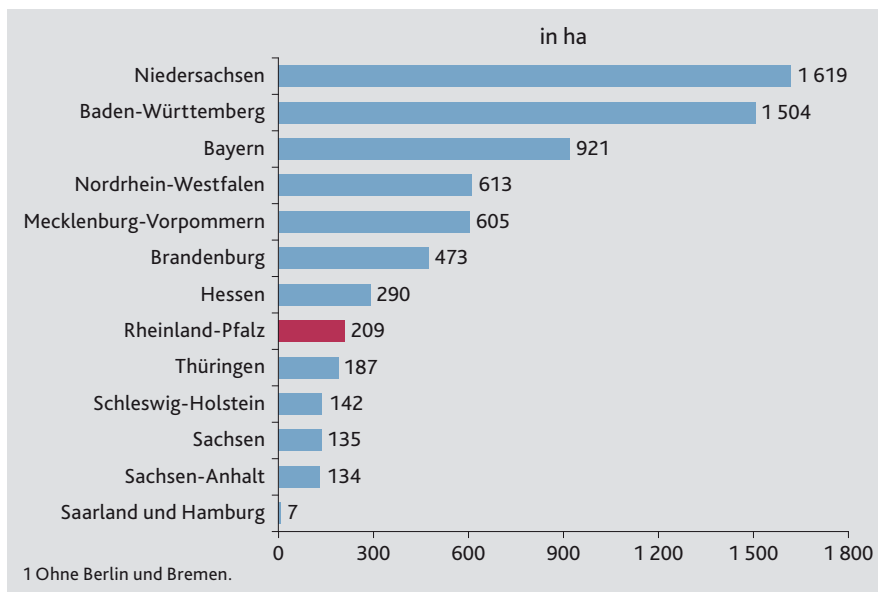
Den größten Rückgang verzeichneten die Bestände an Jungschweinen. Ihre Zahl sank um fast 8,8 Prozent auf 41 800 Tiere. Der Mastschweinebestand wurde um 8,2 Prozent auf 85 600 Tiere reduziert. Der Bestand an Zuchtschweinen nahm um 3,3 Prozent auf 15 100 Tiere ab. Der Ferkelbestand wies demgegenüber eine Zunahme von 1,8 Prozent auf 62 300 Tiere auf.

Den größten Teil des rheinland-pfälzischen Schafbestandes machten mit

Rinderbestand am 3. November 2013 nach Altersklassen



Anbaufläche von Strauchbeeren 2012 nach Ländern¹



rund 73 Prozent die zur Zucht gehaltenen weiblichen Schafe aus (47 000 Tiere). Ihr Bestand sank gegenüber November 2012 um 6,4 Prozent. Ein knappes Viertel entfiel auf die Schafe in einem Alter unter einem Jahr, deren Bestand um 8,5 Prozent verringert wurde. Aufgrund der saisonalen Abblammung und der geänderten Erhebungsstichtage ist ein langfristiger Vergleich nicht sinnvoll.

Rund 1 000 Tonnen Strauchbeeren geerntet

Im Jahr 2013 bauten 48 landwirtschaftliche Betriebe in Rheinland-Pfalz auf 256 Hektar Strauchbeeren an. Sie produzierten gut 1 000 Tonnen Strauchbeeren, wobei fast die Hälfte der Erntemenge auf Holunder entfiel. Größere Bedeutung haben noch Johannisbeeren und Himbeeren. Der Anbau von Strauchbeeren stellt für die rheinland-pfälzische

Landwirtschaft ein Nischenprodukt dar. Rheinland-Pfalz rangierte im Jahr 2012 – gemessen an der Anbaufläche – auf Rang acht der Länder. Spitzenreiter war Niedersachsen mit über 1 600 Hektar.

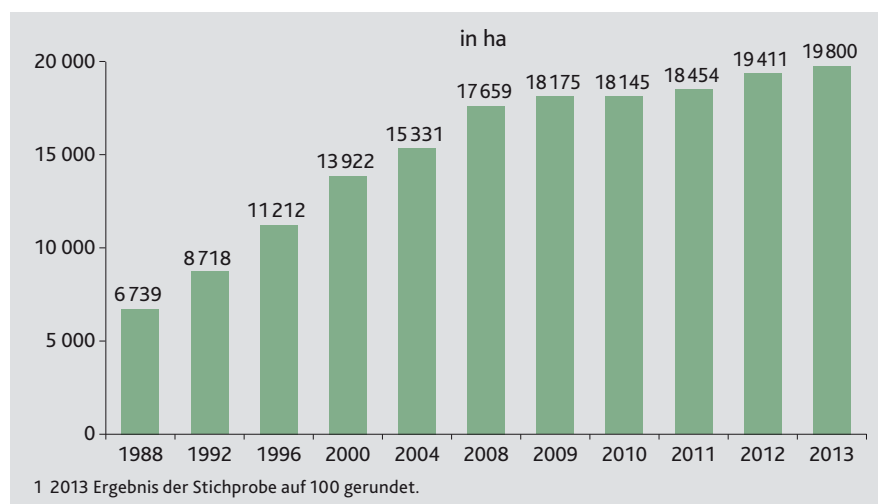
Strauchbeerenflächen von weniger als zwei Hektar bewirtschafteten 32 der 48 Betriebe. Die von diesen

Betrieben genutzte Fläche betrug rund 33 Hektar. Die vier größten Betriebe, die jeweils auf mehr als zehn Hektar Strauchbeeren ernten, vereinigten fast 180 Hektar der Erzeugerflächen auf sich.

Gemüseernte 2013 witterungsbedingt kleiner ausgefallen

Im vergangenen Jahr bauten knapp 500 landwirtschaftliche Betriebe in Rheinland-Pfalz auf 19 800 Hektar Freilandflächen über 40 verschiedene Gemüsearten an. Im Jahr 2012 lag die Anbaufläche noch bei 19 400 Hektar. Im langfristigen Vergleich wurde der Gemüseanbau deutlich ausgeweitet. Im Jahr 2000 erstreckten sich die Gemüseanbauflächen auf 13 900 Hektar. Die Gemüseernte auf den Freilandflächen fiel 2013 mit rund 630 000 Tonnen rund sieben Prozent kleiner aus als im letzten Jahr. Eine Ursache waren die Witterungsbedingungen im zurückliegenden Jahr. Sie waren von niedrigeren

Anbaufläche von Gemüse auf dem Freiland 1988–2013¹



Temperaturen im Frühjahr und hohen Niederschlägen im Mai gekennzeichnet. Der Anbau von Gemüse unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen, wie z. B. Gewächshäusern, ist in Rheinland-Pfalz mit rund 50 Hektar von geringer Bedeutung.

Über die Hälfte der Erntemenge (336 800 Tonnen) entfiel auf das Wurzel- und Knollengemüse (53 Prozent), das auf rund 8 300 Hektar angebaut wurde. Hierzu gehören Möhren und Karotten sowie Radieschen. Blatt- und Stängelgemüse – vor allem Salate und Spargel – trug rund 24 Prozent zur Erntemenge bei (149 700 Tonnen). Das Anbauareal umfasste rund 6 600 Hektar. An Kohlgemüse wurden 89 500 Tonnen geerntet. Die Anbaufläche war knapp 2 800 Hektar groß.

Radieschen wurden 2013 auf 2 600 Hektar bzw. 13 Prozent der Anbaufläche angebaut. Fast 80 Prozent der deutschen Anbaufläche für Radieschen liegen in Rheinland-Pfalz. Im

rheinland-pfälzischen Anbau folgten Möhren und Karotten (8,7 Prozent der Anbaufläche), Speisezwiebeln (8,3 Prozent), Bundzwiebeln (acht Prozent), Spargel (7,2 Prozent) und Blumenkohl (7,1 Prozent). Diese sechs Gemüsearten wiesen jeweils ein Anbauareal von über 1 000 Hektar auf.

Im Rahmen der Gemüseerhebung werden auch die Anbauflächen und Erntemengen von Erdbeeren erfragt. Auf 600 Hektar wurden 2013 rund 4 700 Tonnen Erdbeeren geerntet. Während die Anbaufläche rückläufig war, konnte die Erntemenge geringfügig zulegen.

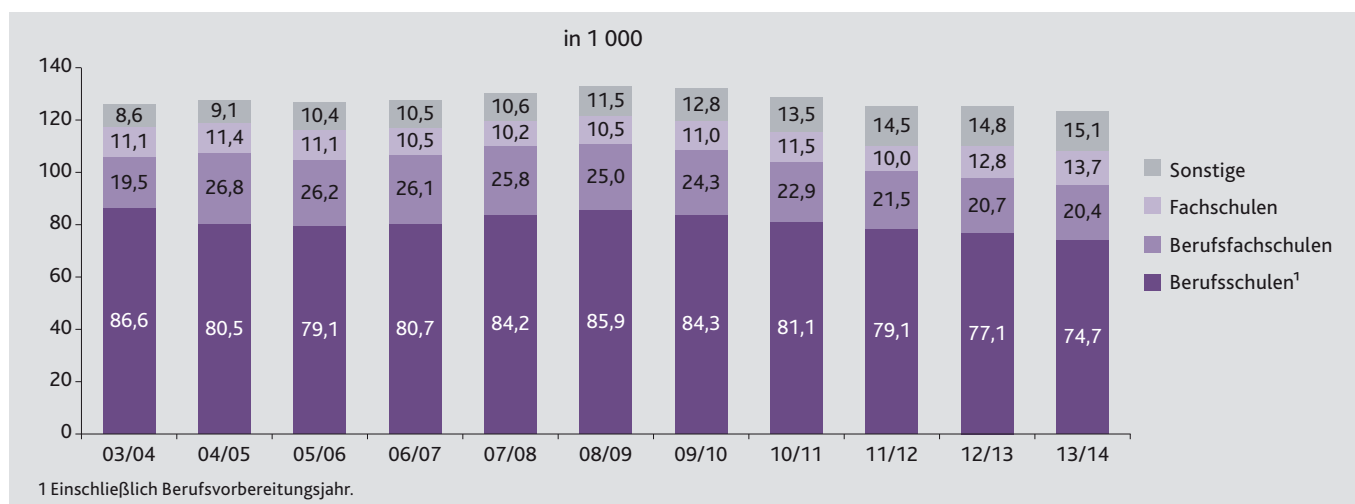
Erste Absolventinnen und Absolventen mit Fachhochschulreife aus Fachoberschulen

Zum Ende des Schuljahres 2012/13 verließen die ersten Absolventinnen und Absolventen die neuen Fachoberschulen. Dort hatten 181 Schülerinnen und 172 Schüler die Fachhoch-

schulreife erlangt. Die zum Schuljahr 2011/12 eingerichteten Fachoberschulen führen im Rahmen eines zweijährigen beruflichen Bildungsganges zur Studienberechtigung für die Fachhochschule. Sie sind in Rheinland-Pfalz organisatorisch mit den zum Schuljahr 2009/10 eingeführten Realschulen plus verbunden. Die Ausbildung an der Fachoberschule umfasst neben dem schulischen Unterricht auch ein integriertes berufliches Praktikum. Derzeit lernen an den im Aufbau befindlichen Fachoberschulen 1 563 Schülerinnen und Schüler. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einem Anstieg von 45 Prozent.

Insgesamt sank die Schülerzahl an den 129 berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Im laufenden Schuljahr 2013/14 lernen dort 123 859 Schülerinnen und Schüler, das sind 1 458 weniger als im Vorjahr (–1,2 Prozent). Die größten Rückgänge verzeichneten die dualen Berufsber-

Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen in den Schuljahren 2003/04–2013/14 nach Schulformen



schulen (–10 Prozent). Den größten Zuwachs erzielten, neben den Fachoberschulen, die Fachschulen (+7,3 Prozent). Eine große Bedeutung kommt weiterhin, trotz rückläufiger Schülerzahlen, den Berufsschulen zu. An diesen Einrichtungen absolvieren zurzeit 72 415 Schülerinnen und Schüler den schulischen Teil der Dualen Ausbildung (–3,3 Prozent).

Mehr Schülerinnen und Schüler an Schulen des Gesundheitswesens

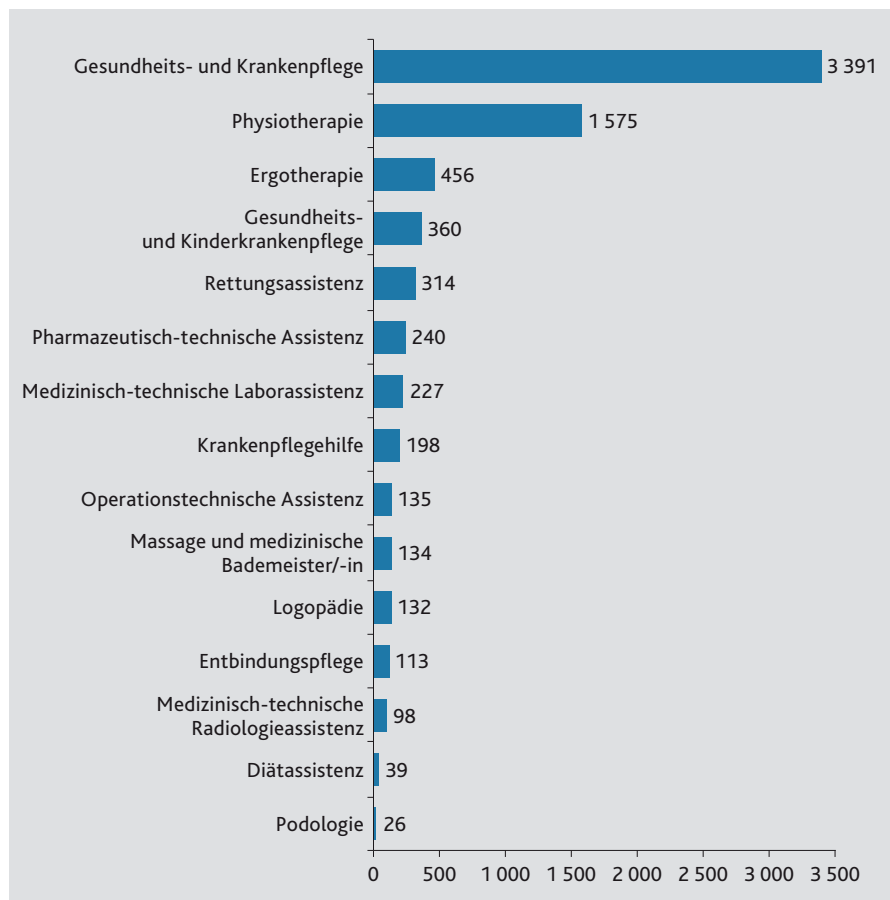
Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Schulen des Gesundheitswesens ist zum Schuljahr 2013/14 gestiegen. An diesen Einrichtungen absolvieren derzeit 7 438 Personen eine Ausbildung in einem nichtakademischen Gesundheitsfachberuf. Das sind 204 mehr als im vorangegangenen Schuljahr 2012/13 (+2,8 Prozent). Die weitaus meisten Auszubildenden erlernen einen Beruf in der Gesundheits- und Kranken- bzw. Kinderkrankenpflege (3 751). Weitere 1 575 Schülerinnen und Schüler werden zur Physiotherapeutin bzw. zum Physiotherapeuten ausgebildet.

In der Zeit von September 2012 bis September 2013 bestanden insgesamt 2 388 Personen die Abschlussprüfung in einem der Gesundheitsfachberufe. Das sind etwa so viele, wie ein Jahr zuvor. Die Erfolgsquote lag bei 88 Prozent.

Immer mehr Strom aus Windkraft

Im Jahr 2012 wurden in Rheinland-Pfalz knapp 2,7 Milliarden Kilowatt-

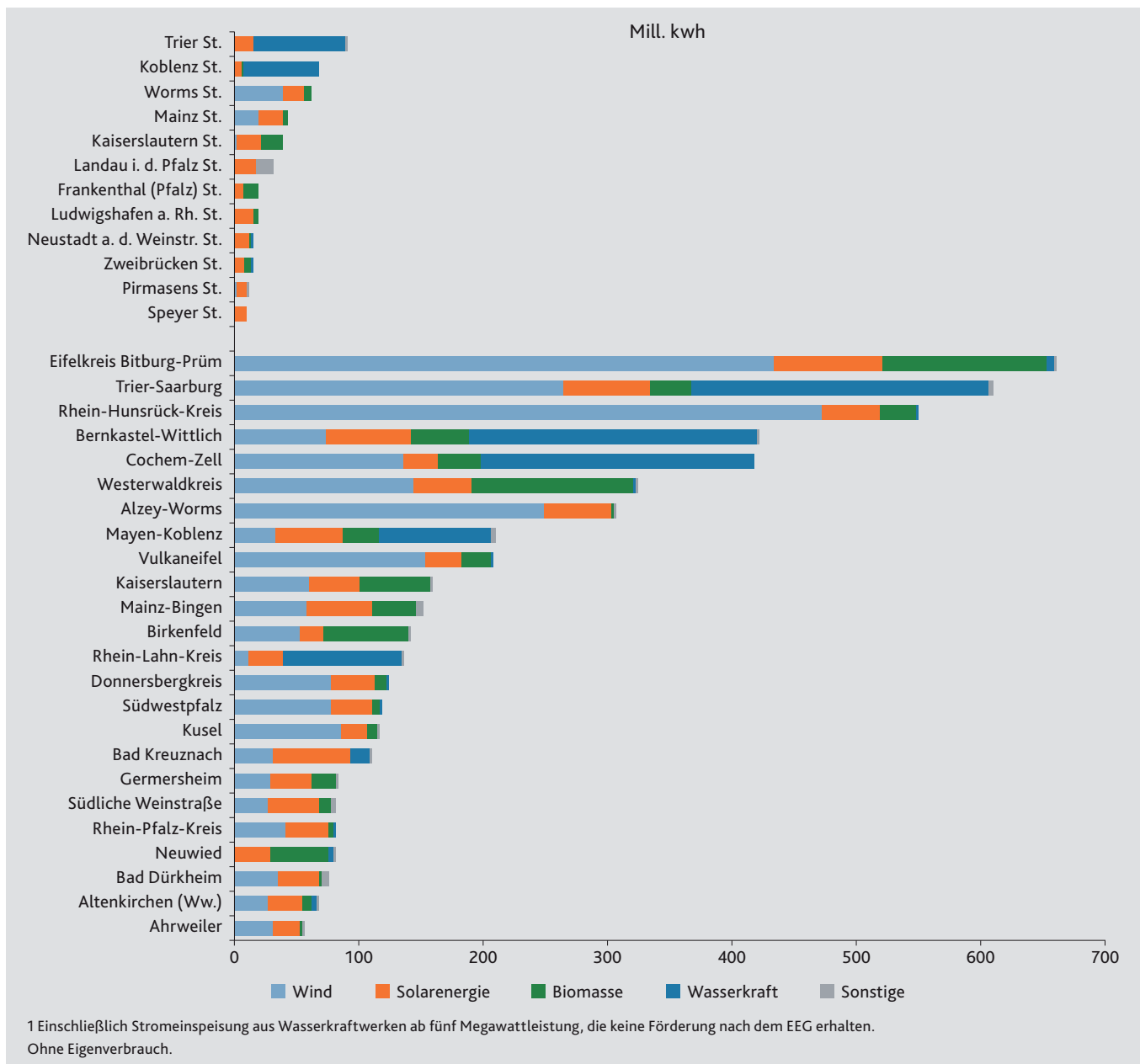
Schülerinnen und Schüler an Schulen des Gesundheitswesens 2013/14 nach Bildungsgängen



stunden Strom aus Windkraftanlagen in das Leitungsnetz eingespeist. Das stellt gegenüber dem Jahr 2011 eine Zunahme von 27 Prozent dar. Insgesamt wurde eine Strommenge aus erneuerbaren Energien von 5,7 Milliarden Kilowattstunden Strom eingespeist, 26 Prozent mehr als 2011. An der gesamten Einspeisung hatte die Windkraft einen Anteil von 47 Prozent. Auf die Fotovoltaik (1,1 Milliarden Kilowattstunden) entfiel ein Anteil von gut 20 Prozent. Sie liegt damit vor der Wasserkraft, die mit einer Milliarde Kilowattstunden einen Anteil von 18 Prozent erreicht. Die Stromerzeugung aus Biomasse

betrug 790 Millionen Kilowattstunden bzw. 14 Prozent. Im Jahr 2012 wurden außerdem rund 37,7 Millionen Kilowattstunden Strom aus erneuerbaren Energien von den Produzenten selbst verbraucht.

Die Erzeugungs- bzw. Einspeiseschwerpunkte konzentrieren sich auf die windhöffigen Mittelgebirgslagen und die Flussläufe. In einigen Landesteilen, wie der Eifel, verstärken Biomasseanlagen die Schwerpunktbildung. Fast zwölf Prozent der gesamten Einspeisungen entfielen im Jahr 2012 auf den Eifelkreis Bitburg-Prüm. Dort wird Strom vor allem mit Windkraft- und Biomasseanlagen

Geförderte Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien¹ 2012 nach Verwaltungsbezirken

erzeugt. Im Landkreis Trier-Saarburg, der auf einen Anteilswert von knapp elf Prozent kam, stammte der größte Teil aus der Wind- und Wasserkraft. Deutlich zugelegt hat der Rhein-Hunsrück-Kreis. Hier wurden fast zehn Prozent aller Einspeisungen – vorwiegend aus Windkraft – getä-

tigt. Anteilswerte von mehr als fünf Prozent wiesen noch die Landkreise Bernkastel-Wittlich, Cochem-Zell und Alzey-Worms sowie der Westerwaldkreis auf.

Die Gesamtsumme der Vergütungen für Strom aus erneuerbaren Energien

liegt für das Jahr 2012 noch nicht vor. Aus dem EEG-Statistikbericht der Bundesnetzagentur geht jedoch hervor, dass die Mindestvergütung für die Förderung der Stromeinspeisung aus Erneuerbaren Energien im Jahr 2011 in Rheinland-Pfalz 667 Millionen Euro betrug.

Fast ein Drittel der Abfälle wird verbrannt

Die rheinland-pfälzischen Abfallentsorgungsanlagen nahmen im Jahr 2012 knapp 6,9 Millionen Tonnen Abfälle entgegen, das waren 1,4 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Auf die reinen Abfallverbrennungsanlagen des Landes entfiel mit 1,2 Millionen Tonnen (17 Prozent) die größte Menge. Für die Energieerzeugung wurden in den Feuerungsanlagen eine Million Tonnen verwendet (15 Prozent). In den reinen Abfallverbrennungsanlagen wurden vor allem Abfälle aus Abfallbehandlungs- und Abwasserbehandlungsanlagen (41 Prozent) sowie Siedlungsabfälle (36 Prozent) verbrannt. Die Feuerungsanlagen nutzten ebenfalls überwiegend Abfälle aus Abfallbehandlungs- und Abwasserbehandlungsanlagen (50 Prozent) sowie aus der Holz- und Papierindustrie (38 Prozent).

Jeweils gut eine Million Tonnen Abfälle nahmen die Sortieranlagen und Deponien an. In den Sortieranlagen wurden überwiegend Verpackungsabfälle (51 Prozent) und Siedlungsabfälle (27 Prozent) verarbeitet. Die wichtigste Abfallfraktion, die auf Deponien abgelagert wurde, waren Bau- und Abbruchabfälle (82 Prozent).

Rund 27 Prozent der gesamten Abfallmenge entfielen auf Siedlungsabfälle (Haushaltsabfälle und ähnliche gewerbliche und industrielle Abfälle). Das waren knapp 1,9 Millionen Tonnen. Auf Bau- und Abbruchabfälle entfiel ein weiteres Viertel (1,7 Millionen Tonnen). Abfälle aus Abfall-

An Abfallentsorgungsanlagen angelieferte Abfallmengen 2012 nach Abfallkapiteln¹



behandlungsanlagen, öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen sowie der Aufbereitung von Wasser für den menschlichen Gebrauch und Wasser für industrielle Zwecke umfassten 19 Prozent der Abfallmenge. Diese drei Abfallarten repräsentierten somit rund 71 Prozent des Aufkommens.

Binnenhäfen mit leichtem Umschlagsplus

Zwischen Januar und September 2013 wurde in den rheinland-pfälzischen Häfen mehr Fracht umgeschlagen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Schiffs- bzw. Frachtführer meldeten für die ersten neun Monate einen Güterumschlag von 17,1 Millionen Tonnen; das waren 457 000 Tonnen bzw. 2,7 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Empfang legte um 4,2 Prozent auf 9,8

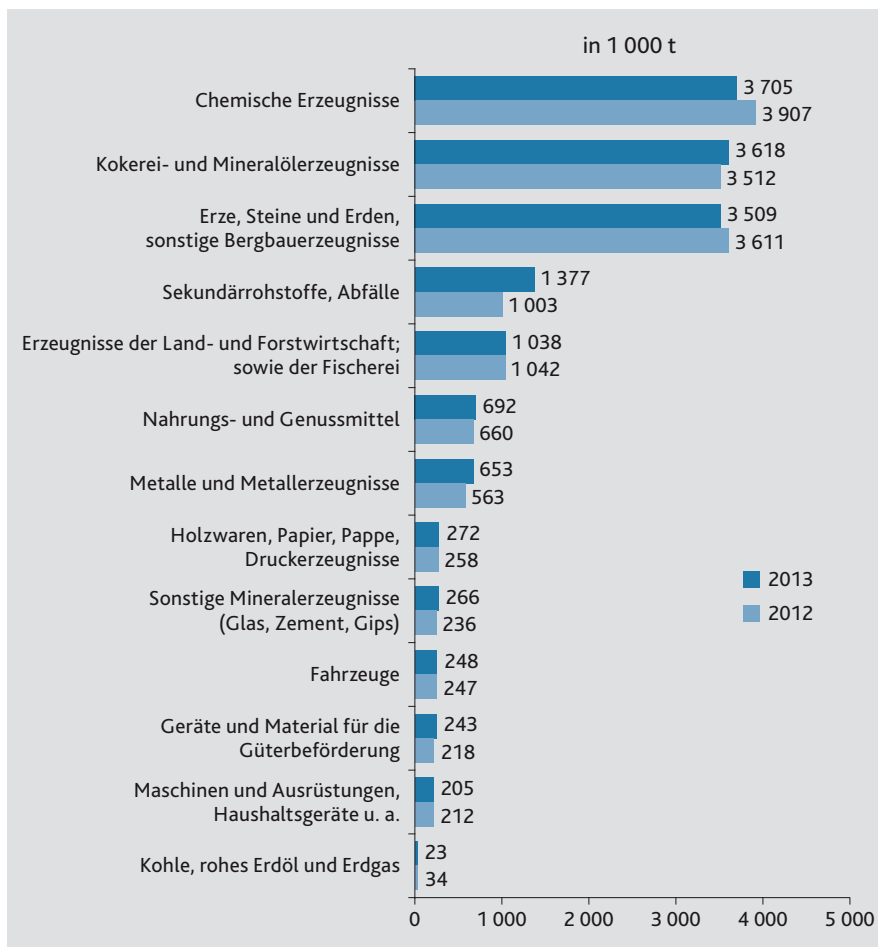
Millionen Tonnen zu; das Versandvolumen erhöhte sich leicht um 0,8 Prozent auf 7,3 Millionen Tonnen.

Die höchsten umgeschlagenen Tonnen entfielen mit 3,7 Millionen Tonnen (-5,2 Prozent) auf die Güterabteilung „Chemische Erzeugnisse“, gefolgt vom Bereich „Kokerei- und Mineralölerzeugnisse“ mit 3,6 Millionen Tonnen (+3 Prozent) und der Abteilung „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse“ mit 3,5 Millionen Tonnen (-2,8 Prozent).

Die größte Steigerungsrate verzeichnete die Güterabteilung „Sekundärstoffe, Abfälle“ mit einem Zuwachs von rund 374 000 Tonnen, was ein Umschlagsplus von 37 Prozent bedeutet.

In Ludwigshafen, dem größten Binnenhafen des Landes, wurden 2,4 Prozent mehr Güter umgeschlagen.

Güterumschlag in Häfen von Januar bis September 2012 und 2013 nach Güterabteilungen



Der Hafen in Andernach meldete ein Umschlagsplus von vier Prozent, in Mainz gab es ein Plus von 0,4 Prozent.

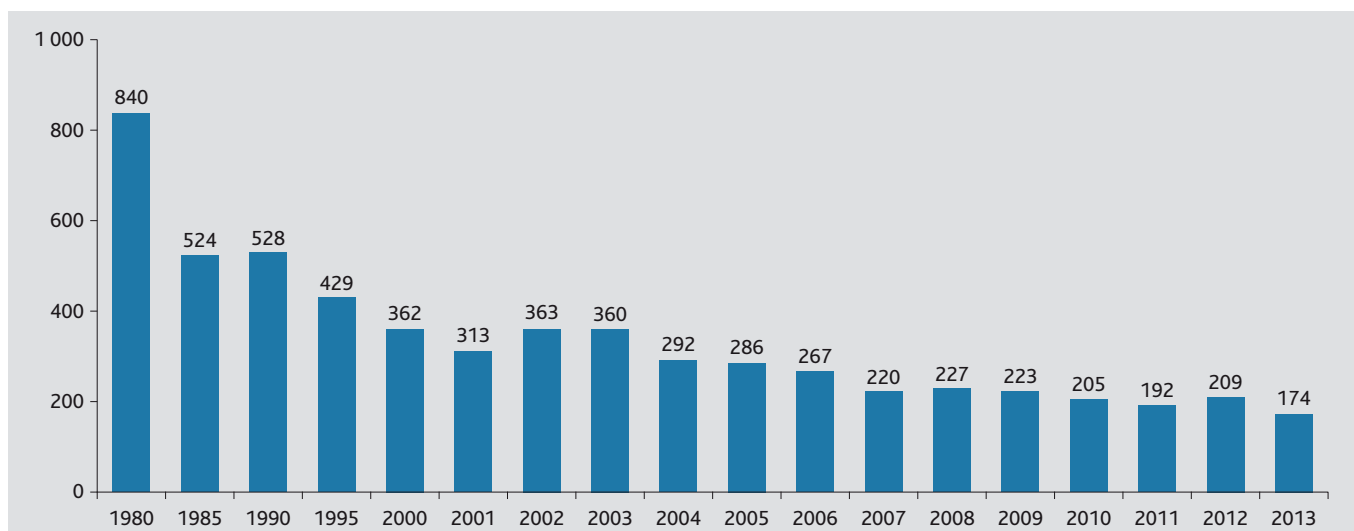
Zahl der Verkehrstoten 2013 auf neuem Tiefstand

Auf rheinland-pfälzischen Straßen verloren im Jahr 2013 insgesamt 174 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben, so wenige wie noch nie seit Einführung der Straßenverkehrsunfallstatistik im Jahr 1950. Nach vorläufigen Angaben waren dies 35 bzw. 17 Prozent tödlich Verunglückte weniger als ein Jahr zuvor und 18 weniger als 2011, dem Jahr, in dem der bisher niedrigste Stand registriert wurde.

Die Zahl der Schwerverletzten ging um knapp zwei Prozent auf 3 554 zurück. Leicht verletzt wurden 15 000 Personen, was einem Rückgang von 5,2 Prozent entspricht.

Insgesamt registrierte die Polizei 133 482 Verkehrsunfälle und damit 0,7 Prozent weniger als im Jahr 2012.

Todesopfer durch Straßenverkehrsunfälle 1980–2013



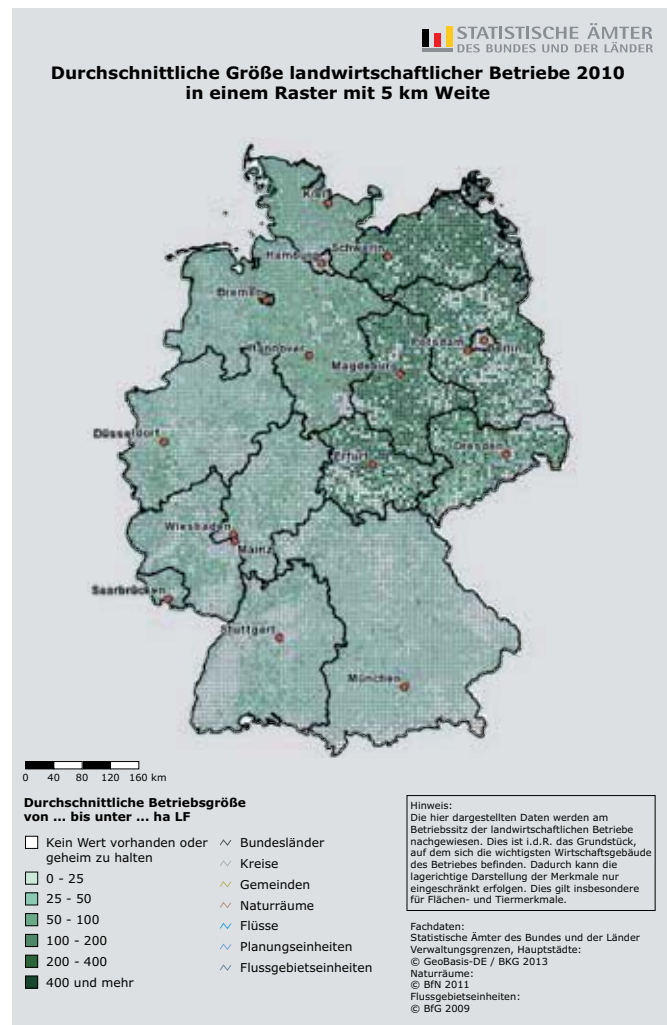
Aus der amtlichen Statistik

Landwirtschaft hat sich regional spezialisiert Online-Atlas Agrarstatistik freigeschaltet

Die Landwirtschaft in Deutschland hat sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte regional auf bestimmte Produktionsverfahren spezialisiert. In Rheinland-Pfalz haben Dauerkulturbetriebe eine große Bedeutung, zu denen Weinbau- und Obstbaubetriebe zählen. Zur Darstellung der regionalen Schwerpunkte haben die statistischen Ämter des Bundes und der Länder einen Online-Atlas Agrarstatistik entwickelt, der Karten zu 16 Themenfeldern bietet. Dazu gehören z. B. die Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) sowie die Tierbestände.

Die statistische Datengrundlage bildet die Landwirtschaftszählung 2010, bei der erstmals in der amtlichen Statistik Daten georeferenziert erhoben wurden. Der Großteil der Karten basiert auf Rasterzellen mit fünf Kilometer Gitterweite. Damit werden erstmals Karten mit einer räumlichen Auflösung angeboten, die teilweise unterhalb der Gemeindeebene liegt. Ergänzend dazu sind als Hintergrundinformation umfassende Metadaten hinterlegt.

Der Online-Atlas Agrarstatistik steht kostenfrei im gemeinsamen Portal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (www.statistik-portal.de) zur Verfügung. Die einfach zu bedienende Web-Anwendung bietet neben der Ausgabe der Karten als Bild und als PDF-Datei auch einen WMS-Dienst (Web Map Service) an. Dieser Kartendienst erlaubt eine Nutzung der Karten in anderen Geografischen Informationssystemen.



Internationaler Frauentag am 8. März 2014

Faltblatt „Frauen in Rheinland-Pfalz“ neu aufgelegt

Das Statistische Landesamt in Bad Ems hat anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März das Faltblatt „Frauen in Rheinland-Pfalz“ überarbeitet und aktualisiert. Diese Publikation beleuchtet die gesellschaftliche Situation der Frauen im Vergleich zu den Männern in Rheinland-Pfalz und den Frauen in Deutschland. Das Faltblatt enthält ausgewählte Daten der amtlichen Statistik zu verschiedenen Themenbereichen wie z. B. Bevölkerung, Bildung, Erwerbstätigkeit und Armutsgefährdung.

- **Frauen leben im Schnitt länger als Männer:** Ein Mädchen, das heute in Rheinland-Pfalz geboren wird, hat eine durchschnittliche Lebenserwartung von 82,6 Jahren; bei Jungen sind es 77,9 Jahre.
- **Wenn rheinland-pfälzische Frauen einen ausländischen Ehepartner wählen, kommt dieser am häufigsten aus den USA und am zweithäufigsten aus der Türkei.**

- Frauen erzielen im Durchschnitt höhere Schulabschlüsse als Männer: Rund 36,5 Prozent der jungen Frauen verlassen die allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz mit der allgemeinen Hochschulreife, bei den jungen Männern sind es knapp 28 Prozent.
- Der beliebteste Ausbildungsberuf der jungen Rheinland-Pfälzerinnen ist Bürokauffrau. Gut neun Prozent aller weiblichen Auszubildenden befinden sich in dieser Ausbildung.
- Entscheiden sich die rheinland-pfälzischen Frauen für ein Studium, so fällt die Wahl oft auf ein Fach der »Sprach- und Kulturwissenschaften«. Mehr als 34 Prozent der Studentinnen sind in dieser Fächergruppe eingeschrieben.
- Frauen studieren schneller: Für Ihren Hochschulabschluss benötigen Frauen im Schnitt 7,7 und Männer acht Fachsemester.
- Frauen wagen seltener den Schritt in die Selbstständigkeit als Männer: In Rheinland-Pfalz ist ein Drittel der Selbstständigen weiblich.
- Frauen verdienen weniger als Männer: Der Verdienst der Frauen liegt in Rheinland-Pfalz um 23 Prozent unter dem Verdienst der Männer.
- Auch beim Elterngeld liegen Frauen hinter den Männern. Der durchschnittliche Elterngeldbetrag der Mütter, die deutlich länger Elterngeld beziehen als Väter, beläuft sich auf 670 Euro, Väter erhalten monatlich rund 1 120 Euro.
- Frauen sind häufiger von Armut bedroht: Die Armutsgefährdungsquote der rheinland-pfälzischen Frauen liegt bei 16 Prozent, die der Männer bei knapp 14 Prozent.
- Frauen sind seltener übergewichtig als Männer: In Rheinland-Pfalz sind 45 Prozent der erwachsenen Frauen übergewichtig, bei den erwachsenen Männern sind es 62 Prozent. Untergewicht kommt dagegen häufiger bei Frauen vor: 3,5 Prozent der Frauen, aber nur 0,9 Prozent der Männer sind untergewichtig.
- Rund 40 Prozent der Mitglieder in einem Sportverein sind weiblich. Die beliebteste Sportart bei den Frauen ist Turnen, bei den Männern Fußball.
- In den rheinland-pfälzischen Gefängnissen sitzen 160 Frauen; das sind 5,5 Prozent aller Strafgefangenen.

Das Faltblatt ist diesem Statistischen Monatsheft beigelegt. Die PDF-Datei steht zum kostenfreien Download unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/faltblaetter-und-broschueren zur Verfügung.

Verbraucherpreise im Februar 2014

Die Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz lagen im Februar 1,2 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Damit hat sich die Teuerung weiter abgeschwächt. Einen wesentlichen Einfluss auf diese Entwicklung hatten die anhaltend rückläufigen Preise für Mineralölprodukte (-7,1 Prozent). Kraftstoffe waren 6,1 Prozent, Heizöl sogar 9,9 Prozent billiger als im Februar 2013. Ohne Berücksichtigung der Preise für Mineralölprodukte hätte die Jahresteuerungsrate bei 1,8 Prozent gelegen. Weniger erfreulich für die Verbraucherinnen und Verbraucher war die Entwicklung des Strompreises. Dieser stieg im Vorjahresvergleich um 4,7 Prozent.

Überdurchschnittlich erhöhten sich auch die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+2,5 Prozent).

Preistreiber waren – wie in den Vormonaten – Speisefette und Speiseöle (+11 Prozent) sowie Molkereiprodukte und Eier (+9,9 Prozent). Ebenfalls merklich höher waren die Preise für Fische und Fischwaren sowie für Gemüse (+3,7 bzw. +3 Prozent). Besonders große Preissteigerungen gab es bei Butter (+24 Prozent), Quark (+22 Prozent), frischem Fischfilet (+16 Prozent) und Gurken (+26 Prozent). Brot und Getreideprodukte (+0,5 Prozent) waren kaum teurer als im Februar 2013, Fleisch und Fleischwaren (-0,1 Prozent) sogar etwas günstiger. Im Vergleich zum Vormonat stieg der Verbraucherpreisindex um 0,6 Prozent. Maßgeblich hierzu beigetragen haben die Preissteigerungen in den Hauptgruppen „Bekleidung und Schuhe“ (+3,6 Prozent) sowie „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+2,5 Prozent, darunter Pauschalreisen: +10 Prozent).

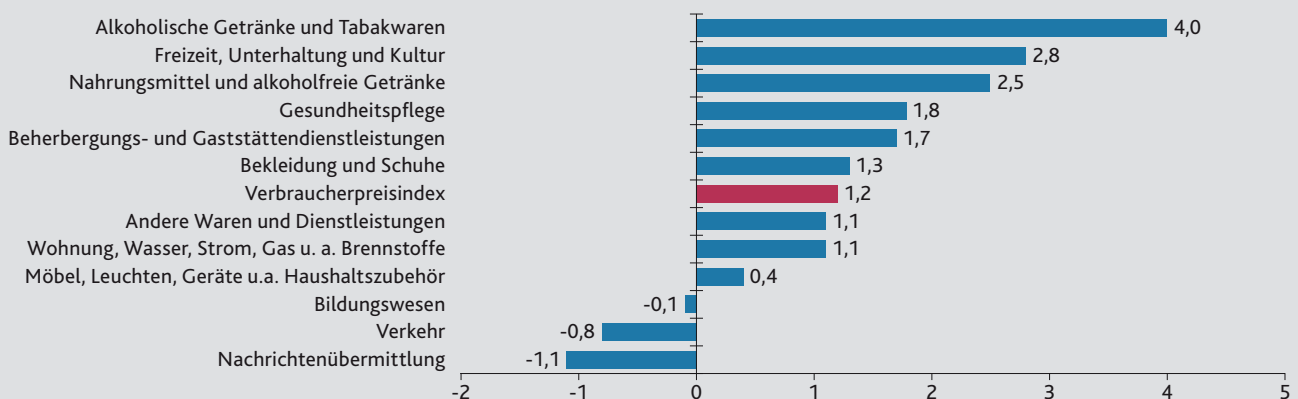
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Februar 2014

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Februar 2013 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



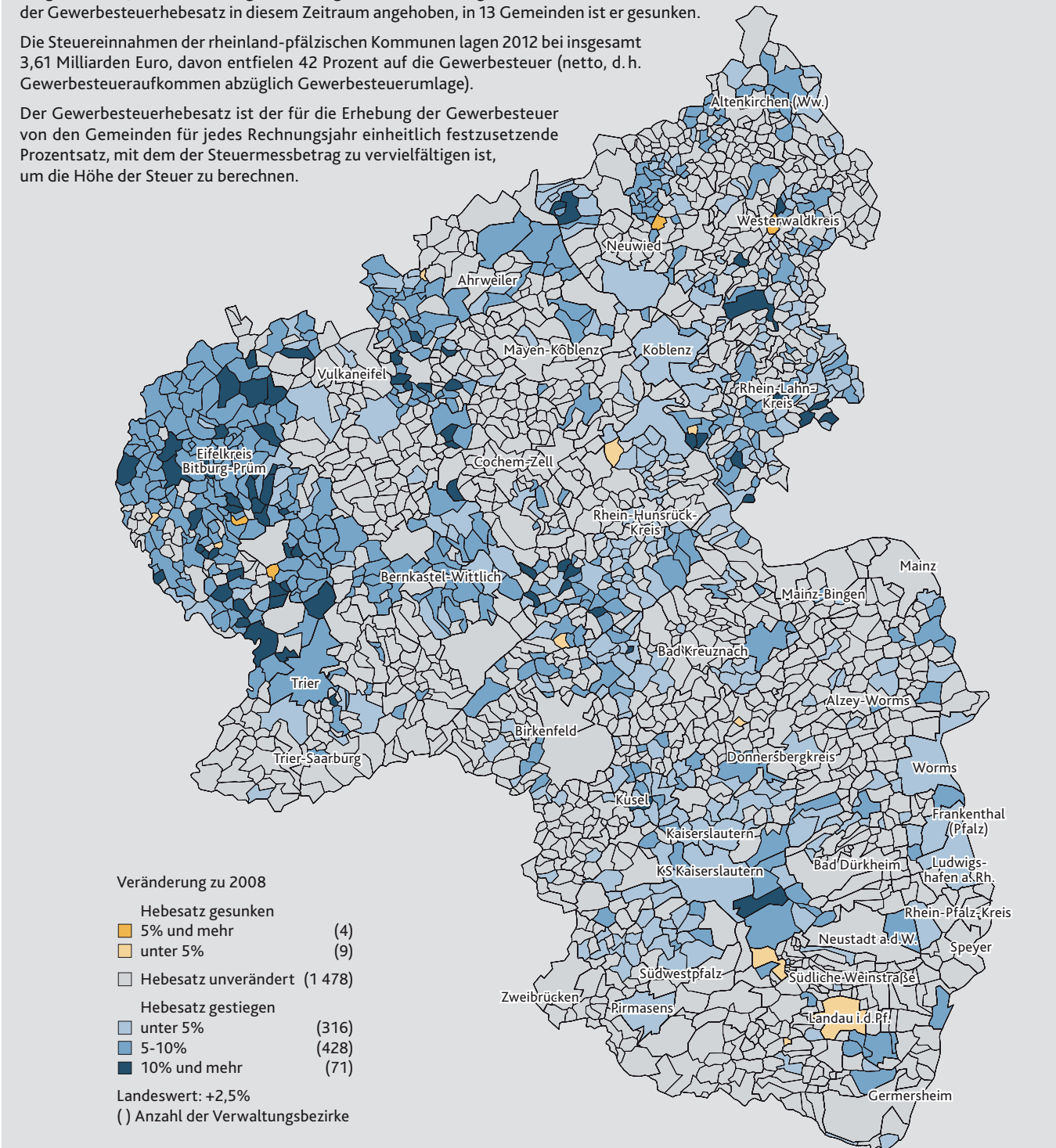
Gewerbsteuerhebesatz 2012 nach Verwaltungsbezirken

Gewerbesteuerhebesatz im Landesdurchschnitt gestiegen

Der Gewerbesteuerhebesatz lag 2012 in Rheinland-Pfalz bei durchschnittlich 376 Prozent. Im Vergleich zum Jahr 2008 betrug der Anstieg 2,5 Prozent. In insgesamt 815 Gemeinden wurde der Gewerbesteuerhebesatz in diesem Zeitraum angehoben, in 13 Gemeinden ist er gesunken.

Die Steuereinnahmen der rheinland-pfälzischen Kommunen lagen 2012 bei insgesamt 3,61 Milliarden Euro, davon entfielen 42 Prozent auf die Gewerbesteuer (netto, d. h. Gewerbesteueraufkommen abzüglich Gewerbesteuerumlage).

Der Gewerbesteuerhebesatz ist der für die Erhebung der Gewerbesteuer von den Gemeinden für jedes Rechnungsjahr einheitlich festzusetzende Prozentsatz, mit dem der Steuermessbetrag zu vervielfältigen ist, um die Höhe der Steuer zu berechnen.



Entgelte für die Trinkwasserversorgung um ein Fünftel gestiegen

Für die Abwasserentsorgung muss ebenfalls mehr gezahlt werden

Von Jörg Breitenfeld

Nahezu alle Einwohner von Rheinland-Pfalz sind an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen. Die Kosten für die Trinkwasserversorgung eines Musterhaushalts mit einem jährlichen Wasserverbrauch von 80 Kubikmetern betrugen 2013 rund 213 Euro. Im Vergleich zu 2005 ist das eine Steigerung um ein Fünftel. Auf der kommunalen Ebene reichen die Entgelte für Trinkwasser von 0,80 bis zu 2,85 Euro je Kubikmeter. Hinzu kommt in fast allen Gemeinden eine Grundgebühr, die jährlich zwischen 9,24 und 169,35 Euro beträgt.

Beim Abwasser werden die Entgelte nach einem gesplitteten Gebührenmaßstab erhoben. Neben einem mengenbezogenen wird auch ein flächenbezogenes Entgelt erhoben. Die mengenbezogene Gebühr orientiert sich an der Menge des verbrauchten Frischwassers und betrug im Durchschnitt 2,04 Euro je Kubikmeter. Da der flächenbezogene Maßstab auf unterschiedlichen Bezugsgrößen basiert, wird auf die Berechnung eines Durchschnittswertes verzichtet.

Lebensmittel Trinkwasser

Fast alle rheinland-pfälzischen Einwohnerinnen und Einwohner sind an die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung angeschlossen. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, dass die Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser und eine ordnungsgemäße Abwasserentsorgung zu den Pflichtaufgaben der kommunalen Ebene¹ gehören.

Die Kommune kann über die konkrete Ausgestaltung dieser Pflicht, z. B. die Übertragung der Aufgaben auf ein privates Unter-

nehmen, selbst entscheiden. Hierbei müssen die Kommunen die kommunalabgabenrechtlichen Prinzipien der Kostendeckung beachten. Demnach müssen die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung grundsätzlich kostendeckend betrieben werden. Dies gilt unabhängig davon, in welcher Organisations- oder Rechtsform die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung erfolgen.

Für die Wasserbewirtschaftung hat der Gesetzgeber eine Reihe von Vorschriften erlassen. So regelt z. B. die Trinkwasserverordnung die Anforderungen hinsichtlich der zulässigen chemischen Inhaltsstoffe und

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung kommunale Pflichtaufgaben

Trinkwasserverordnung regelt Anforderungen an Trinkwasser

¹ §§ 46 und 52 Wassergesetz für das Land Rheinland-Pfalz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 2004. GVBl 2004. S. 54.

der mikrobiologischen Beschaffenheit des Trinkwassers. Damit soll eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit ausgeschlossen werden.

Abwässer müssen gereinigt werden

Abwasser darf in Deutschland nicht ohne Vorbehandlung ins Grundwasser oder in Oberflächengewässer, wie Flüsse und Seen, eingeleitet werden. Das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) gibt seit 1976 bundesweit die Mindestanforderungen vor, die beim Einleiten von Abwasser zu beachten sind. Danach müssen die im Abwasser befindlichen Schadstoffe so weit reduziert werden, wie der Stand der Technik dies möglich macht. Abwasser ist so zu beseitigen, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird. Welche Stoffe aus dem Schmutzwasser entfernt werden müssen und welche Substanzen erst gar nicht ins Abwasser gelangen dürfen, regelt die Abwasserverordnung.²

Ergebnisse liegen seit dem Jahr 2005 vor

Seit 2005 werden Entgelte statistisch erhoben

Die Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte wird seit 2007 im dreijährlichen Turnus für das Berichtsjahr und die zwei vorhergehenden Jahre durchgeführt. Ergebnisse stehen somit für den Zeitraum 2005 bis 2013 zur Verfügung.

Trinkwasserentgelte basieren auf Mengen- und Grundgebühr

Die Entgelte für die Trinkwasserversorgung setzen sich im Regelfall aus einer verbrauchsabhängigen und einer verbrauchsunabhängigen Komponente (Grundgebühr) zusammen. Allgemein gilt, dass bei niedrigeren mengenbezogenen Entgelten und hohen Grundgebühren vor allem größere Haushalte profitieren, während bei den

Tarifen mit niedriger Grundgebühr „Singles“ oder kleine Haushalte besser abschneiden.

Soweit in Gemeinden oder Städten die Wasserversorgung durch zwei oder mehr Unternehmen erfolgt, wird ein gewogener Durchschnittswert ermittelt. Als Gewichtungsfaktor dient die Zahl der von den Unternehmen jeweils versorgten Einwohner. In Fällen ohne eine haushaltsübliche Grundgebühr wurden die verbrauchsunabhängigen Entgelte in Abstimmung mit den Wasserversorgungsunternehmen ermittelt.

Die Erhebung der Abwasserentgelte erfolgt, mit wenigen Ausnahmen, nach einem gesplitteten Entgeltmaßstab. Danach wird zum einen ein Entgelt erhoben, das sich an der Menge des verbrauchten Frischwassers orientiert. Der Entgeltmaßstab bezieht sich entweder auf den kompletten Frischwasserbezug oder es wird ein Abschlag, in der Regel zehn Prozent, vorgenommen. Sonstige mengenbezogene Entgelte kommen nur in Einzelfällen vor. Zum anderen wird ein flächenbezogenes Entgelt erhoben. Hierbei werden vielfältige Bezugsgrößen verwendet. Bei der Festlegung der Gebührenmaßstäbe für die Abwasserentsorgung nutzen die Kommunen die gesetzlichen Ermessensspielräume, sodass ein direkter Vergleich der Abwasserentgelte nicht möglich ist.

Gesplittete Abwasserentgelte

Trinkwasserentgelte um ein Fünftel gestiegen

Im Betrachtungszeitraum 2005 bis 2013 sind die Entgelte im Landesdurchschnitt gestiegen. Die verbrauchsabhängigen Entgelte erhöhten sich von 1,40 Euro je Kubikmeter um 13 Prozent auf 1,59 Euro je Kubikmeter. Die verbrauchsunabhängigen Entgelte nahmen um 35 Prozent zu. Sie lagen 2013

Musterhaushalt zahlt 213 Euro

² Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU): Wasser Wohlstand Wandel – Gewässerschutz sichert unsere Grundlagen für Leben, Vielfalt und Nachhaltigkeit. S. 25/26.

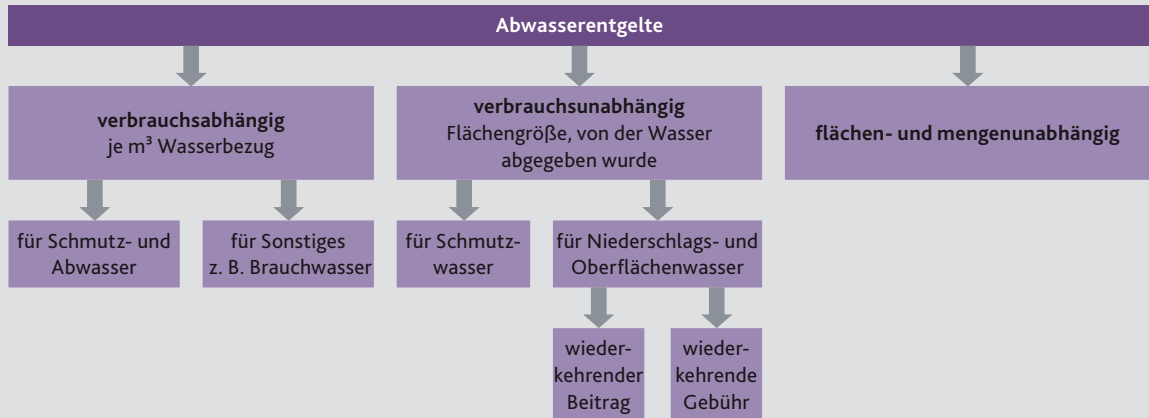
Methodik

Die Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte nach Gemeinden wird seit 2007 im dreijährlichem Turnus für das Berichtsjahr und die zwei vorhergehenden Jahre auf der Grundlage des § 11 Abs. 2 Nr. 4 Umweltstatistikgesetz durchgeführt. Auskunftspflichtig sind Anstalten, Körperschaften, Unternehmen und andere Einrichtungen, die Anlagen für die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung betreiben, beziehungsweise die für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zuständigen Gebietskörperschaften.

Bestandteile der Trinkwasser- und Abwasserentgelte



Bei dem erhobenen, verbrauchsunabhängigen Entgelt handelte es sich z. B. um die Zählermiete. Es sollte sich auf einen typischen Haushalt in der Gemeinde beziehen. In einigen Fällen wurden die Entgelte in Absprache mit den Auskunftspflichtigen errechnet. Belieferten mehrere Wasserversorger mit unterschiedlichen Entgeltstrukturen eine Kommune, wurde ein Durchschnittspreis auf Basis der versorgten Einwohner errechnet. Es liegt somit nur ein Wasserpreis je Gemeinde vor. Die Berechnung von Durchschnittsentgelten für Verbandsgemeinden, Landkreise und das Land erfolgte, indem die Werte mit den Einwohnerzahlen zum Stichtag 31.12.2005 (für 2005–2007) bzw. zum 31.12.2008 (für 2008–2010) auf Basis der Volkszählung 1987 sowie mit den Einwohnerzahlen zum Stichtag 31.12.2011 (für die Entgelte 2011–2013) auf Basis des Zensus 2011 gewichtet wurden. Die verbrauchsabhängigen und die verbrauchsunabhängigen Entgelte werden jeweils als Nettowerte dargestellt. Bei der Berechnung der Entgelte für Musterhaushalte wird die Umsatzsteuer in Höhe von sieben Prozent eingerechnet.



Die verbrauchsbezogene Komponente gliedert sich auf in Entgelte, die sich auf den Schmutz- und Abwasseranfall beziehen, und auf sonstige mengenbezogene Entgelte. Grundlage für das Schmutz- und Abwasser bildet im Regelfall der – ggf. um einen pauschalen Abschlag reduzierte – Frischwasserverbrauch.

Flächenbezogene Abwasserentgelte werden für Schmutzwasser und/oder für Niederschlags- bzw. Oberflächenwasser erhoben. Für Niederschlags- bzw. Oberflächenwasser können sie in Form von wiederkehrenden Beiträgen und/oder als wiederkehrende Gebühr anfallen. Während eine Gebühr nur für die Inanspruchnahme einer konkreten Leistung erhoben werden kann (hier: die Abnahme des Abwassers), müssen wiederkehrende Beiträge für die Bereitstellung einer Leistung bezahlt werden. D. h. ein wiederkehrender Beitrag muss auch dann entrichtet werden, wenn eine Abwasserentsorgung möglich ist, aber noch nicht vom Verbraucher benötigt wird, weil z. B. ein Gebäude noch gar nicht errichtet wurde.

Diese Entgeltbestandteile beziehen sich im Detail auf unterschiedliche Flächen wie z. B. die Abflussfläche, die bebaubare Fläche oder die befestigte Fläche. Als weitere Möglichkeit kann eine flächen- und mengenunabhängige Pauschale erhoben werden. Auf Grund der Vielzahl an Maßstäben für die verbrauchsunabhängigen Entgeltbestandteile erfolgte keine Berechnung von Durchschnittsentgelten für Verbandsgemeinden, Landkreise und das Land. Das verbrauchsabhängige Entgelt wurde auf den genannten regionalen Ebenen berechnet, indem die Werte mit den Einwohnerzahlen (Stichtage s. o.) gewichtet wurden.

T 1

Entgelte für Trinkwasser 2005–2013

Jahr	Verbrauchsunabhängiges Entgelt (netto)	Verbrauchsabhängiges Entgelt (netto)	Durchschnittliches Jahresentgelt bei 80 m ³ (brutto)
	EUR pro Jahr	EUR je m ³	EUR
2005	53,53	1,40	177,38
2006	54,30	1,42	179,54
2007	55,94	1,45	183,74
2008	57,70	1,46	187,07
2009	60,01	1,47	190,45
2010	62,58	1,50	195,24
2011	64,88	1,51	198,99
2012	68,28	1,54	204,75
2013	72,36	1,59	213,11

durchschnittlich bei 72 Euro. Ein Musterhaushalt, der 80 Kubikmeter Trinkwasser verbraucht, musste somit 2013 rund 213 Euro (einschließlich Mehrwertsteuer) bezahlen. Zwischen 2005 und 2013 erhöhten sich die Kosten um rund ein Fünftel.

Große Schwankungen bei den Trinkwasserentgelten

Die Bereitstellung und der laufende Betrieb der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind mit hohen Kosten verbunden. Um dem Kostendeckungsgebot zu genügen, müssen die Entgelte entsprechend festgesetzt werden. Wegen der unterschiedlichen Kostenstrukturen ist regional eine große Spannweite bei den Entgelten zu beobachten.

Grundgebühr zwischen 9,24 und 169,73 Euro

Die Stadt Wittlich war 2013 die einzige Kommune, in der bei den Trinkwasserentgelten keine Grundgebühr erhoben wurde. In den übrigen Gemeinden schwankte das jährliche, haushaltsübliche, verbrauchsunabhängige Entgelt zwischen 9,24 Euro in der Gemeinde Sankt Johann (Landkreis Mayen-Koblenz) und 169,35 Euro in den Gemeinden der Verbandsgemeinde Bad Münster am Stein-Ebernburg ohne die Stadt Bad

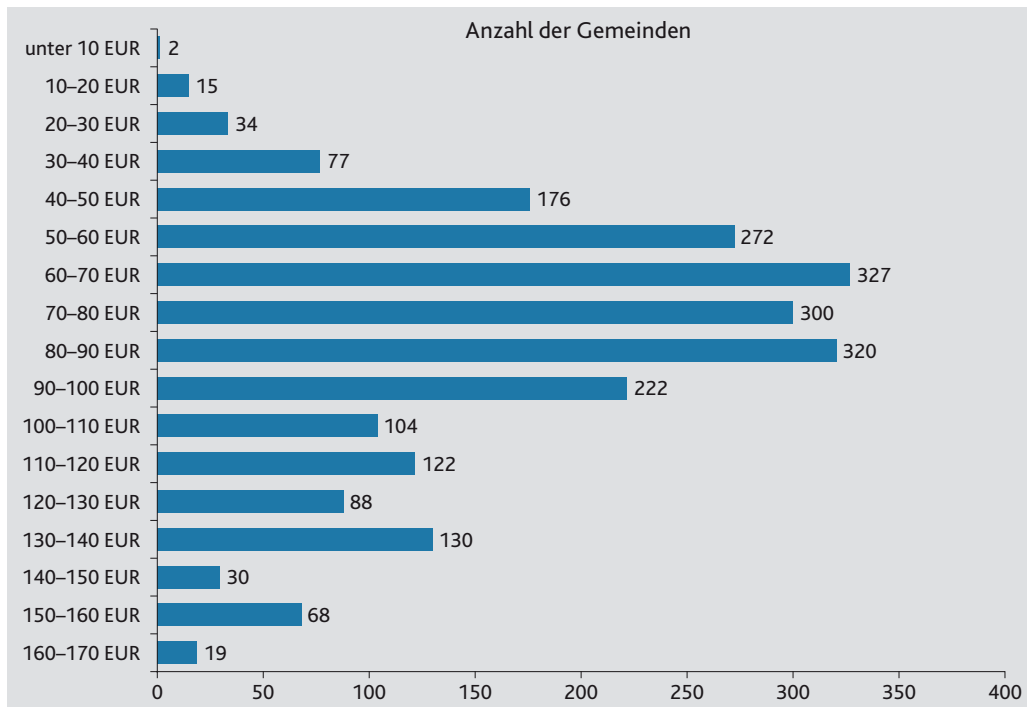
Münster am Stein-Ebernburg. Während in St. Johann die Grundgebühr im Vergleich zum Jahr 2005 nicht erhöht wurde, betrug sie 2005 in den Gemeinden der Verbandsgemeinde Bad Münster am Stein-Ebernburg 120,40 Euro.

Eine Auswertung nach Entgeltklassen zeigt, dass 327 Kommunen (14 Prozent) eine Grundgebühr zwischen 60 und 70 Euro im Jahr erhoben. Eine etwa gleich große Besetzung wiesen noch die Entgeltklassen 70 bis 80 Euro und 80 bis 90 Euro auf. Entsprechende Entgelte wurden in 300 (13 Prozent) bzw. 320 (14 Prozent) Kommunen registriert.

Innerhalb der kreisfreien Städte erhob 2013 die kreisfreie Stadt Speyer mit 24,60 Euro die geringste Jahresgebühr. Im Vergleich zu 2005 wurde dieser Betrag nicht erhöht. Im Jahr 2005 hatte die Stadt Kaiserslautern mit 18,48 Euro noch die niedrigste Grundgebühr. Die Stadt Mainz verfügt mit 109,57 Euro über das höchste verbrauchsunabhängige Entgelt. Die Grundgebühr wurde gegenüber 2005 nur geringfügig angehoben. Bei den Landkreisen reichte die Spannweite der verbrauchsunabhängigen Entgelte von 38,59 Euro im Landkreis Germersheim bis zu 104,34 Euro im Landkreis Neuwied.

G 1

Verbrauchsunabhängige Entgelte für Trinkwasser je Haushalt und Jahr 2013 nach Entgeltklassen



Große Unterschiede bei den Kubikmeterpreisen

Kubikmeterpreise zwischen 0,80 und 2,85 Euro

Während die Verbraucherinnen und Verbraucher das verbrauchsunabhängige Entgelt nicht durch einen sparsameren Wasserverbrauch beeinflussen können, stellt sich dies beim verbrauchsabhängigen Entgelt anders dar. Auf der Gemeindeebene reichte 2013 die Spannweite der Kubikmeterpreise von 0,80 Euro in der Gemeinde Kottenheim bis zu 2,85 Euro in der Stadt Idar-Oberstein. Damit mussten die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Idar-Oberstein etwa das 3,5-fache für einen Kubikmeter Trinkwasser bezahlen wie die der Gemeinde Kottenheim. Im Jahr 2005 wies die Gemeinde Kottenheim mit 0,69 Euro je Kubikmeter ebenfalls den niedrigsten Preis auf. Den höchsten Kubikmeterpreis hatten seiner-

zeit die Gemeinden der Verbandsgemeinden Altenahr und Adenau (2,59 Euro).

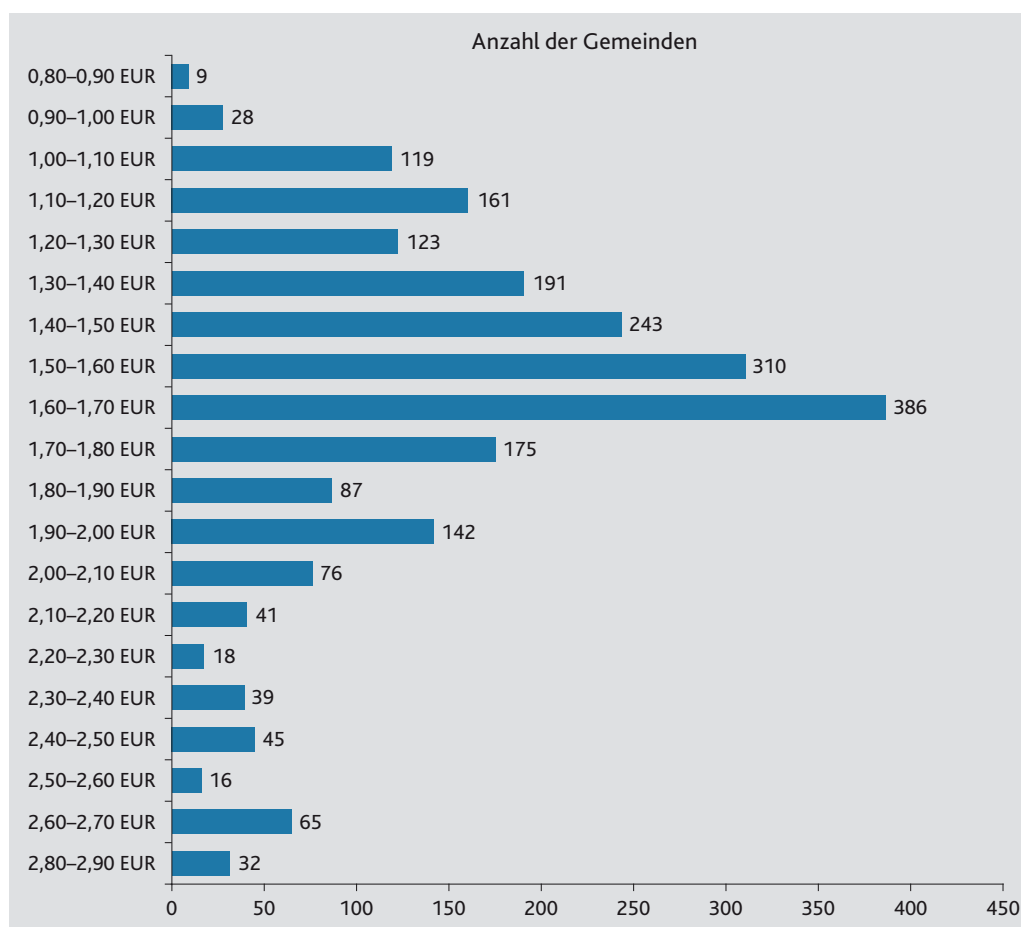
Eine Auswertung nach Entgeltklassen zeigt, dass ein Sechstel der Kommunen verbrauchsabhängige Entgelte zwischen 1,60 und 1,70 Euro erheben. In 13 Prozent der Kommunen liegt dieses zwischen 1,50 und 1,60 Euro; in weiteren elf Prozent der Kommunen reicht das Entgelt von 1,40 bis 1,50 Euro.

Auf der Kreisebene reicht die Spannweite der verbrauchsabhängigen Entgelte von 1,10 Euro im Rhein-Pfalz-Kreis bis zu 2,60 Euro im Landkreis Birkenfeld. Ein Grund für die hohen Entgelte sind hier die enormen Investitionen in die Sanierung der Steinbachtalsperre und in den Anschluss an die Primstalsperre.³ Die Entgelte für die zweit teuersten Kreise liegen bei 1,87 Euro im Landkreis Ahrweiler, Donnersbergkreis und Rhein-Lahn-Kreis.

Investitionen in die Trinkwasserversorgung sorgen für hohe Entgelte

³ Unter: http://www.rhein-zeitung.de/region/lokales/nahe_artikel,-Trinkwasser-ist-im-Kreis-Birkenfeld-teurer-als-anderswo-_arid,200815.html (abgerufen am 07.03.2014)

G 2

Verbrauchsabhängige Entgelte für Trinkwasser je Kubikmeter 2013
nach Entgeltklassen

Deutliche Unterschiede bei den Kosten für die Trinkwasserversorgung

Die Belastung der Haushalte infolge ihrer Trinkwasserversorgung lässt sich nicht ohne weiteres aus den beiden Entgeltbestandteilen ableiten. Es werden deshalb die Kosten für die Trinkwasserversorgung eines „Musterhaushaltes“ betrachtet. Unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Wasserverbrauchs je Kopf, benötigt ein 2-Personen-Haushalt jährlich etwa 80 Kubikmeter. Hierfür werden die verbrauchsabhängigen Entgelte berechnet und die auf ein Jahr bezogenen verbrauchsunabhängigen Entgelte hinzuaddiert. Berücksichtigt

wurde auch die Mehrwertsteuer. Die Kosten für einen Wasserverbrauch von 40 bzw. 120 Kubikmeter sind darüber hinaus im Internet verfügbar⁴. Für die Berechnung der Kosten von Musterhaushalten auf der Verbandsgemeinde-, Kreis- oder Landesebene wurde ebenfalls die Zahl der der versorgten Einwohner als Gewichtsmaßstab herangezogen.

Innerhalb von Rheinland-Pfalz reichen auf der Kreisebene die durchschnittlichen Kosten eines Musterhaushaltes für die Wasserversorgung von 146 Euro im Landkreis Germersheim bis zu 330 Euro im Landkreis Birkenfeld. Das ist eine Differenz von 184 Euro.

⁴ Unter: <http://www.statistik.rlp.de/umw/tabellen/wasserentgelte.html>

279 Euro Unterschied zwischen dem Billigsten und Teuersten

Die geringste Belastung weist die Berechnung für die Gemeinde Holsthum (114 Euro) und die Verbandsgemeinde Weilerbach (116 Euro) nach. Die höchsten Kosten für die Wasserversorgung haben die Einwohnerinnen und Einwohner der Verbandsgemeinden Adenau und Altenahr zu tragen. Hier errechnet sich bei einem Wasserverbrauch von 80 Kubikmetern ein Wert von fast 393 Euro. Damit würde ein Musterhaushalt in den genannten Verbandsgemeinden gegenüber der günstigsten Gemeinde fast das dreieinhalbfache bezahlen.

Unterschiedliche Preisentwicklung auf regionaler Ebene

Die Kosten für die Trinkwasserversorgung sind für den oben definierten Musterhaushalt zwischen 2005 und 2013 auf Landesebene von 177 auf 213 Euro (20 Prozent) gestiegen. Eine Betrachtung auf regionaler Ebene zeigt, dass sich die Entgelte in den Gemeinden und Städten im Vergleich der Jahre 2013 zu 2005 unterschiedlich entwickelt haben.

Entgelte im Durchschnitt um 20 Prozent gestiegen

Im mehrjährigen Vergleich hätte 2013 in 65 Gemeinden ein Musterhaushalt weniger oder gleich viel wie 2005 bezahlt. Den absolut gesehen größten Rückgang gab es in der Stadt Mainz. Ein Musterhaushalt musste hier 2013 knapp 25 Euro oder 8,8 Prozent weniger für seine Wasserversorgung bezahlen als im Jahr 2005. Zurückzuführen ist diese Preissenkung auf eine Vereinbarung zwischen dem Bundeskartellamt und dem größten Wasserversorger der Stadt Mainz.⁵ Auch in den Städten Bad Neuenahr-Ahrweiler (–17 Euro) und Alzey sowie 15 Gemein-

den in der Verbandsgemeinde Alzey-Land (jeweils –13 Euro) profitieren die Bürgerinnen und Bürger von sinkenden Entgelten.

In 2 242 Gemeinden und Städten des Landes stiegen im Betrachtungszeitraum die von einem Musterhaushalt für einen jährlichen Wasserverbrauch von 80 Kubikmeter zu entrichtenden Entgelte. Die Steigerungen reichten von wenigen Cent in der Gemeinde Erpel bis zu 161 Euro in der Stadt Idar-Oberstein. Gründe für den Anstieg der Entgelte sind z. B. größere Investitionen in das Leitungsnetz und die Wassergewinnungsanlagen sowie Kostensteigerungen beim Energieverbrauch und bei den Gehältern.

Gesplittete Abwasserentgelte

Die Abwasserentgelte werden, mit wenigen Ausnahmen, nach einem gesplitteten Entgeltmaßstab berechnet. Danach wird zum einen ein Betrag erhoben, der sich an der Menge des verbrauchten Frischwassers orientiert. Zum anderen wird ein flächenbezogenes Entgelt eingesetzt. Mit diesem Entgeltbestandteil sollen die Kosten für die Entsorgung des in die Kanalisation eingeleiteten Niederschlags- oder Oberflächenwassers erfasst werden.

Niederschlags- und Oberflächenwasser Bestandteil der Abwasserentgelte

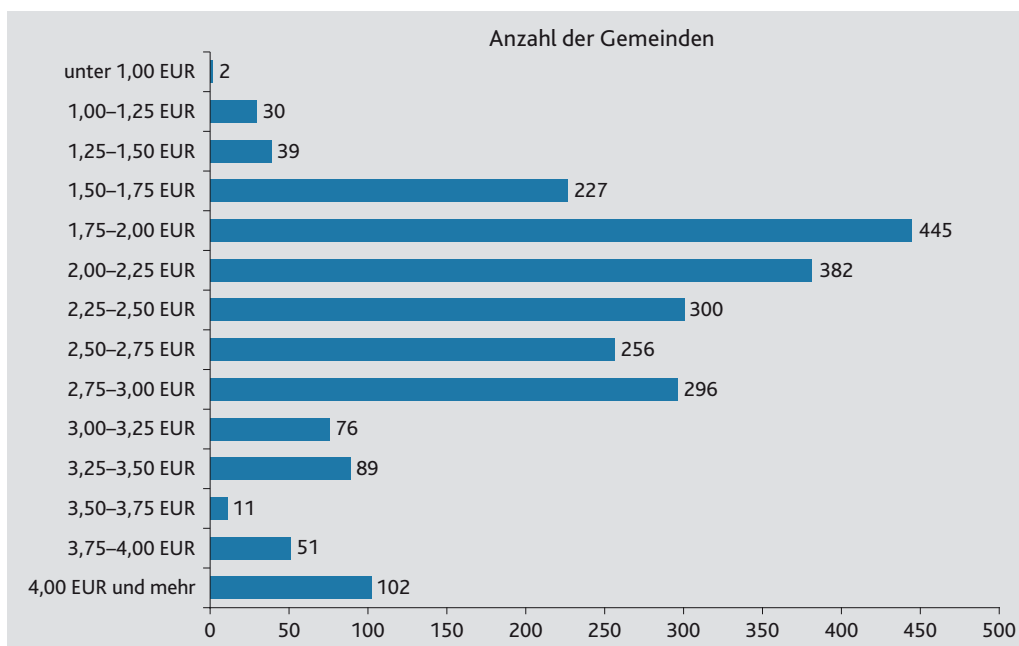
Der Frischwasserbezug orientiert sich entweder an der komplett bezogenen Frischwassermenge oder es wird ein Abschlag, in der Regel zehn Prozent, vorgenommen. Sonstige mengenbezogene Entgelte kommen nur in Einzelfällen vor. Der mit der Zahl der angeschlossenen Einwohner gewichtete Durchschnittspreis für einen Kubikmeter Schmutzwasser lag auf der Landesebene bei 2,04 Euro. Eine Häufigkeitsauszählung zeigt, dass über 83 Prozent der Kommunen für die Abwasserentsorgung einen Kubikmeterpreis zwischen 1,50 und 3,00 Euro erheben.

Kubikmeterpreis für Abwasser bei 2,04 Euro

⁵ Unter: <http://www.stadtwerke-mainz.de/medien/presseforum/pressearchiv/archiv-pressemeldungen/article/stadtwerke-mainz-senkt-trinkwasserpreise/> (abgerufen am 07.03.2014)

G 3

Entgelte für Schmutzwasser je Kubikmeter 2013 nach Entgeltklassen



Die Beträge für einen Kubikmeter lagen zum 1. Januar 2013 zwischen 0,90 Euro in der Gemeinde Grafschaft und 4,37 Euro in der Verbandsgemeinde Rockenhausen. Niedrige Entgelte erhoben ebenfalls die Stadt Osthofen (0,99 Euro je Kubikmeter) und die Kommunen der Verbandsgemeinde Wirges mit 1,02 Euro je Kubikmeter. Zu den teureren Kommunen gehören die Gemeinden der Verbandsgemeinde Pirmasens-Land (4,30 Euro je Kubikmeter) und Lambrecht (4,15 Euro je Kubikmeter). Im Jahr 2005 lagen die Entgelte zwischen 0,90 Euro in der Gemeinde Grafschaft und 3,61 Euro in der Verbandsgemeinde Rockenhausen.

Vielfalt bei den flächenbezogenen Entgeltbestandteilen

Vielfältige Abrechnungsmaßstäbe

Die Abwasserentsorger nutzen insbesondere im Bereich der flächenbezogenen Abwasserentgelte die gesetzlichen Möglichkeiten für die Festlegung der Entgeltbestandteile. Hierbei wird eine Vielzahl an

Bezugsgrößen verwendet. Beispiele sind die Abflussfläche, die bebaubare oder bebaute sowie die befestigte Fläche. Ein Teil der Kommunen verwendet sogar zwei oder mehr flächenbezogene Maßstäbe. Eine weitere Möglichkeit ist die Berechnung eines flächen- und mengenunabhängigen Entgelts (Grundgebühr). Wegen der unterschiedlichen Entgeltstrukturen wird auf die Berechnung von Durchschnittswerten für den flächenbezogenen Maßstab auf Kreis- oder Landesebene verzichtet. Das gleiche gilt für die Berechnung der Kostenbelastung eines Musterhaushalts.

Die Entwicklung des mengenbezogenen Entgelts ist auf Landesebene 2013 höher als 2005, auf regionaler Ebene sind aber auch Preissenkungen feststellbar. In 396 Kommunen wurden die mengenbezogenen Entgelte reduziert. Die Abnahmen reichten von 75 Cent in der Verbandsgemeinde Nassau bis zu einem Cent in der Verbandsgemeinde Trier-Land. Unverändert blieb das Entgelt

Mengenabhängige Entgeltbestandteile gestiegen

in 338 Gemeinden und Städten. Von den 2 306 Kommunen des Landes erhöhten 1 572 bzw. 68 Prozent das mengenbezogene Entgelt. Die Erhöhungen reichten von wenigen Cent bis zu 2,41 Euro. Die Verbandsgemeinde Altenglan erhöhte das Entgelt zwischen 2005 und 2013 von 1,60 Euro auf 4,01 Euro. Den zweithöchsten Steigerungsbetrag wies die Verbandsgemeinde Bitburg-Land auf. Hier stieg das mengenbezogene Entgelt um 1,40 Euro auf 3,86 Euro.

Vielzahl an Bestimmungsgründen für die Entgeltberechnung

Die so genannte EU-Wasserrahmenrichtlinie fordert in Artikel 9, Abs. 1: „Die Mitgliedstaaten berücksichtigen unter Einbeziehung der wirtschaftlichen Analyse gemäß Anhang III und insbesondere unter Zugrundelegung des Verursacherprinzips den Grundsatz der Deckung der Kosten der Wasserdienstleistungen einschließlich umwelt- und ressourcenbezogener Kosten.“⁶ Das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz unterstützt auf Grund der Forderungen der Wasserrahmenrichtlinie ein Benchmarking⁷ der kommunalen Unternehmen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

Hohe
Fixkosten

Die Ergebnisse des Benchmarkings 2010 zeigen, dass die fixen Anteile an den Gesamtaufwendungen für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung jeweils bei rund 80 Prozent liegen. Die Höhe der Fix-

kosten wird durch die Abschreibungen und Zinsen für die Unterhaltung und Erneuerung bzw. Erweiterung der Infrastruktur (Wassergewinnungsanlagen, Kanalnetz, Kläranlagen) bestimmt. Bei den Erträgen basieren in der Wasserversorgung 24 Prozent der Umsatzerlöse auf verbrauchsunabhängigen Entgelten. In der Abwasserbeseitigung sind es annähernd 40 Prozent.

Wegen der hohen Fixkosten, sind die Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, durch Einsparung von Wasser und eine Reduzierung von Abwasser die Kosten zu verringern, begrenzt.

Bürgerinnen
und Bürger
können Kosten
nur wenig
beeinflussen

Einfluss auf die Kosten haben auch die örtlichen Gegebenheiten. Hierzu zählen z. B. die Siedlungsdichte, die Höhe des Wasserverbrauchs bzw. der Abwasseranfall, Höhenunterschiede im Entsorgungsgebiet sowie die Bodenbeschaffenheit bei der Verlegung von Wasserleitungen und Abwasserkanälen. Aber auch das Ausmaß und der Zustand der Kanalnetze und Klärwerke beeinflussen die Kosten. Weitere Bestimmungsfaktoren sind die Personalkosten und der Materialaufwand.

Des Weiteren können die Entgelte durch die Erhebung von einmaligen Beiträgen, z. B. für die Herstellung eines Kanalanschlusses, oder größerer Investitionen beeinflusst sein. Auch die Gewährung von Zuschüssen für die Unterhaltung bzw. die Erweiterung und Modernisierung der Anlagen kann die Höhe der Entgelte beeinflussen.

Jörg Breitenfeld, Diplom-Agraringenieur, leitet das Referat Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt und Energie.

⁶ Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1).

⁷ Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz (Hrsg.): Benchmarking Wasserwirtschaft. Öffentlicher Abschlussbericht Benchmarking Wasserwirtschaft Rheinland-Pfalz für das Erhebungsjahr 2010. Juni 2012
Unter: http://www.wasserbenchmarking-rp.de/content/abschlussbericht_rheinland-pfalz_2010.pdf (abgerufen am 07.03.2014).

Energieproduktivität und erneuerbare Energien

Indikatoren zur nachhaltigen Energieversorgung



Von Dr. Ninja Mariette Lehnert

Nachhaltiges Wirtschaften heißt, bei allen wirtschaftlichen Aktivitäten eine langfristige Perspektive einzunehmen. Im Hintergrund einer Volkswirtschaft, die auch in der Zukunft leistungsstark und tragfähig ist, stehen stabile soziale Bedingungen und funktionierende Ökosysteme. Die Erhöhung der Energieproduktivität und die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien gehören zu den Kernpunkten nachhaltiger Entwicklung.

Nachhaltigkeit

Ermittlung von Nachhaltigkeitsindikatoren durch das Statistische Landesamt

Das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung wurde 1987 durch die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung geprägt. Demnach ist Nachhaltigkeit gegeben, wenn die Generation in der Gegenwart sich so verhält, dass sie die Bedürfnisbefriedigung der zukünftigen Generationen nicht gefährdet.¹ Dieses Leitbild wurde sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene manifestiert und ebenso auf der Ebene der Länder aufgegriffen. Auch Rheinland-Pfalz besitzt eine Strategie zur nachhaltigen Entwicklung. Inwieweit die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes umgesetzt wird, lässt sich mit der Hilfe von verschiedenen Indikatoren überprüfen. Nachhaltigkeitsindikatoren sind Kennziffern, mit denen die nachhaltige Entwicklung messbar gemacht

wird. Für die Ermittlung und Erfassung dieser Indikatoren ist das Statistische Landesamt zuständig. Der Indikatorenbericht des Statistischen Landesamts ist Teil der Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes.²

Die Energieversorgung ist ein wesentlicher Aspekt der nachhaltigen Entwicklung: Auch langfristig soll die Energieversorgung gewährleistet sein – zu ökonomisch tragbaren Preisen und unter ökologisch akzeptablen Umweltbedingungen. Hierfür ist es notwendig, die Energieressourcen möglichst effizient zu nutzen und einer Übernutzung der natürlichen Ressourcen vorzubeugen. Dies ist mit einer Erhöhung der Produktivität bei der Ressourcennutzung verbunden. Zudem bedeutet es, nicht erneuerbare fossile Energieträger durch erneuerbare Energieträger zu ersetzen. Die Energieproduktivität und der Anteil erneuerbarer Energieträger sind deshalb zwei wichtige Indikatoren zur Beurteilung der nachhaltigen Entwicklung in Rheinland-Pfalz.

Nachhaltigkeit bei der Energieversorgungsstruktur

¹ World Commission of Environment and Development: Our Common Future. Oxford 1987.

² Die Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Rheinland-Pfalz“ inklusive Indikatorenbericht ist als PDF-Version auf den Internetseiten des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung (MWKEL) abrufbar. Unter: URL: <http://www.mwkel.rlp.de>.

Effizienter Umgang mit Energie-ressourcen

Unter Energieeffizienz ist das Verhältnis von nutzbarem Energieoutput zum eingesetzten Energieinput zu verstehen, das optimiert werden soll. Es gibt verschiedene Kennziffern zur Energieeffizienz. Dabei wird der nutzbare Energieoutput oft nicht in Energieeinheiten (z. B. Joule, Barrel, Kilowattstunde) gemessen, sondern besteht aus anderen Größen wie beispielsweise den gefahrenen Kilometern eines Personenkraftwagens, der beheizten Fläche Wohnraum oder der produzierten Menge an Gütern.

Energie-
intensität:
Kehrwert der
Energie-
produktivität

Bei der volkswirtschaftlichen Betrachtung ist in diesem Zusammenhang der Energieoutput das gesamte Bruttoinlandsprodukt, also der Wert aller innerhalb eines Jahres für den Endverbrauch produzierten Waren und Dienstleistungen. Der Energieinput ist die für die Herstellung dieser Waren und Dienstleistungen verbrauchte Energie. Die Relation von Bruttoinlandsprodukt zu Energieverbrauch ist ein volkswirtschaftliches Effizienzmaß und wird als Energieproduktivität bezeichnet.

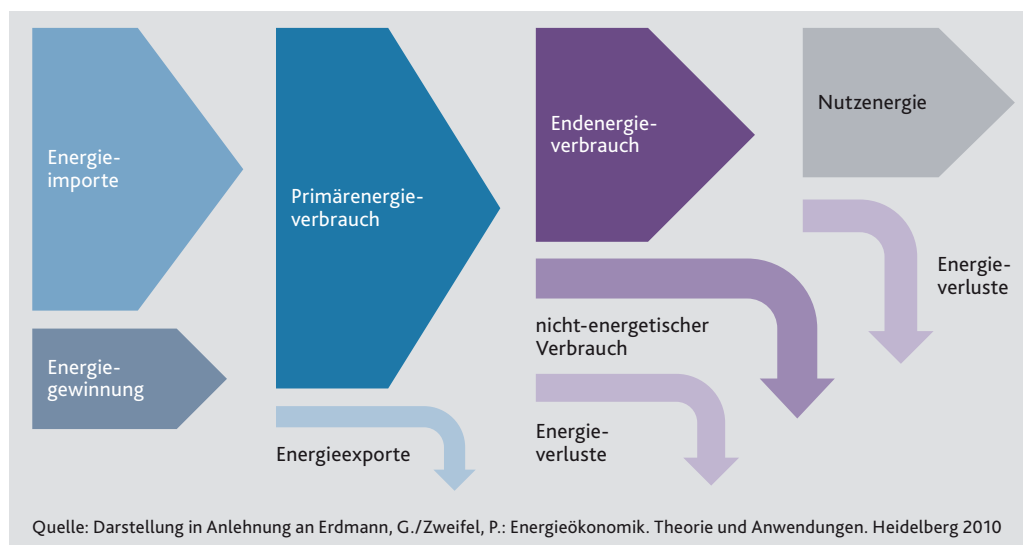
Diese zeigt, wie hoch die wirtschaftliche Leistung pro eingesetzter Einheit Energie ist. Der Umgang mit den Energieressourcen ist umso effizienter, je weniger Energie gebraucht wird, um die Waren und Dienstleistungen im Land zu erstellen. Viele Energiestatistiken geben statt der Energieproduktivität oder als zusätzliche Kennziffer zur Energieproduktivität die Energieintensität an. Dabei handelt es sich um den Kehrwert der Energieproduktivität.

Die amtliche Statistik verwendet zur Berechnung der Energieproduktivität als Energieinput üblicherweise den Primärenergieverbrauch. Es handelt sich hierbei um das gesamte Energieaufkommen aus Importen und aus der eigenen Energiegewinnung im Inland abzüglich der Energielieferungen an andere Länder. Erst nach den Umwandlungsprozessen (z. B. in Verbrennungskraftwerken) und dem Verlust durch den nichtenergetischen Verbrauch der Grundstoffe (z. B. in der chemischen Industrie) entsteht die für die Verbraucher verwertbare Endenergie (z. B. in Form von Heizöl, Strom, Benzin).

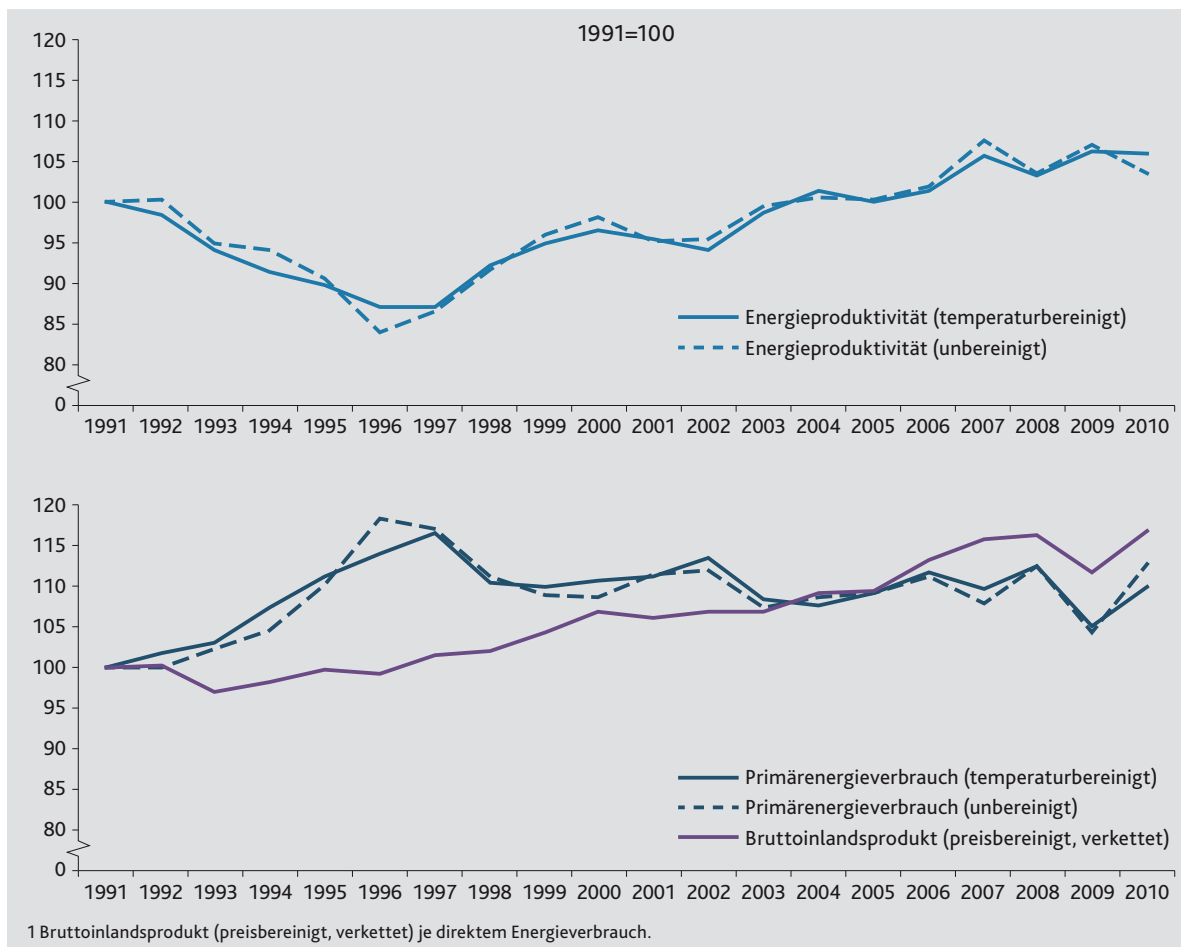
Primärenergie:
Energiequellen vor der
Umwandlung
zur nutzbaren
Endenergie

G 1

Schematisches Energieflussbild



G 2

Energieproduktivität¹, Bruttoinlandsprodukt und Primärenergieverbrauch 1991–2010

Der Endenergieverbrauch ist ebenso wie der Primärenergieverbrauch Teil der statistischen Erfassung. Die Endenergie wird schließlich in Nutzenergie umgewandelt, d. h. in Energie, die den Verbrauchern tatsächlich zur Verfügung steht (z. B. als Raumwärme, Beleuchtung, Antriebsenergie oder Kühlung). Auch zwischen Endenergie und Nutzenergie entstehen Umwandlungsverluste, insbesondere durch Abwärme. Es ist schließlich nicht mehr genau nachzuvollziehen und statistisch zu erfassen, wie hoch die Nutzenergie ist. Theoretisch könnten aber alle Energieverbrauchsgrößen als Input für Effizienzkennzahlen herangezogen werden.

Der Primärenergieverbrauch als Zähler der Energieproduktivität wurde hier nicht nur unbereinigt, sondern auch temperaturbereinigt angegeben, um witterungsbedingte Verbrauchsschwankungen im Zeitverlauf durch besonders kalte bzw. warme Jahre für den Zeitvergleich zu glätten. Mit dem temperaturbereinigten Primärenergieverbrauch lässt sich auch die Energieproduktivität als temperaturbereinigte Größe berechnen. Der Nenner der Energieproduktivität ist das reale, d. h. inflationsbereinigte Bruttoinlandsprodukt. In den 90er-Jahren wurde das Thema Energieeffizienz im Vergleich zur jüngeren Vergangenheit noch wenig beachtet. Der Primärverbrauch ist zunächst

Anstieg der Energieproduktivität (temperaturbereinigt) zwischen 1997 und 2007: 21 Prozent

durchgehend bis 1997 gestiegen. Bei stagnierender Wirtschaftsleistung ist die Energieproduktivität deshalb gesunken. Seit 1997 gelang es in Rheinland-Pfalz aber, die Energieproduktivität zu erhöhen. Die Steigerungsrate der Energieproduktivität lag zwischen 1997 und 2007 temperaturbereinigt bei 21 Prozent.

Erhöhung der Energieproduktivität bei zunehmendem Primärenergieverbrauch

Der Rückgang der Energieproduktivität in den 90er-Jahren wurde kompensiert, und bis zum Jahr 2010 stieg die temperaturbereinigte Energieproduktivität im gesamten Betrachtungszeitraum um sechs Prozent. Im Krisenjahr 2009 gab es einen Einbruch beim Bruttoinlandsprodukt. Bedingt durch die geringere Wirtschaftsleistung sank zwar auch der Primärenergieverbrauch. Da die Reduktion des Energieinputs 2009 jedoch stärker ausfiel als der Rückgang der Wirtschaftsleistung, hat sich die Energieproduktivität in diesem Jahr erhöht (+2,8 Prozent, bereinigt). Im Jahr 2010 blieb die temperaturbereinigte Energieproduktivität etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Die Witterungsbedingungen waren aber 2010 mit einem überdurchschnittlichen Heizbedarf verbunden, der zu einem außergewöhnlich hohen Primärenergieverbrauch führte. Deshalb lag die unbereinigte Energieproduktivität 2010 deutlich unterhalb der temperaturbereinigten Energieproduktivität. Die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs im gesamten Betrachtungszeitraum zeigt einen Anstieg von zehn Prozent. Da das Wirtschaftswachstum in diesem Zeitraum mit einer Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts von knapp 17 Prozent höher war als die Zunahme des Primärenergieverbrauchs, hat sich die Energieeffizienz in Rheinland-Pfalz verbessert.

Im aktuellen Ländervergleich liegt Rheinland-Pfalz bei der Energieproduktivität im unteren Mittelfeld. Im Jahr 2010 wurde in Rheinland-Pfalz mit einem Gigajoule Primärenergie eine Wirtschaftsleistung in Höhe von 165 Euro erbracht. Damit liegt Rheinland-Pfalz unterhalb des Produktivitätswertes in Deutschland in Höhe von 176 Euro Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Gigajoule Primärenergieverbrauch. Auch im längerfristigen Vergleich (2010 zu 2000) befindet sich Rheinland-Pfalz mit einer Steigerung von gut fünf Prozent im unteren Mittelfeld der Länder.

Energieproduktivität 2010: 165 Euro Bruttoinlandsprodukt je Gigajoule Primärenergieverbrauch

Bei diesem Bundesländervergleich ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Wirtschaftsstruktur einen maßgeblichen Einfluss auf die Energieproduktivität hat. Beispielsweise ist in Hamburg und Berlin, die 2010 bei der Energieproduktivität Spitzenwerte verzeichneten, der Dienstleistungssektor im Ländervergleich überdurchschnittlich stark ausgeprägt.³ Länder mit einer hohen Bedeutung energieintensiver Industrien, aber einem kleineren Dienstleistungssektor können im Normalfall nur geringere Werte bei der Energieproduktivität erreichen.

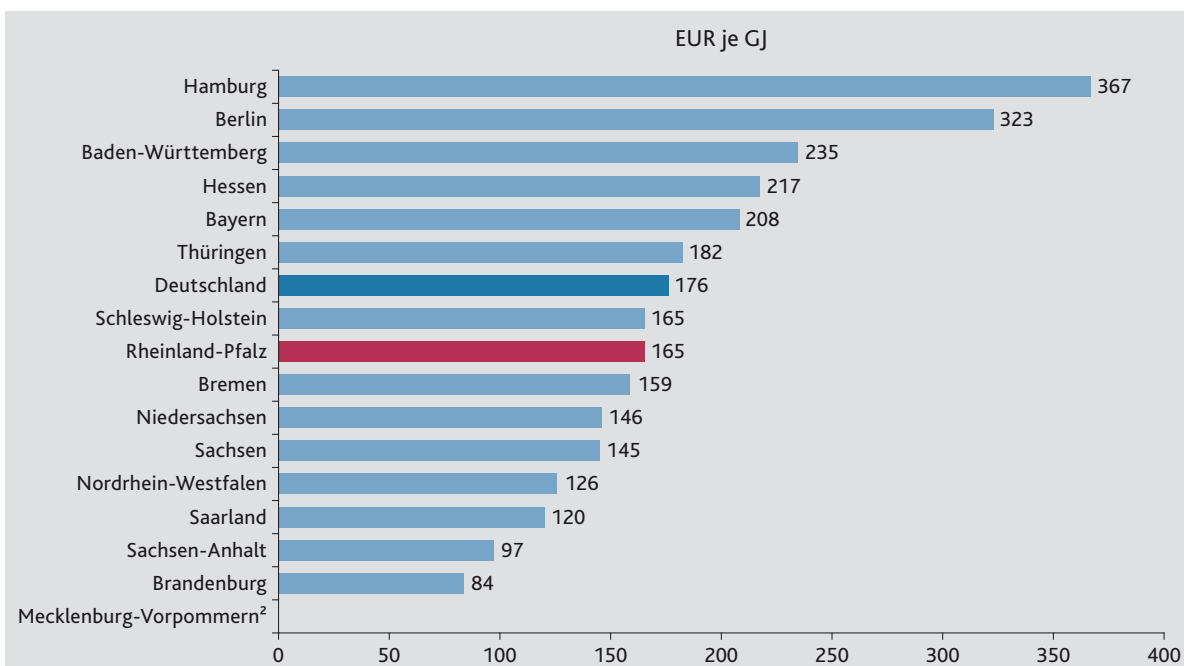
Einflüsse der Wirtschaftsstruktur auf die Energieproduktivität

In Rheinland-Pfalz trugen die Dienstleister mit ihrem vergleichsweise geringen Energiebedarf 2012 etwa 64 Prozent zur gesamten Bruttowertschöpfung bei. Im Durchschnitt der Länder war dieser Wert mit 68 Prozent wesentlich höher. Der Anteil des produzierenden Gewerbes an der rheinland-pfälzischen Wertschöpfung lag bei 35 Prozent. In Deutschland betrug dieser dagegen nur 31 Prozent. Der hohe Wertschöpfungsanteil des produzierenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz wird maßgeblich durch das verarbeitende Gewerbe bestimmt, das 2012 allein 26 Prozent zur Wertschöpfung beitrug (Deutschland: 22 Prozent). Die rheinland-

Hoher Anteil der energieintensiven Industrie

³ Zu einem Ländervergleich der Wirtschaftsstruktur siehe auch Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz. Ein Ländervergleich in Zahlen. Bad Ems 2013.

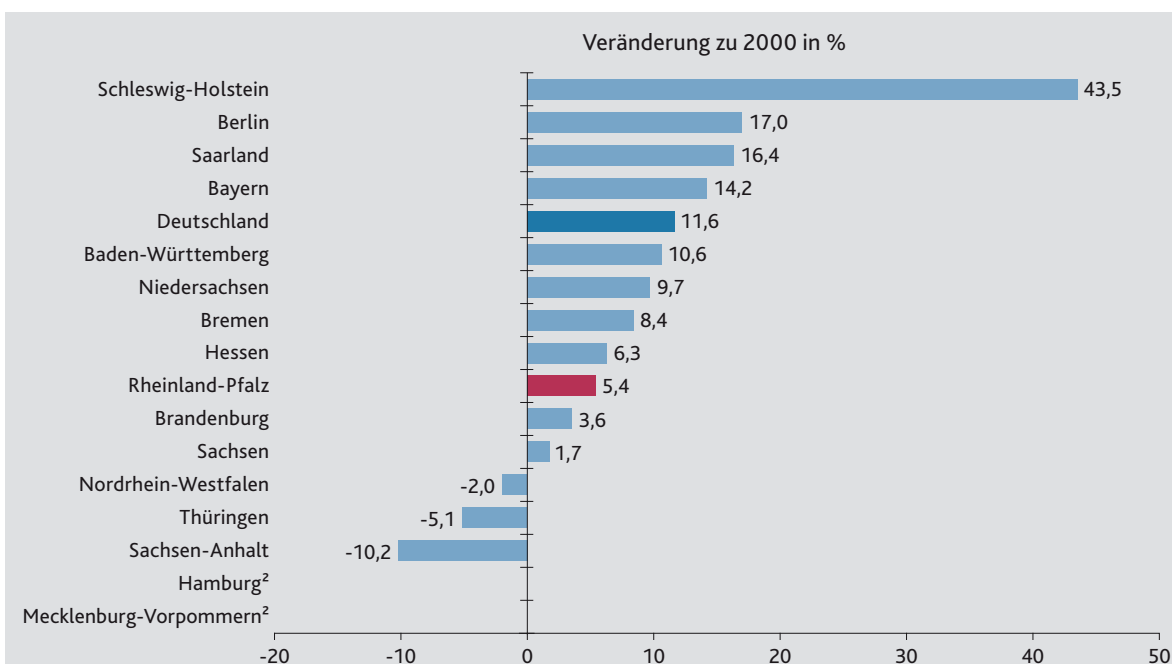
G 3

Energieproduktivität¹ – in jeweiligen Preisen – 2010 nach Ländern

1 Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je direktem Energieverbrauch. – 2 Daten lagen zum Redaktionsschluss nicht vor.

Quelle: Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder; Gemeinschaftsveröffentlichung 2013; Länderarbeitskreis Energiebilanzen

G 4

Energieproduktivität¹ – preisbereinigt, verkettet – 2010 nach Ländern

1 Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) je direktem Energieverbrauch. – 2 Daten lagen zum Redaktionsschluss nicht vor.

Quelle: Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder; Gemeinschaftsveröffentlichung 2013; Länderarbeitskreis Energiebilanzen

pfälzische Industrie ist besonders durch die Herstellung von chemischen Erzeugnissen geprägt. Mit über 30 Prozent besitzt die energieintensive chemische Industrie den größten Anteil am Gesamtumsatz des Industriesektors. Mit dem Fahrzeugbau (13 Prozent) und dem Maschinenbau (neun Prozent) folgen zwei weitere energieintensive Bereiche. Diese Wirtschaftsstruktur erklärt, dass die Energieproduktivität in Rheinland-Pfalz im Ländervergleich im unteren Mittelfeld liegt.

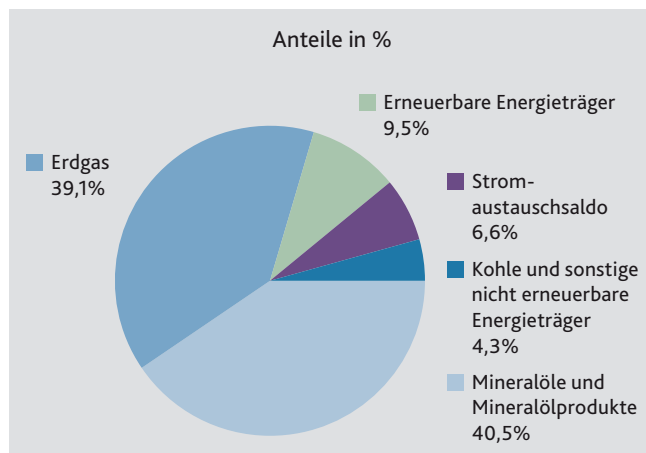
Erneuerbare und nicht erneuerbare Energieträger

Anteil der erneuerbaren Energieträger 2010: neun Prozent des Primärenergieverbrauchs

Unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten ist zu beachten, dass ein schonender Umgang mit Energieressourcen nicht allein durch einen Anstieg der Energieproduktivität erreichbar ist. Beispielsweise ging in Rheinland-Pfalz die Produktivitätssteigerung mit einer Erhöhung des Primärenergieverbrauchs einher. Nachhaltig kann der Energieverbrauch jedoch nur dann sein, wenn vorhandene Potenziale zur Nutzung von erneuerbaren Energieträgern ausgeschöpft werden, um den Verbrauch fossiler Energien zu reduzieren. Erneuerbare Energien – wie Wasserkraft, Windenergie oder Energie aus Biomasseprodukten – werden im Gegensatz zu fossilen nicht erneuerbaren Energien wie Erdöl oder Kohle aus unendlich verfügbaren Ressourcen gewonnen und sind mit geringeren Umweltbelastungen verbunden. Deshalb ist die Zusammensetzung des Energieverbrauchs ein Indikator für Nachhaltigkeit. Der Anteil der erneuerbaren Energieträger am Primärenergieverbrauch lag 2010 bei gut neun Prozent, während die fossilen Energieträger insgesamt 84 Prozent des Primärenergieverbrauchs ausmachten. Rheinland-Pfalz bezieht zudem Stromlieferungen aus anderen Bundesländern und

G 5

Primärenergieverbrauch 2010 nach Energieträgern



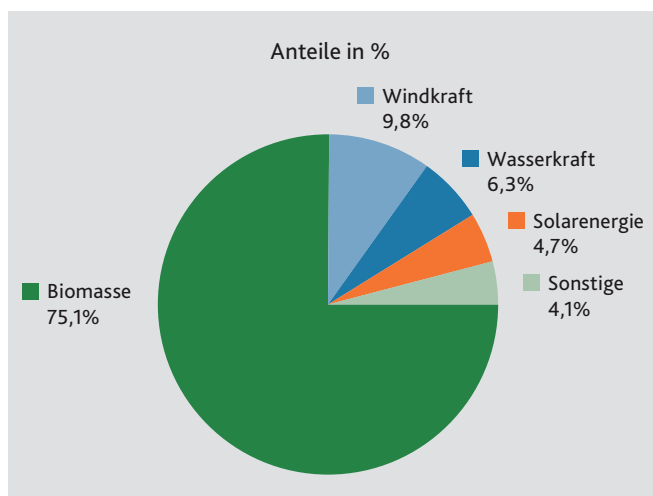
dem Ausland, bei denen nicht nachvollziehbar ist, aus welchen Energieträgern der Strom gewonnen wurde. Da in Rheinland-Pfalz mehr Strom importiert als exportiert wird, entsteht ein Importüberschuss. Im Jahr 2010 betrug dieser Stromaustauschsaldo sieben Prozent des Primärenergieverbrauchs. Im Gegensatz zur Energieerzeugung in Rheinland-Pfalz, in der weder großtechnische Anlagen zur Kohleverwertung noch die Kernenergie eine Rolle spielen, können solche Energien im Strommix der Importe enthalten sein. Die Stromerzeugung in Rheinland-Pfalz weist einen vergleichsweise hohen Anteil erneuerbarer Energien auf. Im Jahr 2010 betrug dieser Anteil gut 26 Prozent, bezogen auf die Bruttostromerzeugung, d. h. auf die Stromerzeugung inklusive Eigenverbrauch der Kraftwerke. In Deutschland lag dieser Anteil nur bei 17 Prozent.

Bei einer genaueren Aufgliederung des Primärenergieverbrauchs nach Energieträgern zeigt sich, dass die Biomasse der wichtigste erneuerbare Energieträger ist. In Rheinland-Pfalz betrug der Primärenergieverbrauch der erneuerbaren Energien 2010 fast 18 Milliarden Kilowattstunden. Daran hatte die

Biomasse wichtigster erneuerbarer Energieträger

G 6

Primärenergieverbrauch erneuerbarer Energien 2010 nach Energieträgern



Biomasse einen Anteil in Höhe von 75 Prozent. Von den restlichen erneuerbaren Energien war die Windkraft mit einem Anteil von 9,8 Prozent der wichtigste Energieträger, gefolgt von der Wasserkraft mit 6,3 Prozent.

Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien zwischen 2000 und 2009 von zwei auf neun Prozent

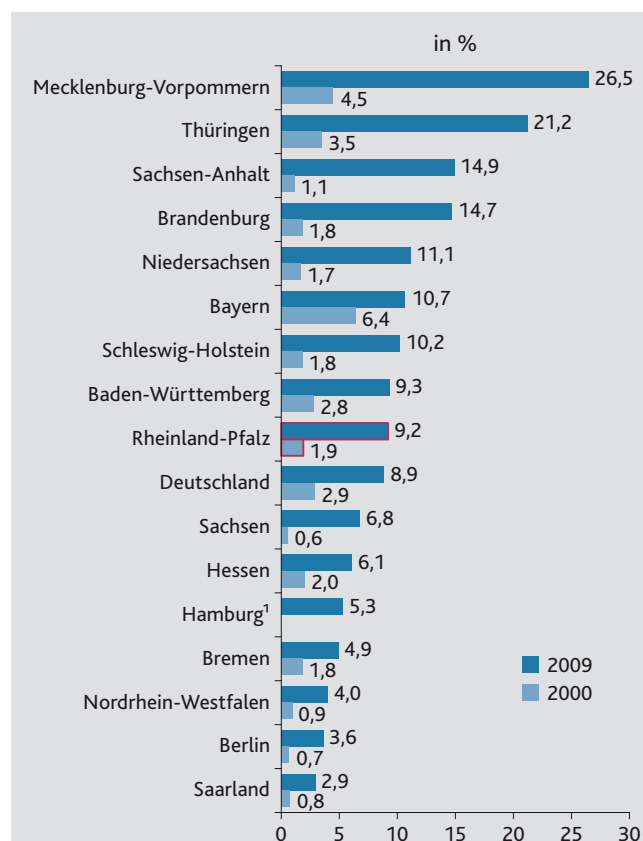
Während die erneuerbaren Energien zu Anfang der 90er-Jahre in Deutschland noch kaum eine Rolle spielten, beträgt der Anteil am Primärenergieverbrauch nach vorläufigen Berechnungen für 2013 in Deutschland knapp zwölf Prozent.⁴ Im Jahr 2000 befand sich der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland noch im Anfangsstadium. Mit Ausnahme von Bayern, das schon früh die im Land vorhandenen Potenziale zur Erzeugung von Wasserkraft nutzte, lag der Anteil der erneuerbaren Energien in den meisten Ländern unter zwei Prozent. Aber auch Mecklenburg-Vorpommern (4,5 Prozent) und Thüringen (3,5 Prozent) setzten sich schon im Jahr 2000 von den restlichen Bundesländern ab. Nach der Wende wurde in den neuen Bundesländern kräftig in die Erneuerung der Energieversorgung inves-

⁴ Arbeitsgruppe Energiebilanzen e. V.: Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland. Unter: <http://www.ag-energiebilanzen.de> (abgerufen am 22.01.2014).

tiert, aus der sich mittlerweile ein deutlich erkennbarer Vorsprung bei dem Ausbau der erneuerbaren Energien entwickelt hat. Im Jahr 2009 lagen sogar vier der fünf neuen Bundesländer beim Anteil der erneuerbaren Energie an der Spitze des Ländervergleichs. Beim Anteil der erneuerbaren Energien befindet sich Rheinland-Pfalz im Mittelfeld der Länder. Aber mit einer Steigerung von zwei auf neun Prozent im Betrachtungszeitraum gehört Rheinland-Pfalz unter den alten Bundesländern gemeinsam mit Niedersachsen und Schleswig-Holstein zu denjenigen Ländern mit dem stärksten Ausbau der erneuerbaren Energien.

G 7

Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch insgesamt 2000 und 2009 nach Ländern



¹ Keine Daten für das Jahr 2000 verfügbar.

Quelle: Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder: Gemeinschaftsveröffentlichung 2013; Länderarbeitskreis Energiebilanzen; Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Fazit

Bei beiden Indikatoren zur nachhaltigen Entwicklung im Energiebereich hat sich Rheinland-Pfalz im Betrachtungszeitraum verbessert. Im Ländervergleich liegt Rheinland-Pfalz heute im Mittelfeld. Hierbei sind jedoch zwei Aspekte zu beachten. Erstens ist ein reiner Vergleich der Energieproduktivität ohne Berücksichtigung der Wirtschaftsstruktur der Länder nicht aussagekräftig. Eine stark ausgeprägte energieintensive Industrie und ein relativ kleiner Dienstleistungssektor wie in Rheinland-Pfalz verrin-

gern die Energieproduktivität. Zweitens ist der Ausbau der erneuerbaren Energien in den neuen Bundesländern tendenziell weiter fortgeschritten. Die Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien in Rheinland-Pfalz ist im Vergleich der alten Bundesländer untereinander in den letzten Jahren der Betrachtung überdurchschnittlich gewesen.

Dr. Ninja Mariette Lehnert ist Referentin im Referat „Analysen“.

Personal im Gesundheitswesen 2008 bis 2011



Von Diane Dammers

Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen geben Auskunft über die Leistungsfähigkeit und ökonomische Bedeutung der Gesundheitswirtschaft. Die Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ befasst sich mit dem Aufbau eines gesundheitsbezogenen Gesamtrechnungssystems auf der Ebene der Bundesländer. Im Jahr 2013 führte die Arbeitsgruppe erstmals für die beteiligten Länder – darunter Rheinland-Pfalz – eine Gesundheitspersonalrechnung nach einem länderübergreifenden Ansatz durch. Die Ergebnisse zeigen, dass die Beschäftigung im Gesundheitswesen in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen ist.

Gesundheitswesen ist eine „Querschnittsbranche“

Gesundheits-
wesen als
Zukunftsbranche

Der gegenwärtige Zustand und die zukünftige Entwicklung des Gesundheitswesens werden regelmäßig öffentlich diskutiert. Im Fokus stehen dabei häufig die erwarteten Kostensteigerungen und die besonderen Herausforderungen, die der demografische Wandel in den nächsten Jahrzehnten mit sich bringen wird. Aufgrund der Alterung der Bevölkerung wird mit einer wachsenden Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen des Gesundheitswesens gerechnet, die möglicherweise mit einer Steigerung der Gesundheitsausgaben einhergehen wird. Den damit verbundenen Risiken bezüglich der künftigen Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems stehen allerdings auch Chancen gegenüber: Die prognostizierten Nachfragesteigerungen machen das Gesundheitswesen zu einer

Zukunftsbranche mit großem Wachstums- und Beschäftigungspotenzial.

Bereits in der Gegenwart hat die Gesundheitsbranche eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung, die sich jedoch aufgrund ihrer Eigenschaft als „Querschnittsbranche“ nur schwer quantifizieren lässt. Nach der Gliederung der Gesundheitspersonalrechnung umfasst das „Gesundheitswesen im engeren Sinne“ Einrichtungen, die gesundheitsbezogene Güter und Dienstleistungen für den Endverbraucher bereitstellen. Dazu zählen z. B. Arztpraxen, Apotheken, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen oder auch die öffentliche Verwaltung. Das „Gesundheitswesen im weiteren Sinne“ beinhaltet die Produzenten von Vorleistungen, zu denen u. a. die pharmazeutische, augenoptische und medizintechnische Industrie gehören (siehe Textkasten).

Bedeutung
der Branche
ist schwer zu
quantifizieren

Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder bestehen aus drei Komponenten

Einen wichtigen Beitrag zur Quantifizierung der Bedeutung des Gesundheitswesens leisten die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen. Unter diesem Begriff werden Rechenwerke zusammengefasst, die sich mit Fragestellungen der Gesundheitswirtschaft beschäftigen und gegenwärtig noch entwickelt werden. Sie halten Informationen zu Art und Umfang der erbrachten Leistungen und der dafür eingesetzten Ressourcen sowie zu zukünftigen Entwicklungstendenzen in der Gesundheitswirtschaft bereit.¹

Bisher nur einfache Disaggregation der Bundesergebnisse

Seit den 90er-Jahren veröffentlicht das Statistische Bundesamt Ergebnisse der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen für Deutschland im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung des Bundes.² Ergebnisse auf Länderebene konnten daraus nur näherungsweise durch eine einfache Disaggregation – d.h. durch Aufteilung der Bundesergebnisse auf die Länder anhand ihrer Anteile an der deutschen Gesamtbevölkerung – berechnet werden. Allerdings weist das Gesundheitswesen in den einzelnen Bundesländern Besonderheiten auf, die bei dieser Berechnungsmethode nicht berücksichtigt werden konnten, sodass einige Bundesländer parallel eigene gesundheitsökonomische Rechenwerke entwickelten.

2009 Gründung der Länderarbeitsgruppe

Im Jahr 2009 wurde die Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder gegründet. Sie verfolgt das Ziel, Gesundheitsökonomische Gesamt-

rechnungen für die Bundesländer nach einer einheitlichen Methode zu erstellen. Die Berechnungsmethodik orientiert sich weitgehend an den Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen des Bundes. Den Besonderheiten des Gesundheitswesens in den einzelnen Ländern soll durch die weitestmögliche Einbeziehung länderspezifischer Daten Rechnung getragen werden. Wie die Gesundheitspersonalrechnung zeigt, können auf diese Weise aussagekräftigere Daten zum Gesundheitswesen der Länder gewonnen werden als bei einer einfachen Disaggregation anhand der Bundesergebnisse.

Das Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungssystem der Länder besteht aus drei Komponenten:

■ Die **Gesundheitspersonalrechnung** dient der quantitativen Beschreibung der Beschäftigung im Gesundheitswesen. Die Beschäftigungsverhältnisse im Gesundheitswesen werden nach Einrichtungsarten differenziert dargestellt. Dabei werden neben den Einrichtungen des Gesundheitswesens im engeren Sinne auch die Vorleistungsindustrien einbezogen (siehe Textkasten).

Beschäftigung

■ Die **Gesundheitsausgabenrechnung** soll über die Kosten im Gesundheitswesen informieren. Zu diesem Zweck werden die Ausgaben im Gesundheitswesen nach Ausgabenträgern ermittelt.

Kosten

■ Ziel des **Wertschöpfungsansatzes** ist es, den Anteil der Gesundheitswirtschaft an der gesamten Wirtschaftsleistung eines Landes zu bestimmen. Zu diesem Zweck müssen die Einrichtungen, die zur Gesundheitswirtschaft zählen, von anderen Wirtschaftseinheiten abgegrenzt werden, um anschließend ihre Wirtschaftskraft zu ermitteln.

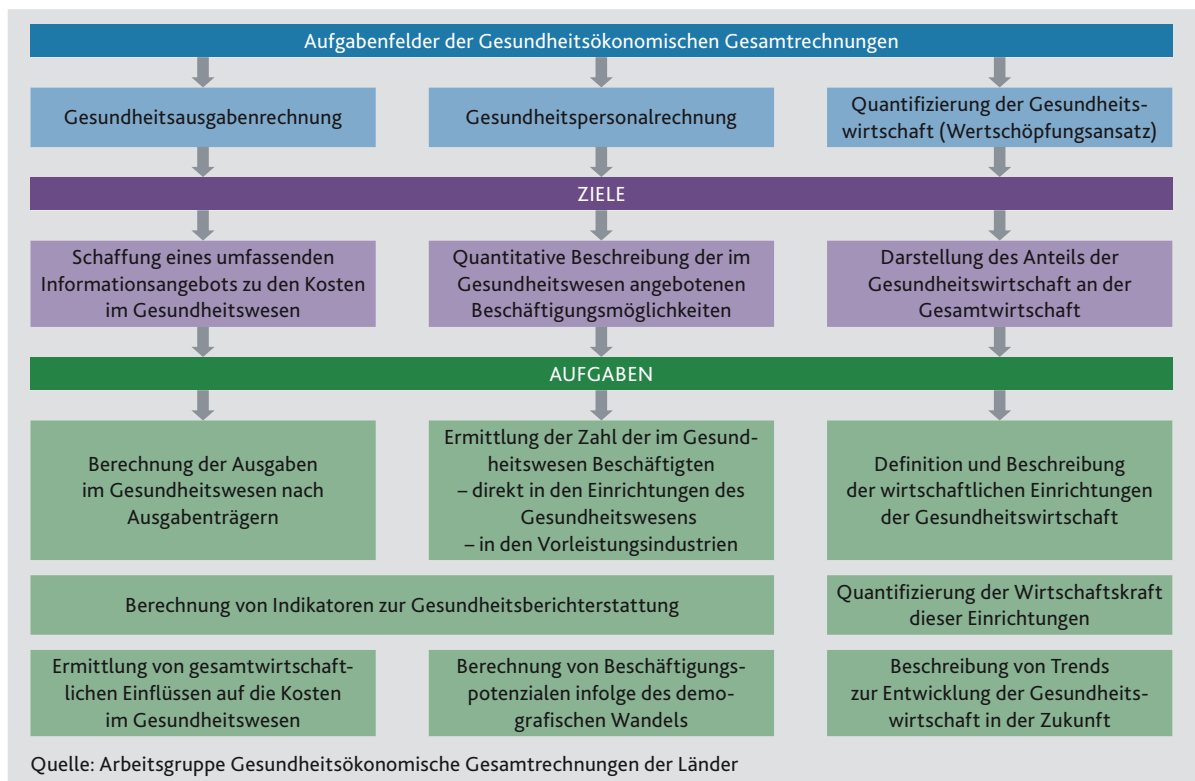
Anteil der Gesundheitswirtschaft an gesamter Wirtschaftsleistung

¹ Ausführliche Informationen zu den Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen einschließlich der hier verwendeten Definitionen bietet die Internetseite der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL): www.ggrdl.de

² Vgl. Knödler, R.: Gesundheitsökonomische Daten: Anbieter und Verwendungsmöglichkeiten. In: Statistische Monatshefte Baden-Württemberg 5/2010. S. 34–41.

G 1

Handlungsstrategien zur Entwicklung der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen auf Länderebene



Gesundheitspersonalrechnung zählt Beschäftigungsverhältnisse, keine Personen

2013 erste Berechnung nach länderübergreifendem Ansatz

Im Herbst 2013 legte die Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder erstmals eine Gesundheitspersonalrechnung vor, die für alle Länder der Arbeitsgruppe – Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen – nach einem einheitlichen Ansatz erstellt wurde. Die Ergebnisse beziehen sich auf die Jahre 2008 bis 2011.

Die Gesundheitspersonalrechnung der Länder fügt Daten aus verschiedenen Quellen in einem einheitlichen Rechenwerk zusam-

men.³ Sie verwendet zum einen Daten aus Erhebungen, die von den statistischen Ämtern selbst durchgeführt werden. Zentrale Quellen sind die Krankenhausstatistik und die Pflegestatistik des Bundes und der Länder. Zum anderen fließen Statistiken anderer Institutionen, wie z. B. der Ärztekammern, der Bundesagentur für Arbeit oder der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege, in die Berechnungen ein. Das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen, das die Federführung innerhalb der Arbeitsgruppe innehat, konnte die benötigten Daten überwiegend zentral für alle Arbeitsgruppenmitglieder beschaffen. Um eine möglichst effiziente und einheitliche Bearbeitung der Gesundheitspersonalrechnung zu gewährleisten, wurden auch die Berechnungen zentral im sächsischen Landesamt durchgeführt.

Zentrale Datenbeschaffung und Berechnung

³ 3 Quellen und Berechnungsmethoden sind in der Methodendokumentation detailliert dargestellt: Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL): Gesundheitspersonalrechnung auf Länderebene nach Einrichtungen. Kamenz 2013. Unter: http://www.ggrdl.de/ggr_methodisches_instrumentarium.html (abgerufen am 21.01.2014).

Personen mit mehreren Beschäftigungen werden mehrfach gezählt

In der Gesundheitspersonalrechnung wird die Zahl der Beschäftigten dargestellt, die in den verschiedenen Einrichtungen des Gesundheitswesens tätig sind. Unter „Beschäftigten“ werden hier „Beschäftigungsverhältnisse“ verstanden. Personen, die mehrere Beschäftigungsverhältnisse gleichzeitig ausüben, werden also mehrfach als Beschäftigte gezählt. Damit liegt der Gesundheitspersonalrechnung ein anderes Konzept zugrunde als beispielsweise der Erwerbstätigenrechnung, die Erwerbstätige mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen nur einmal erfasst.

Als Beschäftigte im Sinne der Gesundheitspersonalrechnung gelten Selbstständige und ohne Entgelt mithelfende Familienangehörige sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Nicht hinzugezählt werden ehrenamtlich Tätige sowie Beschäftigte, die als Beauftragte aus anderen Wirtschaftsbereichen – z. B. als Beschäftigte eines Handwerksunternehmens – in Einrichtungen des Gesundheitswesens arbeiten. Neben der Gesamtzahl der Beschäftigten wird die Zahl der weiblichen Beschäftigten sowie die Zahl der Vollzeitäquivalente ermittelt.

Vollzeitäquivalente teilweise durch einfache Disaggregation berechnet

Vollzeitäquivalente geben die Anzahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten an. Dabei entspricht eine Vollzeit beschäftigte Person einem Vollzeitäquivalent. Teilzeitbeschäftigte gehen mit einem Wert zwischen null und eins in die Berechnungen ein, der vom Umfang ihrer Arbeitszeit abhängt. Arbeitet eine Teilzeitkraft die Hälfte der tariflichen Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten, entspricht dies 0,5 Vollzeitäquivalenten. Länderspezifische Angaben zu den Vollzeitäquivalenten liegen nur für einen Teil der im Gesundheitswesen Beschäftigten vor. Daher werden die Vollzeitäquivalente bei einigen Einrichtungs-

Gesundheitswesen nach Einrichtungsarten

Einrichtungsgliederung der Gesundheitspersonalrechnung

1. Gesundheitsschutz
2. Ambulante Einrichtungen
 - 2.1 Arztpraxen
 - 2.2 Zahnarztpraxen
 - 2.3 Praxen sonstiger medizinischer Berufe
 - 2.4 Apotheken
 - 2.5 Gesundheitshandwerk/-einzelhandel
 - 2.6 Ambulante Pflege
 - 2.7 Sonstige ambulante Einrichtungen
3. Stationäre/teilstationäre Einrichtungen
 - 3.1 Krankenhäuser
 - 3.2 Vorsorge- und Rehabilitationskliniken
 - 3.3 Stationäre/teilstationäre Pflege
4. Rettungsdienste
5. Verwaltung
6. Sonstige Einrichtungen
7. Vorleistungsindustrien

Das „Gesundheitswesen im engeren Sinne“ umfasst die ersten sechs Einrichtungsarten. Die Vorleistungsindustrien, die keine Produkte und Dienstleistungen für den Endverbraucher erstellen, werden als „Gesundheitswesen im weiteren Sinne“ ebenfalls in die Gesundheitspersonalrechnung einbezogen.

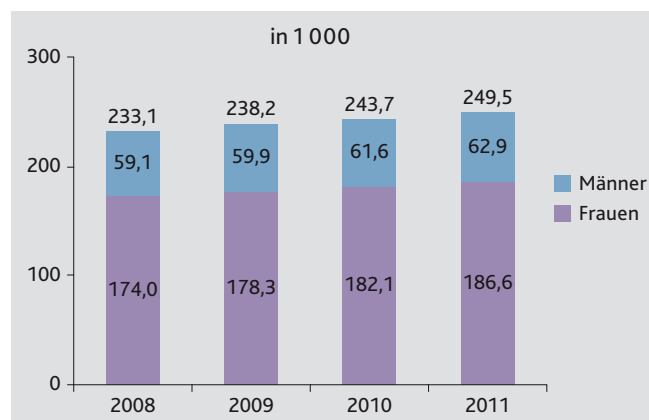
arten durch Übertragung der Bundesanteile auf länderspezifische Daten oder auch durch eine einfache Disaggregation der Bundesergebnisse mittels der Bevölkerungsanteile ermittelt.

In der Gesundheitspersonalrechnung der Länder werden die Beschäftigten des Gesundheitswesens sieben Einrichtungsarten zugeordnet. Die Untergliederung entspricht der Gesundheitspersonalrechnung des Bundes. Der Bereich Gesundheitsschutz umfasst Einrichtungen der Kommunen, der Länder oder des Bundes, welche die Bevölkerung vor Gesundheitsgefahren schützen sollen (u. a.

Sieben Einrichtungsarten

kommunale oder Landesgesundheitsämter, Lebensmittelüberwachung). Die ambulanten Einrichtungen sind noch tiefer in sogenannte „Zweisteller“ untergliedert. Dazu gehören Praxen von Ärztinnen und Ärzten, Zahnärztinnen und Zahnärzten sowie sonstigen medizinischen Berufen ebenso wie Apotheken, Gesundheitshandwerk bzw. -einzelhandel und ambulante Pflegeeinrichtungen. Auch der Bereich der stationären und teilstationären Einrichtungen ist weiter unterteilt; in diesem Bereich wird auf der Ebene der Zweisteller zwischen Krankenhäusern, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen sowie stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen unterschieden. Eine eigene Einrichtungsart bilden die Rettungsdienste, die für Krankentransport und Notfallrettung zuständig sind. Der Bereich Verwaltung umfasst die Einrichtungen der gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen, der Renten-, Unfall- und Pflegeversicherung sowie Einrichtungen der Organisationen der Leistungserbringer (z. B. Kammern). Schließlich zählen zum Gesundheitswesen im engeren Sinne auch die sonstigen Einrichtungen, die anderen Wirtschaftszweigen angehören und Gesundheitsdienstleistungen oder Waren für den Endverbrauch anbieten. Als siebte Einrichtungsart berücksichtigt die Gesundheitspersonalrechnung die Vorleis-

G 2

Beschäftigte im Gesundheitswesen 2008–2011 nach Geschlecht


tungsindustrien des Gesundheitswesens, die keine Produkte für den Endverbrauch herstellen und daher als „Gesundheitswesen im weiteren Sinne“ bezeichnet werden. Hierzu gehören die pharmazeutische Industrie, die medizintechnische und augenoptische Industrie sowie der Bereich der medizinischen Laboratorien und des Großhandels.

Beschäftigung im Gesundheitswesen steigt

Von 2008 bis 2011 ist die Zahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen kontinuierlich gestiegen. Dies gilt für alle sechs Bundesländer, die in der Gesundheitspersonalrechnung der Länder berücksichtigt wurden. Auch in der Wirtschaftskrise entwickelte sich die

Beschäftigungsanstieg auch in der Wirtschaftskrise

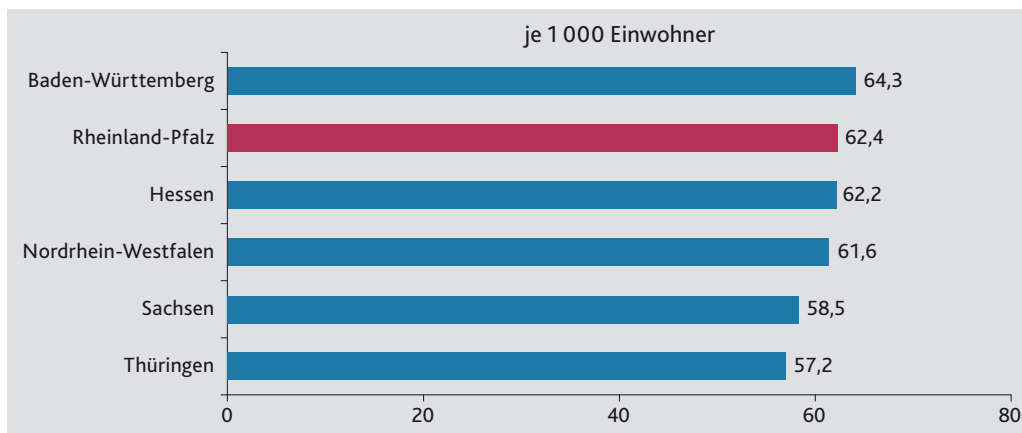
T 1

Beschäftigte im Gesundheitswesen 2011 nach ausgewählten Bundesländern

Land	Insgesamt	Veränderung zu 2008	Je 1 000 Einwohner	Anteil der Frauen	Vollzeit-äquivalente
	1 000	%	Anzahl	%	1 000
Baden-Württemberg	693,7	6,6	64,3	73,8	520,2
Hessen	378,7	6,0	62,2	72,2	286,3
Nordrhein-Westfalen	1 098,9	6,6	61,6	74,9	817,1
Rheinland-Pfalz	249,5	7,0	62,4	74,8	184,5
Sachsen	241,9	7,0	58,5	76,3	189,7
Thüringen	127,0	6,9	57,2	76,3	101,1

G 3

Beschäftigte im Gesundheitswesen 2011 nach ausgewählten Bundesländern



Beschäftigung im Gesundheitswesen positiv, obwohl die Erwerbstätigenzahlen in den meisten Bundesländern 2009 unter dem Vorjahresniveau lagen.

Beschäftigungszunahme in allen sechs Ländern

Im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen waren 2011 rund 249 500 Beschäftigte tätig, das waren 16 400 mehr als 2008. Der prozentuale Beschäftigungsanstieg bewegte sich in allen sechs Bundesländern in einer ähnlichen Größenordnung: Sachsen und Rheinland-Pfalz standen mit einer Beschäftigungszunahme von insgesamt sieben Prozent zwischen 2008 und 2011 an der Spitze. Am geringsten fiel der Zuwachs in Hessen mit sechs Prozent aus.

Teilzeitbeschäftigung hat in Rheinland-Pfalz den höchsten Stellenwert

62,4 Beschäftigte im Gesundheitswesen je 1 000 Einwohner

Da Vergleiche der absoluten Beschäftigtenzahlen aufgrund der unterschiedlichen Größe der Bundesländer nicht sinnvoll sind, werden die Beschäftigten im Gesundheitswesen auf die Einwohnerzahl des jeweiligen Bundeslandes bezogen. Im Jahr 2011 kamen in Rheinland-Pfalz 62,4 Beschäftigte im Gesundheitswesen auf 1 000 Einwohner. Damit lag das Land an zweiter Stelle hinter Baden-Württemberg, das 64,3 Beschäftigte

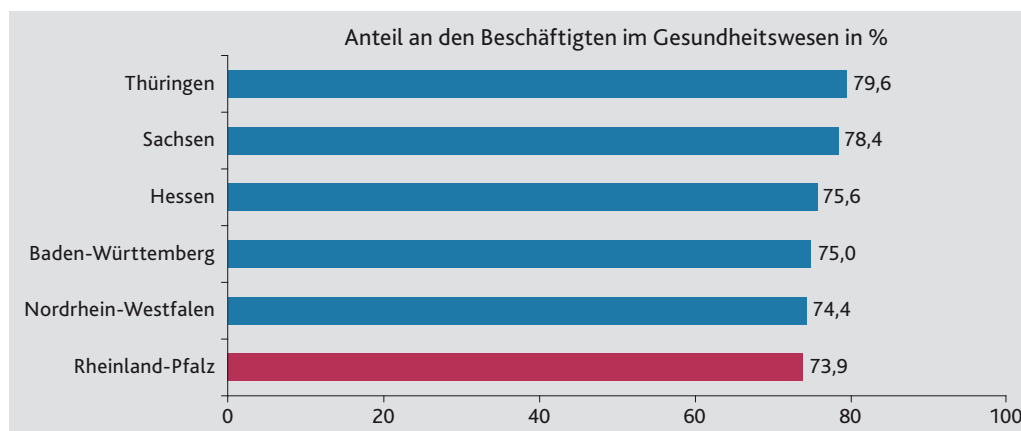
im Gesundheitswesen je 1 000 Einwohner aufwies. Hessen und Nordrhein-Westfalen belegten mit 62,2 bzw. 61,6 Beschäftigten je 1 000 Einwohner die Ränge drei und vier. Sachsen und Thüringen folgten mit etwas Abstand (58,5 bzw. 57,2 Beschäftigte je 1 000 Einwohner).

Angesichts der geringen Differenzen zwischen den vier alten Bundesländern und dem etwas größeren Abstand zu den beiden neuen Bundesländern stellt sich die Frage, ob die Ergebnisse Ausdruck struktureller Unterschiede zwischen dem Gesundheitswesen in den alten und den neuen Ländern sein könnten. Anhand der geringen Zahl von sechs Bundesländern, die bislang an der Gesundheitspersonalrechnung der Länder beteiligt sind, lassen sich hierzu keine belastbaren Aussagen treffen. Eine Ausdehnung der Gesundheitspersonalrechnung auf alle Bundesländer würde in diesem Zusammenhang neue Untersuchungsperspektiven eröffnen.

Auch bei der Auswertung der Beschäftigten nach Vollzeitäquivalenten könnten sich strukturelle Unterschiede zwischen alten und neuen Ländern ergeben. Für den Ländervergleich wurden die Vollzeitäquivalente

Thüringen mit Höchstwert bei Vollzeitäquivalenten

G 4

**Beschäftigte in Vollzeitäquivalenten im Gesundheitswesen 2011
nach ausgewählten Bundesländern**


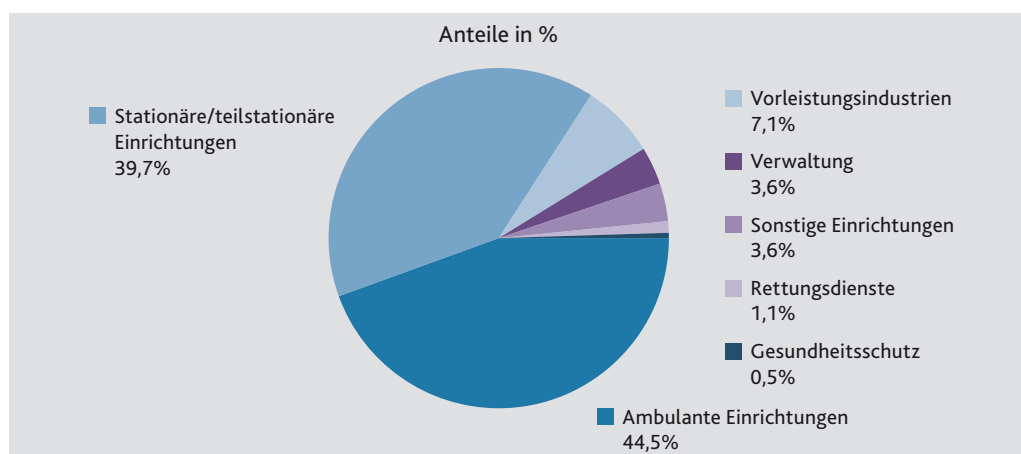
zur Gesamtzahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen in Relation gesetzt. Je höher die Zahl der Vollzeitäquivalente im Vergleich zur Beschäftigtenzahl ist, desto geringer ist die Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung in einem Land. Den höchsten Wert wies Thüringen auf; hier erreichte die Zahl der Vollzeitäquivalente 80 Prozent der Beschäftigtenzahl des Gesundheitswesens. Es folgte Sachsen mit gut 78 Prozent. Die vier alten Länder wiesen Werte zwischen 74 und knapp 76 Prozent auf. In Rheinland-Pfalz war der Wert am geringsten, d. h. Teilzeitbeschäftigung hatte hier einen höheren

Stellenwert als in den übrigen fünf Bundesländern.

Eine große Bedeutung hat die Teilzeitbeschäftigung in den stationären und teilstationären Einrichtungen. Hier erreichten die Vollzeitäquivalente in Rheinland-Pfalz 2011 nur 70 Prozent der Beschäftigtenzahl. Auch in Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen war der Quotient aus Vollzeitäquivalenten und Beschäftigtenzahlen in dieser Einrichtungsart am niedrigsten. In Sachsen und Thüringen war Teilzeitbeschäftigung in den ambulanten Einrichtungen am weitesten verbreitet.

Teilzeitbeschäftigung in stationären und teilstationären Einrichtungen weit verbreitet

G 5

Beschäftigte im Gesundheitswesen 2011 nach Art der Einrichtung


Ambulante Einrichtungen haben die meisten Beschäftigten

Personal-
verteilung in
allen Ländern
ähnlich

Die Verteilung des Personals auf die verschiedenen Einrichtungsarten des Gesundheitswesens ist in den sechs Bundesländern ähnlich. Die ambulanten Einrichtungen hatten 2011 überall den größten Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl. In Rheinland-Pfalz belief er sich auf 45 Prozent. An zweiter Stelle folgte in allen Ländern der Bereich der stationären und teilstationären Einrichtungen. In Rheinland-Pfalz waren 2011 rund 40 Prozent der Beschäftigten in dieser Einrichtungsart tätig.

Größere Unterschiede zwischen den Bundesländern ergeben sich hinsichtlich der Bedeutung der Vorleistungsindustrien. Den höchsten Anteil an den Beschäftigten im Gesundheitswesen hatten die Vorleistungsindustrien 2011 in Baden-Württemberg mit elf Prozent. Danach folgten Hessen mit 9,9 Prozent und Rheinland-Pfalz mit 7,1 Prozent. Am niedrigsten war der Anteil der Vorleistungsindustrien in Sachsen mit vier Prozent. Die vier übrigen Einrichtungsarten haben jeweils nur einen geringen Anteil an der Beschäftigung im Gesundheitswesen. In

Rheinland-Pfalz belief sich ihr Anteil 2011 zusammen auf 8,8 Prozent.

Gesundheitswesen ist eine Frauendomäne

Das Gesundheitswesen ist eine „Frauendomäne“. Etwa drei Viertel aller Beschäftigten im Gesundheitswesen sind weiblich. Im Jahr 2011 wiesen Thüringen und Sachsen mit jeweils 76 Prozent den höchsten Frauenanteil auf. Nur geringfügig niedriger war der Anteil in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz mit 75 Prozent. Am niedrigsten fiel der Frauenanteil im hessischen Gesundheitswesen aus (72 Prozent).

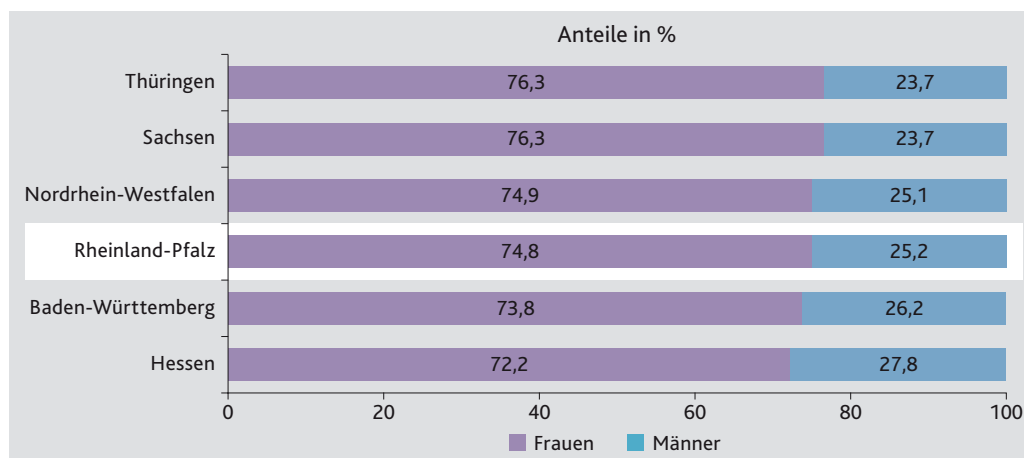
Drei Viertel der
Beschäftigten
sind Frauen

Hinsichtlich des Frauenanteils an den Beschäftigten bestehen große Unterschiede zwischen den Einrichtungsarten des Gesundheitswesens. Die beiden größten Bereiche des Gesundheitswesens, die ambulanten sowie die stationären und teilstationären Einrichtungen, wiesen in allen sechs Bundesländern hohe Frauenanteile auf. In Rheinland-Pfalz verzeichneten die stationären und teilstationären Einrichtungen 2011 mit 80 Prozent den Spitzenwert. Es folgten die ambulanten Einrichtungen mit 79 Pro-

Rettungsdienste
mit niedrigstem
Frauenanteil

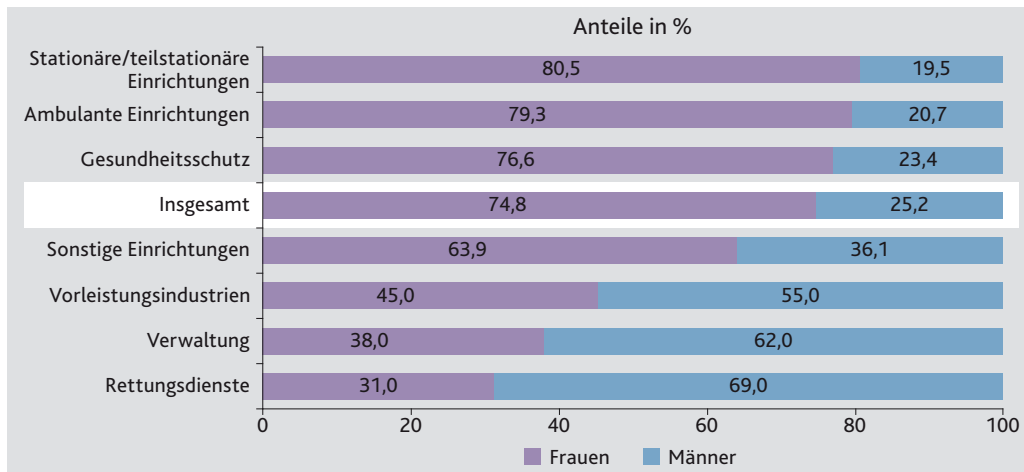
G 6

Beschäftigte im Gesundheitswesen 2011 nach Geschlecht und ausgewählten Bundesländern



G 7

Beschäftigte im Gesundheitswesen 2011 nach Geschlecht und Art der Einrichtung



zent. Die Rettungsdienste sind der Bereich mit dem niedrigsten Anteil weiblicher Beschäftigter. Länderspezifische Angaben zum Frauenanteil liegen bei dieser Einrichtungstypart nicht vor. In Deutschland belief sich der Frauenanteil an den Beschäftigten der Rettungsdienste 2011 auf 31 Prozent. Auch in der Verwaltung waren Frauen unterrepräsentiert – in Rheinland-Pfalz lag ihr Anteil 2011 bei 38 Prozent.

Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen werden weiterentwickelt

Gesundheitspersonalrechnung in Zukunft regelmäßig

Die erstmalige Veröffentlichung einer länderübergreifend vergleichbaren Gesundheitspersonalrechnung bedeutet einen wichtigen Fortschritt für die Gesundheitsberichterstattung der Länder. Die Entwicklung eines einheitlichen Rechenwerkes und die Zentralisierung der Datenbeschaffung ermöglichen es, die Berechnungen in Zukunft regelmäßig parallel für mehrere Bundesländer durchzuführen. Der Prozess ist so organisiert, dass es mit vergleichsweise geringem Aufwand möglich wäre, weitere Länder in die Berechnungen einzubinden. Da die Daten ihr analytisches Potenzial erst

dann voll entfalten werden, wenn vergleichbare Ergebnisse für eine größere Zahl von Ländern vorliegen, ist die Erweiterung des Teilnehmerkreises ein Ziel der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder.

Neben der Weiterentwicklung der Gesundheitspersonalrechnung wird sich die Arbeitsgruppe 2014 mit der Konzeption einer länderübergreifend vergleichbaren Gesundheitsausgabenrechnung befassen. Das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen wird federführend für die Arbeitsgruppe ein einheitliches Rechenwerk entwickeln und die Daten beschaffen, die zentral zu gewinnen sind. Sofern es gelingt, noch fehlende Informationen aus dezentralen Quellen in den Bundesländern zu ergänzen, wird es auch in diesem Jahr weitere Fortschritte bei der Etablierung eines Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungssystems der Länder geben.

Länderübergreifende Konzeption einer Gesundheitsausgabenrechnung

Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, ist Referentin im Referat „Analysen“.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Unternehmen auch im Februar in guter Stimmung

Geschäftsklimaindex steigt zum vierten Mal in Folge

Die Unternehmen in Deutschland sind im neuen Jahr weiterhin optimistisch. Der ifo Geschäftsklimaindex stieg im Februar 2014 zum vierten Mal in Folge. Der Indexwert erhöhte sich von 110,6 auf 111,3 Punkte. Während sich die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage noch einmal verbesserte, haben die Erwartungen an den weiteren Geschäftsverlauf einen kleinen Dämpfer erhalten. Der Lageindex stieg um zwei Punkte; der Erwartungsindex verringerte sich um 0,6 Punkte. Im verarbeitenden Gewerbe sowie im Einzelhandel war die Stimmung besser als im Vormonat. Im Baugewerbe sowie im Großhandel hat sich das Klima dagegen leicht eingetrübt.

ZEW-Index sinkt auf hohem Niveau

Anders als bei den Unternehmen haben sich die Konjunkturerwartungen der Finanzmarktexperten weiter verschlechtert. Der ZEW-Indexwert gab um sechs Punkte auf 55,7 Punkte nach, liegt damit aber immer noch deutlich über dem langfristigen Mittelwert von 24,5 Punkten.

Stimmung der Verbraucher im Februar unverändert gut

Die Stimmung der Konsumenten in Deutschland hat sich im Vergleich zum Vormonat nur wenig verändert. Die Einkommenserwartung legte leicht zu, während die Konjunkturerwartung und die Anschaffungsneigung geringe Einbußen hinnehmen mussten. Der Prognosewert des GfK-Konsumklimaindex für März 2014 verbesserte sich auf 8,5 Punkte (+0,2 Punkte gegenüber dem revidierten Februar-Wert).

Verarbeitendes Gewerbe: Produktion und Auftragseingänge gesunken

Für das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz signalisieren die harten Konjunkturdaten

der amtlichen Statistik für den Berichtsmonat Dezember 2013 eine sinkende Produktion. Alle drei Industriebauptgruppen verzeichneten einen niedrigeren Output. Die Auftragslage war im verarbeitenden Gewerbe ebenfalls ungünstiger als zuletzt. Sowohl die Nachfrage aus dem Inland als auch die Auslandsnachfrage blieben hinter dem Vormonatsergebnis zurück.

Im Dezember ging der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex für die Industrie im Vergleich zum Vormonat um 3,2 Prozent zurück. Im Vorjahresvergleich fiel der Güterausstoß ebenfalls niedriger aus (-0,4 Prozent). Der bereinigte Produktionsindex zeigte demgegenüber zuletzt einen leicht steigenden Trend für die Outputentwicklung.

Für Rheinland-Pfalz ist die Vorleistungsgüterindustrie die mit großem Abstand wichtigste industrielle Hauptgruppe (Anteil am gesamten Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2013: 56 Prozent). Im Dezember 2013 verringerte sich der bereinigte Output in diesem Bereich gegenüber dem Vormonat um 1,4 Prozent. Im Vergleich zum Dezember 2012 erhöhte sich die Produktion leicht um 0,9 Prozent.

Die Investitionsgüterindustrie (Umsatzanteil: 26 Prozent) verzeichnete im Berichtsmonat preis-, kalender- und saisonbereinigt ebenfalls eine niedrigere Produktion als im November (-5,7 Prozent). Im Vorjahresvergleich ergab sich dagegen eine Verbesserung um 3,2 Prozent.

In der Konsumgüterindustrie (Umsatzanteil: 18 Prozent) sank der bereinigte Produktionsindex im Dezember gegenüber dem Vormonatsergebnis um 3,9 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich der Güterausstoß sogar um 6,5 Prozent.

Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes: -3,2 Prozent

Produktion in der Vorleistungsgüterindustrie: -1,4 Prozent

Produktion in der Investitionsgüterindustrie: -5,7 Prozent

Produktion in der Konsumgüterindustrie: -3,9 Prozent

Produktion in
der chemischen
Industrie:
-1,3 Prozent

Die chemische Industrie, die größte Branche des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz (Umsatzanteil: 33 Prozent), stellt überwiegend Vorleistungsgüter her. Ihre Produktion wurde im Dezember preis-, kalender- und saisonbereinigt um 1,3 Prozent zurückgefahren. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich dagegen noch ein Anstieg um 5,1 Prozent.

Produktion im
Fahrzeugbau:
-8,9 Prozent

Der größte Investitionsgüterproduzent im Land ist der Fahrzeugbau (Umsatzanteil: 14 Prozent). Er verzeichnete im Dezember preis-, kalender- und saisonbereinigt einen deutlichen Produktionsrückgang (-8,9 Prozent). Im Vorjahresvergleich verbesserte sich der Güterausstoß allerdings (+5 Prozent).

Produktion im
Maschinenbau:
-1,3 Prozent

Im Maschinenbau (Umsatzanteil: neun Prozent), der ebenfalls Investitionsgüter herstellt, wurde die Produktion im November gegenüber dem Vormonat leicht gedrosselt (-1,3 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Output ausgeweitet werden (+2,8 Prozent).

Auftragseingänge im
verarbeitenden
Gewerbe:
-4,7 Prozent

Die Auftragseingänge geben einen Hinweis darauf, wie sich die Produktion in den kommenden Monaten entwickeln könnte. Im Dezember 2013 verringerten sich die Bestellungen preis-, kalender- und saisonbereinigt im Vergleich zum November um 4,7 Prozent. Dieser Rückgang ist insbesondere auf die schlechtere Auslandsnachfrage zurückzuführen (-6 Prozent). Aber auch die Inlandsnachfrage blieb hinter dem Vormonatsergebnis zurück (-2,7 Prozent). Im Vorjahresvergleich gab es ebenfalls weniger Aufträge (-4,2 Prozent). Vor allem im Auslandsgeschäft wurde ein Rückgang der Bestellungen registriert (-6,8 Prozent). Die heimische Nachfrage gab gegenüber Dezember 2012 nur leicht nach (-0,3 Prozent).

Sinkende Auftragszahlen in
allen Industrie-
hauptgruppen

Im Dezember 2013 ging die preis-, kalender- und saisonbereinigte Nachfrage gegenüber dem Vormonat in allen Industriehauptgruppen zurück. Den stärksten Einbruch hatten die Konsumgüterproduzenten zu verkraften (-6,3 Prozent). Bei den Vorleistungsgüter- sowie den Investitionsgüterproduzenten ergab sich

ein Auftragsminus von 5,6 bzw. 2,2 Prozent. Auch gegenüber dem Vorjahr verzeichneten alle drei Industriehauptgruppen rückläufige Auftragszahlen. Die Vorleistungsgüter- sowie die Konsumgüterproduzenten verbuchten deutlich weniger Bestellungen als vor Jahresfrist (-5,4 bzw. -5,2 Prozent). Bei den Investitionsgüterproduzenten ging das Ordervolumen um 1,3 Prozent zurück.

Die chemische Industrie registrierte im Berichtsmonat preis-, kalender- und saisonbereinigt eine deutliche Verschlechterung ihrer Auftragslage (-6,6 Prozent). Sowohl die Inlandsbestellungen (-10,7 Prozent), als auch die Nachfrage aus dem Ausland (-4,4 Prozent) blieben klar hinter dem Ergebnis vom November zurück. Im Vergleich zum Vorjahr verzeichneten die Hersteller chemischer Produkte einen Auftragsrückgang um 7,4 Prozent.

Im Fahrzeugbau stiegen die Auftragseingänge im Dezember preis-, kalender- und saisonbereinigt um 2,3 Prozent gegenüber dem Vormonat. Dabei zog die Nachfrage aus dem Inland kräftig an (+12 Prozent). Das Auslandsgeschäft gab dagegen um 2,2 Prozent nach. Im Vergleich zum Dezember 2012 verzeichnete der Fahrzeugbau einen deutlichen Auftragsrückgang (-8,4 Prozent).

Für den Maschinenbau errechnete sich im Berichtsmonat ein bereinigtes Auftragsminus von 7,9 Prozent. Die Inlandsbestellungen verringerten sich um 3,9 Prozent. Im Auslandsgeschäft gab es einen Rückgang um 8,5 Prozent. Im Vorjahresvergleich zogen die Auftragseingänge dagegen um 8,9 Prozent an.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe deutlich gestiegen

Im Bauhauptgewerbe sind die Auftragseingänge im Dezember 2013 gegenüber dem Vormonat kalender- und saisonbereinigt deutlich gestiegen (+11 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat wurde eine geringfügige Verbesserung registriert (+0,2 Prozent).

Auftragseingänge in der
chemischen
Industrie:
-6,6 Prozent

Auftragseingänge im
Fahrzeugbau:
+2,3 Prozent

Auftragseingänge im
Maschinenbau:
-7,9 Prozent

Auftragseingänge im Bau-
hauptgewerbe:
+11 Prozent

Auftrags-
eingänge im
Hochbau:
+8,9 Prozent

Im Hochbau (Anteil an den Auftragseingängen des Bauhauptgewerbes 2013: 48 Prozent) war im Dezember gegenüber dem Vormonat ein Anstieg um 8,9 Prozent zu verzeichnen. Im Wohnungsbau (+29 Prozent) sowie im gewerblichen Hochbau (+19 Prozent) erhielten die Unternehmen erheblich mehr Aufträge als im November. Dagegen kam es im öffentlichen Hochbau zu deutlichen Auftragseinbußen (-12 Prozent). Im Vergleich zum Dezember 2012 verringerten sich im Hochbau die Bestellungen um 1,8 Prozent. Kräftige Auftragseinbußen waren im öffentlichen Hochbau zu verzeichnen (-20 Prozent). Dagegen verbuchte der gewerbliche Hochbau deutliche Auftragssteigerungen (+15 Prozent). Im Wohnungsbau gab es einen Zuwachs von 1,2 Prozent.

Auftrags-
eingänge im
Tiefbau:
+13 Prozent

Im Tiefbau (Anteil an den Auftragseingängen: 52 Prozent) waren im Dezember im Vormonatsvergleich erhebliche Auftragssteigerungen zu verzeichnen (+13 Prozent). Vor allem der Straßenbau meldete ein kräftiges Auftragsplus (+40 Prozent). Im öffentlichen Tiefbau gab es ebenfalls mehr Aufträge als im November (+12 Prozent). Dagegen registrierte der gewerbliche Tiefbau deutlich weniger Aufträge als zuletzt (-30 Prozent). Gegenüber Dezember 2012 kam es im Tiefbau zu einem kalender- und saisonbereinigten leichten Auftragsanstieg (+2,1 Prozent). Während der Straßenbau sowie der öffentliche Tiefbau die Vorjahresergebnisse verbesserten (+15 bzw. +12 Prozent), hatte der gewerbliche Tiefbau kräftige Einbußen zu verkraften (-34 Prozent).

Umsatzsteigerungen nur im Kfz-Handel

Umsatz im
Einzelhandel:
-3,1 Prozent

Der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) wies im November 2013 einen Rückgang um 3,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf. Damit werden im Einzelhandel bereits seit August 2012 sinkende Umsatzzahlen registriert.

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** und die **ZEW Konjunkturerwartungen** sind qualitative Frühindikatoren für die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Für den ifo Index befragt das ifo Institut München monatlich 7 000 Unternehmen nach der Einschätzung ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Das ZEW Mannheim befragt monatlich 350 Finanzexperten nach ihrer mittelfristigen Einschätzung der Konjunkturentwicklung.

Der **Konsumklimaindex** ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg befragt monatlich 2 000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Konjunkturerwartung, ihrer Einkommenserwartung und ihrer Konsum- und Ausgabenneigung.

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als quantitativer Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus.

Die **Umsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – sind Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Indikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, die ZEW Konjunkturerwartungen, den GfK Konsumklimaindex, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung die **Originalwerte** herangezogen.

Die Originalwerte der preisbereinigten Indizes im verarbeitenden Gewerbe sowie der nominalen Messzahlen im Bauhauptgewerbe werden von kalendarischen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.), saisonalen und irregulären Einflüssen (z. B. Großaufträge) überlagert. Deshalb werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung Zeitreihen herangezogen, die mithilfe des Berliner Verfahrens (BV4.1) **kalender- und saisonbereinigt** werden.

Für die Indikatoren der Konjunkturentwicklung im Handel und Gastgewerbe werden die gleitenden **Drei-Monats-Durchschnitte** der Originalwerte verwendet.

Umsatz im
Kfz-Handel:
+3,7 Prozent

Der Kraftfahrzeughandel verzeichnete im November 2013 ein Umsatzplus von 3,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert. Bereits von August bis Oktober waren die bereinigten Umsätze im Kraftfahrzeughandel in einem Bereich von +0,4 bis +3,1 Prozent gestiegen. Davor hatte es seit Dezember 2011 rückläufige Umsatzzahlen gegeben.

Umsatz im
Großhandel:
-0,8 Prozent

Im Großhandel sind die geglätteten preisbereinigten Umsätze im November gegenüber dem Vorjahresmonat leicht gesunken (-0,8 Prozent). Seit April 2013 schwanken die Änderungsraten in einem engen Korridor zwischen -1,5 und +1,3 Prozent.

Umsatz im
Gastgewerbe:
-9,4 Prozent

Im Gastgewerbe sanken die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im November 2013 gegenüber dem Vorjahreswert um 9,4 Prozent. Die Umsätze sind in diesem Wirtschaftsbereich seit Januar 2012 rückläufig.

Jahresteuerrate im Februar bei 1,2 Prozent

Anstieg des Verbraucherpreisindex deutlich unter der Zwei-Prozent-Marke

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex lag im Februar 2014 um 1,2 Prozent über dem Vorjahresniveau. Damit hat sich die Teuerung zu Jahresbeginn weiter leicht abgeschwächt (Januar: +1,3 Prozent). Der Anstieg der Verbraucherpreise blieb in Rheinland-Pfalz seit Januar 2013 unter der für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsamen Zwei-Prozent-Marke. Im Jahr 2013 hatte es die niedrigste Teuerungsrate im Oktober gegeben (+1 Prozent), die höchste wurde im Juni und Juli registriert (jeweils +1,9 Prozent).

Bei den Energiepreisen (-2,2 Prozent) zeigten sich auch im Februar 2014 zum Teil gegenläufige Entwicklungen. Während die Strompreise im Vorjahresvergleich mit +4,7 Prozent weiter anzogen, waren Kraftstoffe (-6,1 Prozent) und Heizöl (-9,9 Prozent) deutlich günstiger als im Vorjahr. Der als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ wies einen Anstieg von 1,6 Prozent auf.

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+4 Prozent). Außerdem verteuerten sich unter anderem die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+2,8 Prozent) sowie „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+2,5 Prozent) überdurchschnittlich. In den Hauptgruppen „Bildungswesen“ (-0,1 Prozent), „Verkehr“ (-0,8 Prozent) sowie „Nachrichtenübermittlung“ (-1 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Arbeitslosenzahl im Februar nahezu unverändert

Die Arbeitslosigkeit ist in Rheinland-Pfalz im Gegensatz zur saisonüblichen Entwicklung nahezu unverändert geblieben. Im Februar waren 125 500 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet. Gegenüber dem Vormonat ist die Arbeitslosenzahl geringfügig um 200 Personen (+0,2 Prozent) gestiegen. Im Vergleich zum Februar 2013 hat sich ihre Zahl um 1 200 Personen erhöht (+0,9 Prozent).

Zahl der Arbeitslosen nur geringfügig höher als im Vormonat

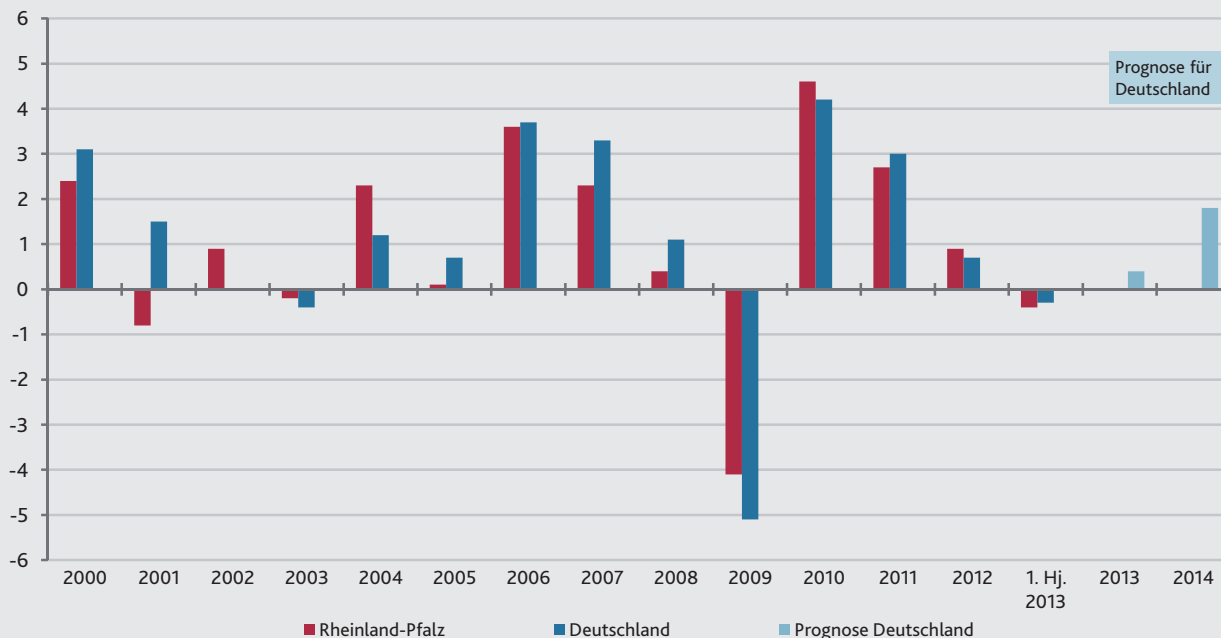
Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, blieb im Februar 2014 sowohl gegenüber dem Vormonat als auch im Vorjahresvergleich unverändert bei 5,9 Prozent.

Arbeitslosenquote unverändert bei 5,9 Prozent

Die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit sieht in diesem vermeintlichen Stillstand jedoch ein gutes Zeichen und weist darauf hin, dass im vergangenen Jahr die Arbeitslosigkeit häufig noch über den jeweiligen Werten des Vorjahres lag.

Dr. Ludwig Böckmann leitet die Referatsgruppe „Analysen, Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum“. Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist als Referent im Referat „Analysen“ tätig.

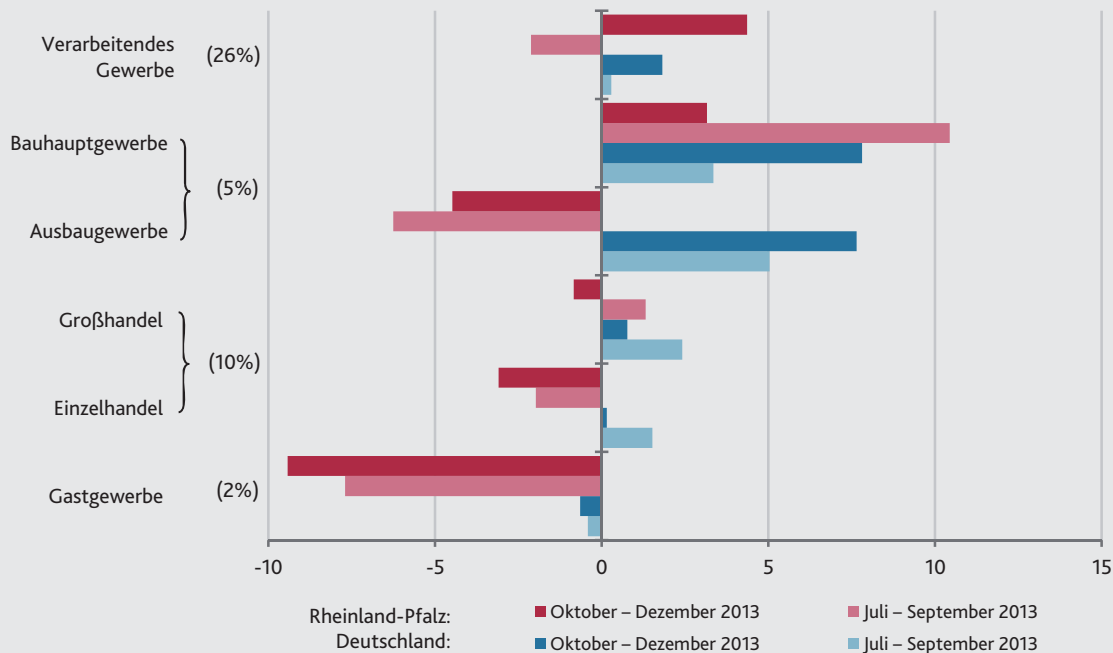
Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2013; nächster Fortschreibungstermin: März 2014. Quelle Prognosewert 2013/2014: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2013.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 3-Monats-Durchschnitte^{2,3} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

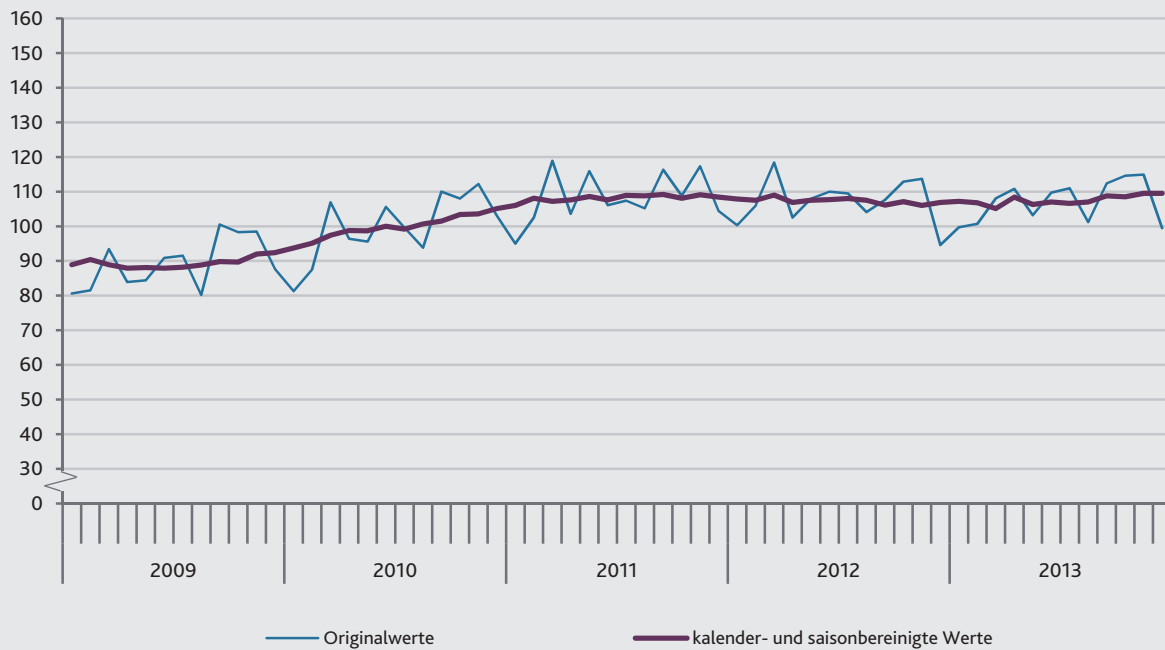


¹ Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2012. – ² Ausbaugewerbe: Quartale. – ³ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

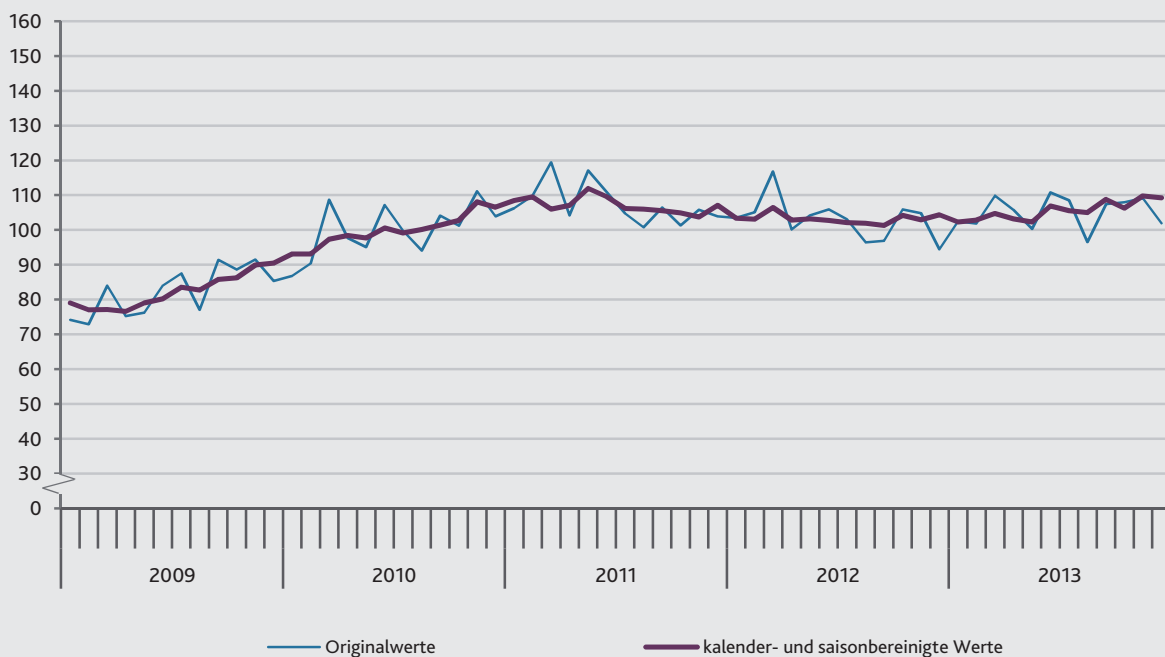


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

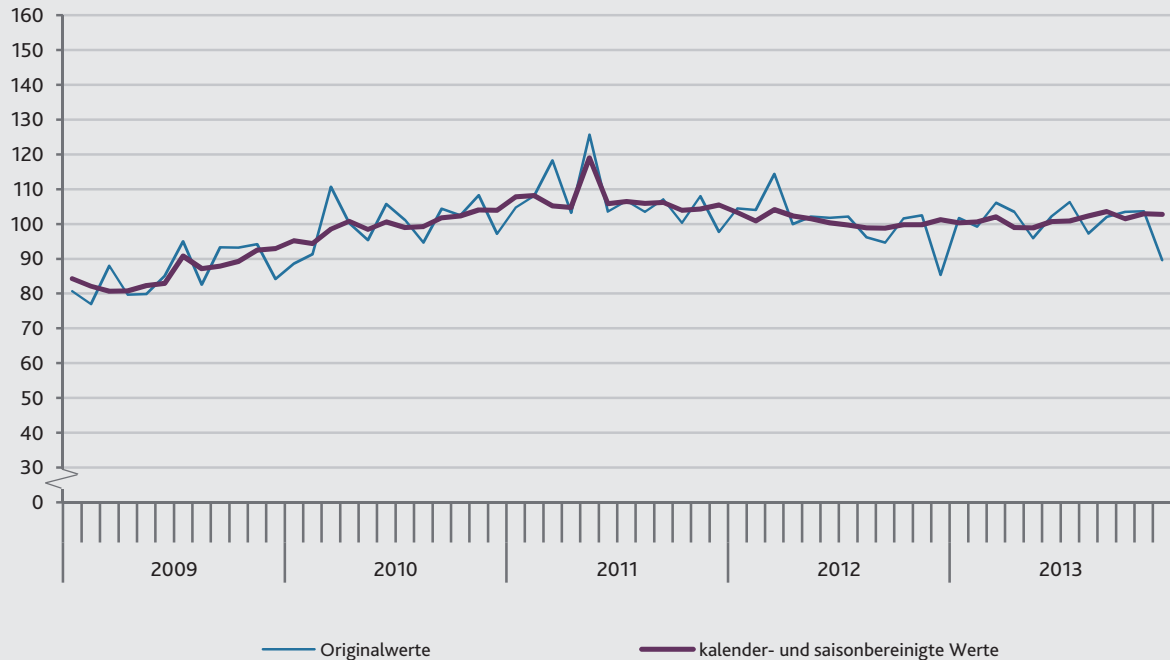


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

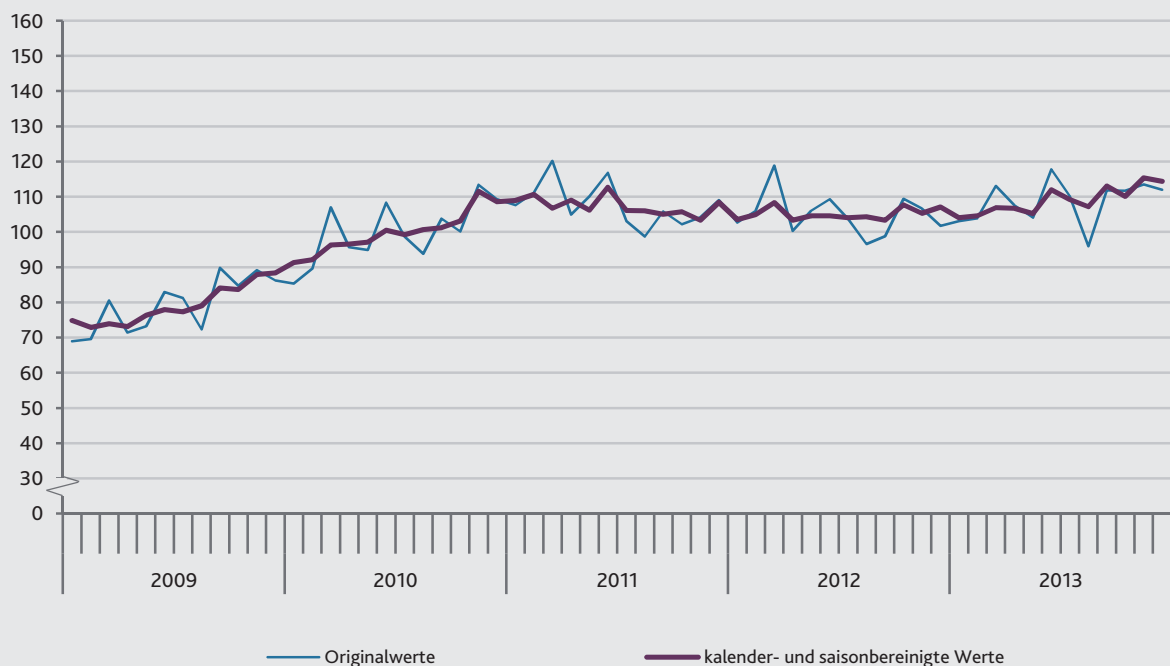


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

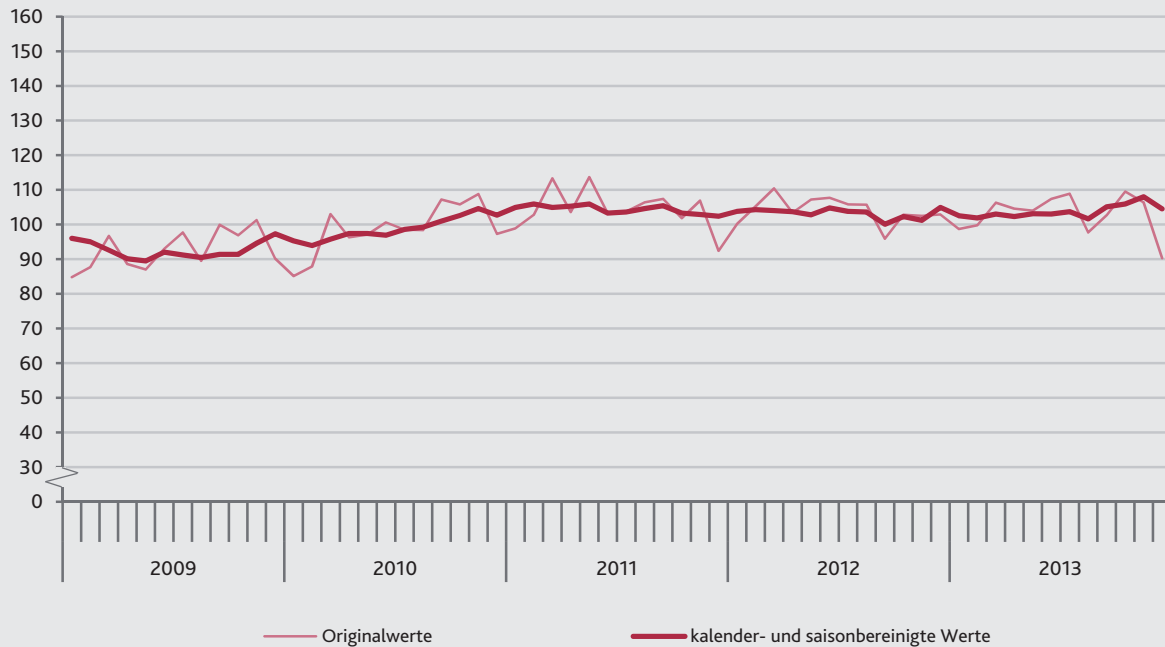


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

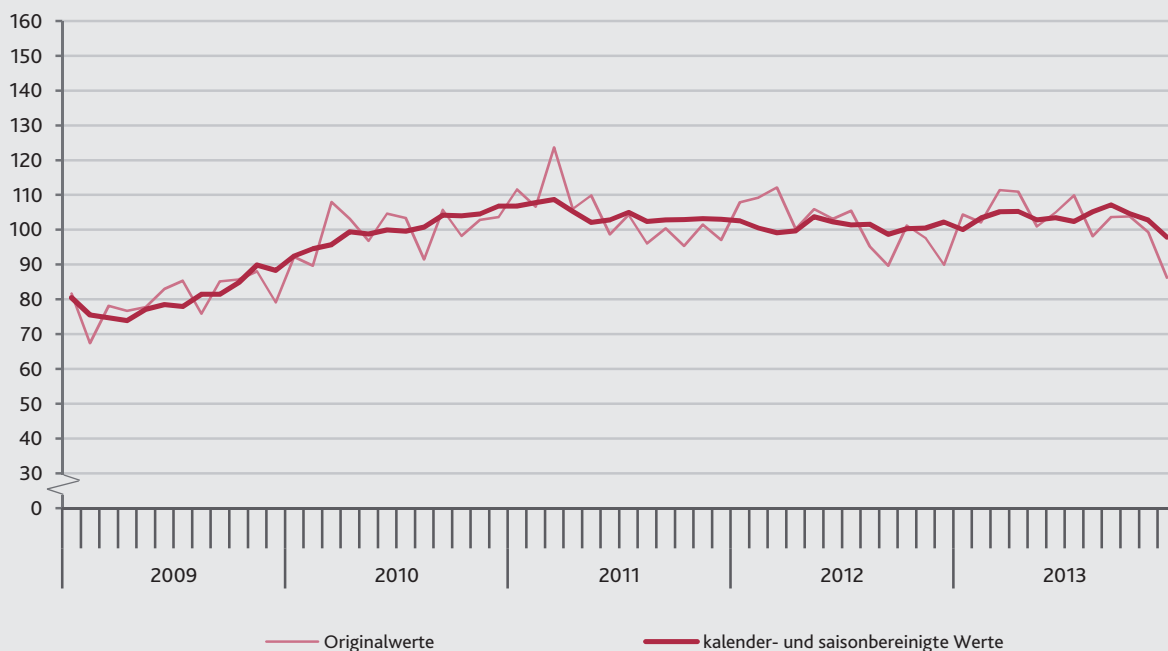


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

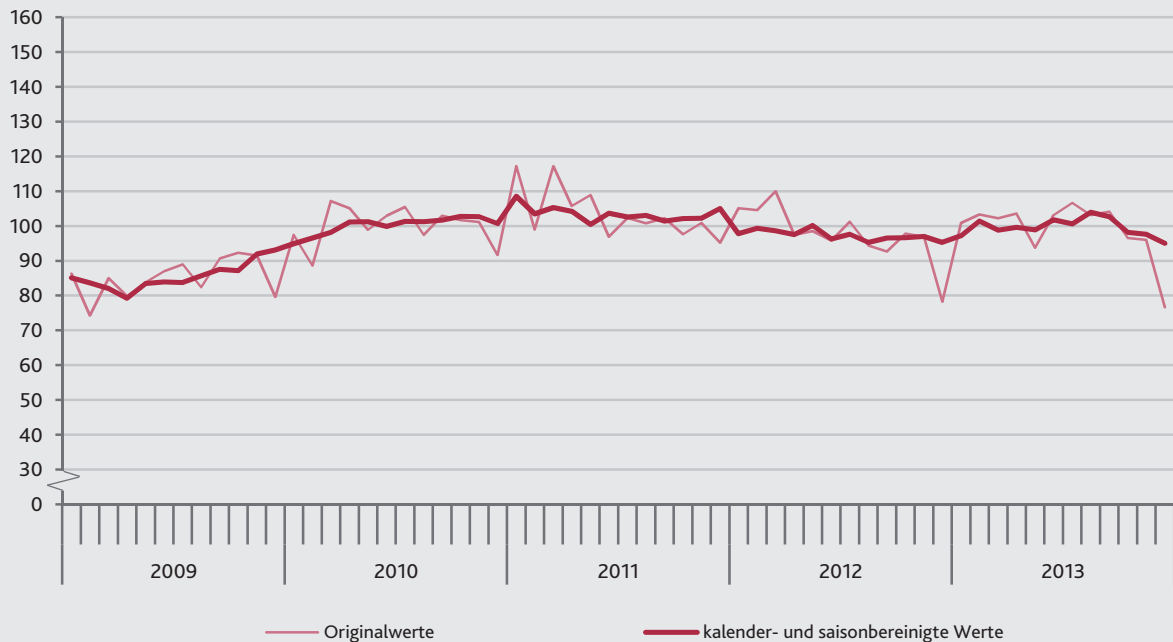


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

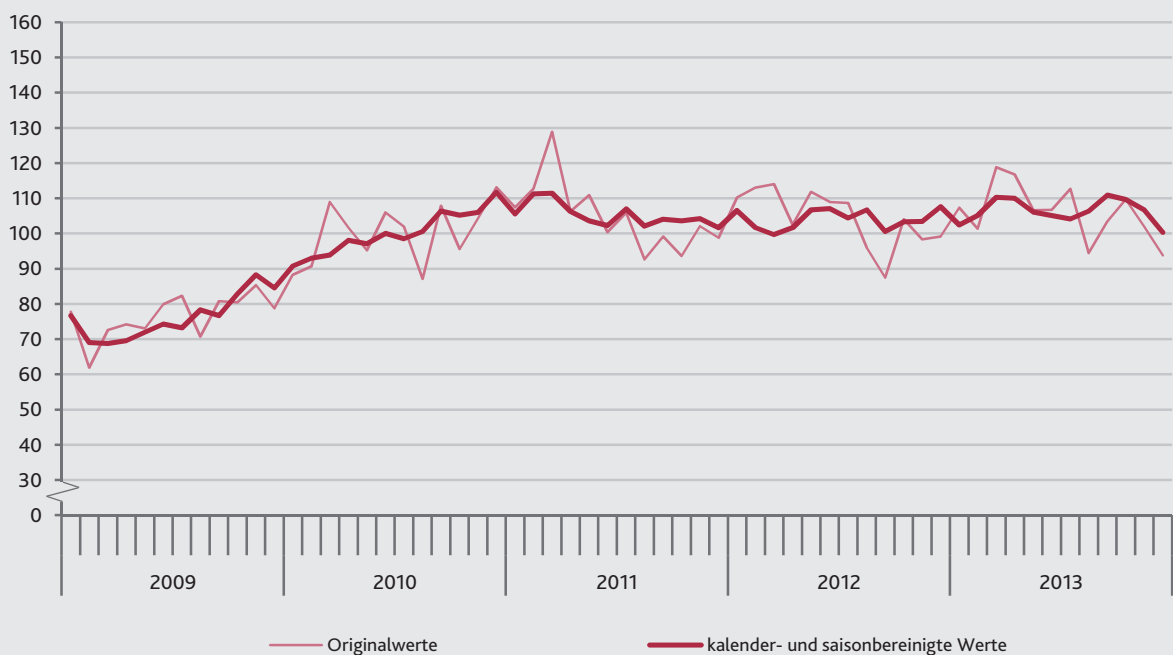


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



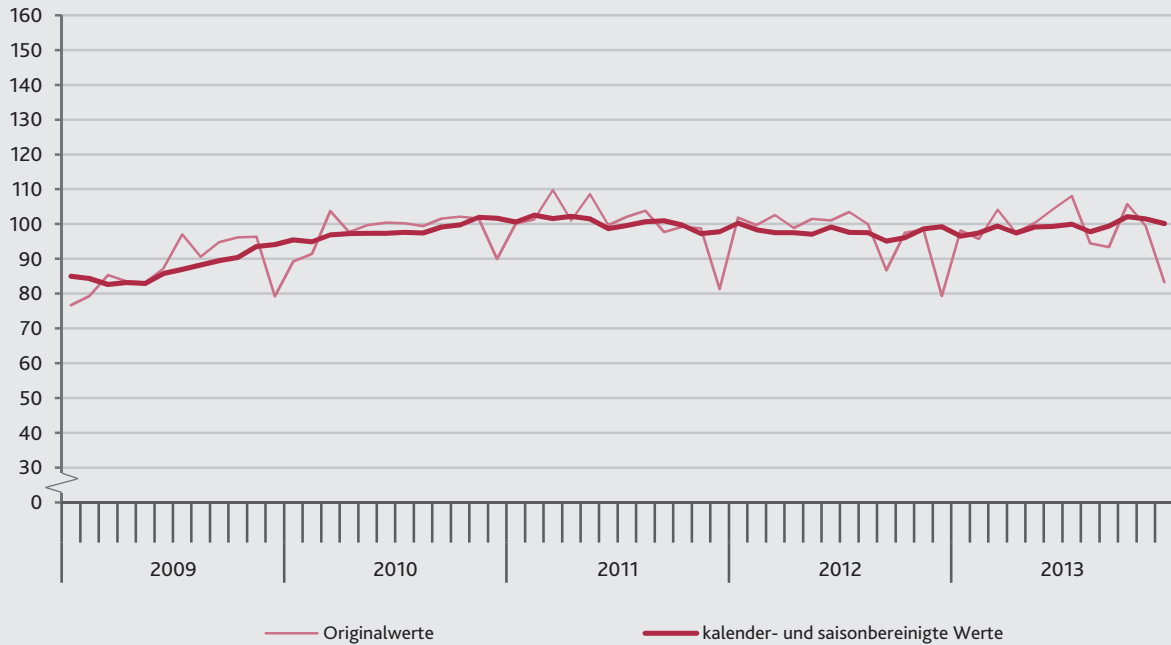
1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Vorleistungsgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 56%

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



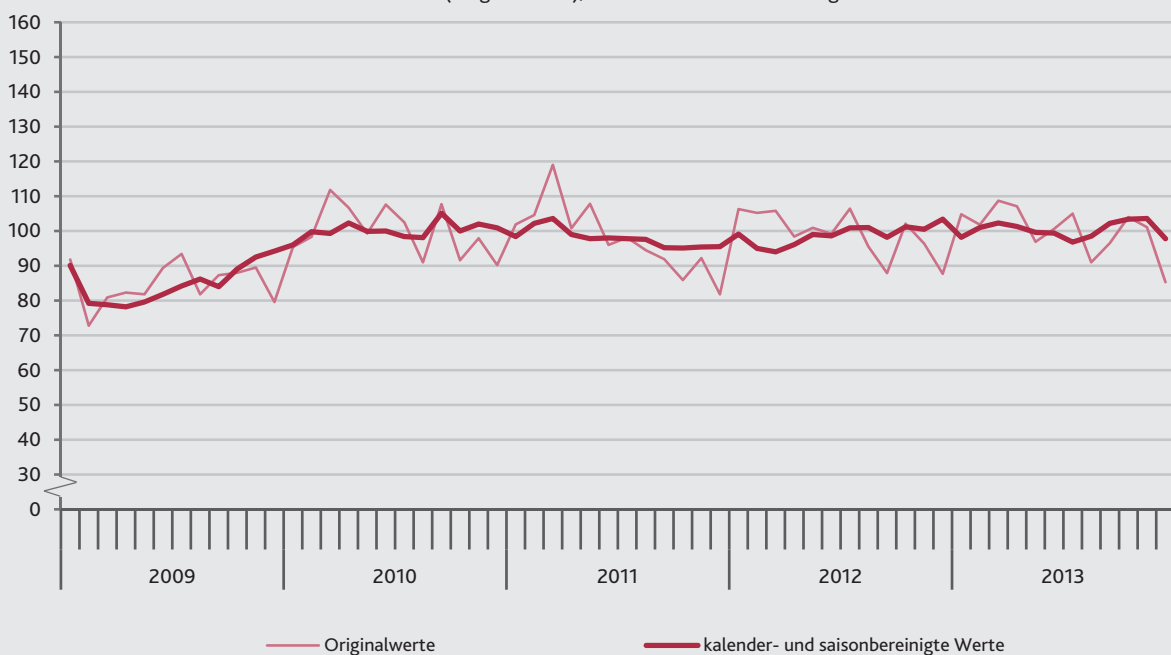
1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Vorleistungsgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 56%

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

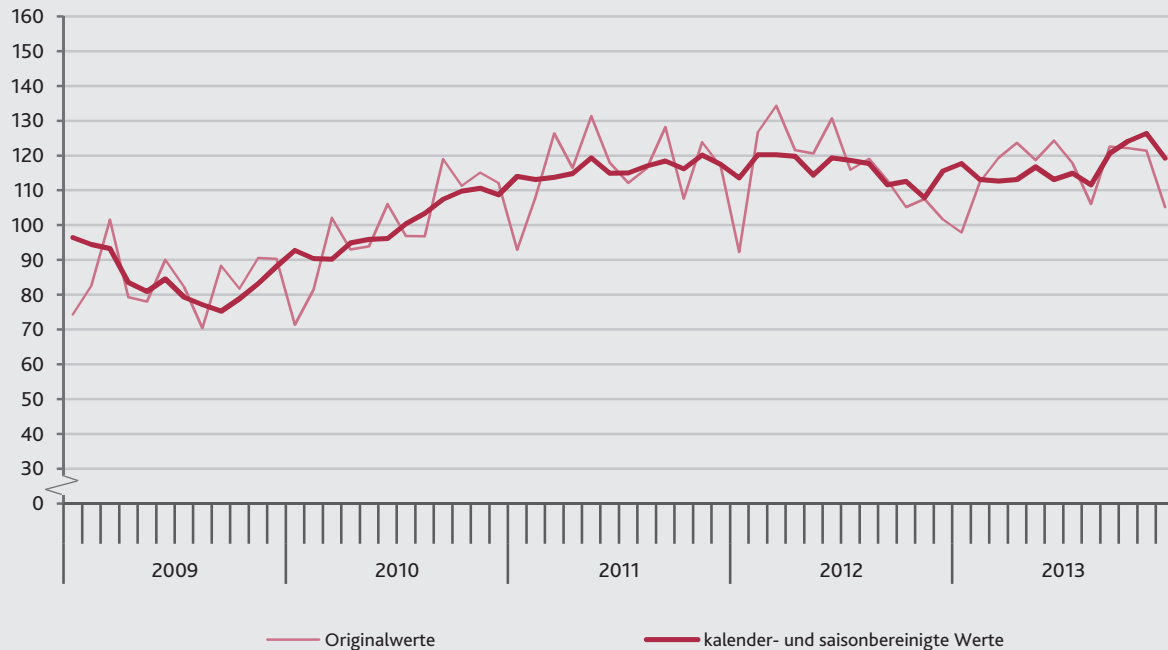


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Investitionsgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 26%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

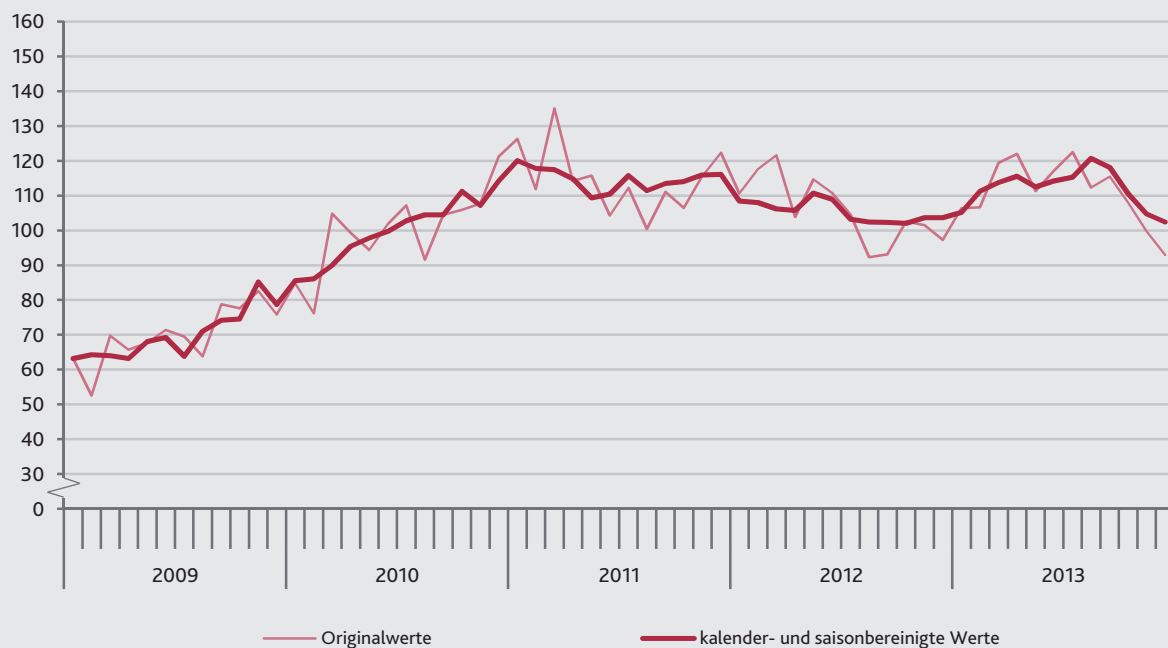


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Investitionsgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 26%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

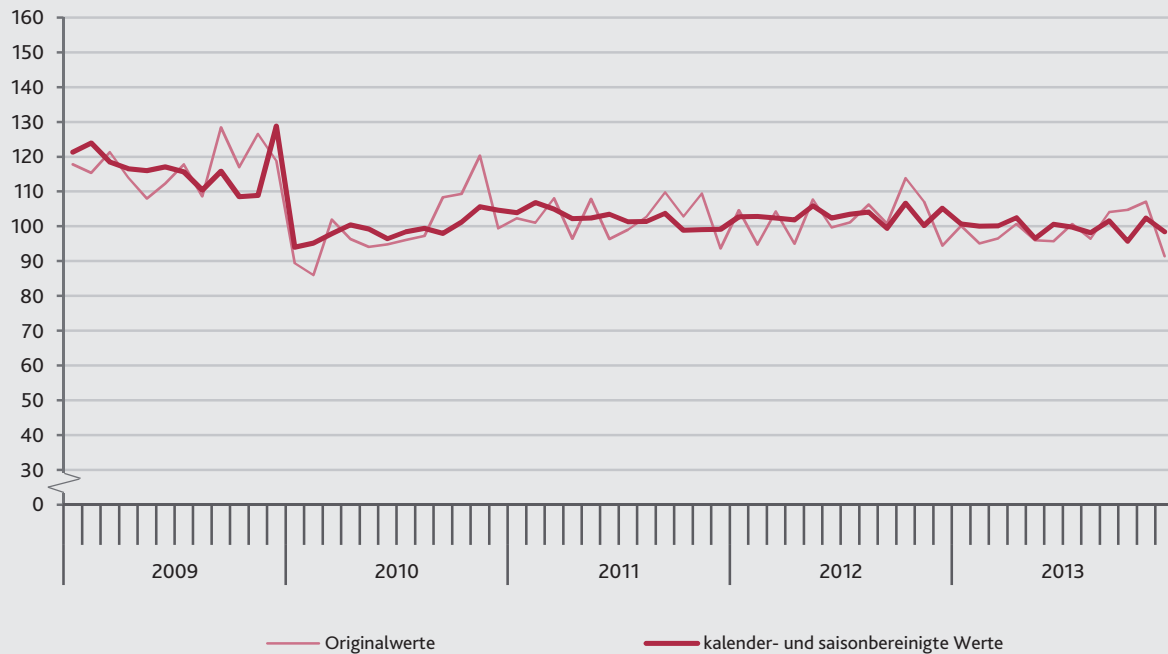


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Konsumgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

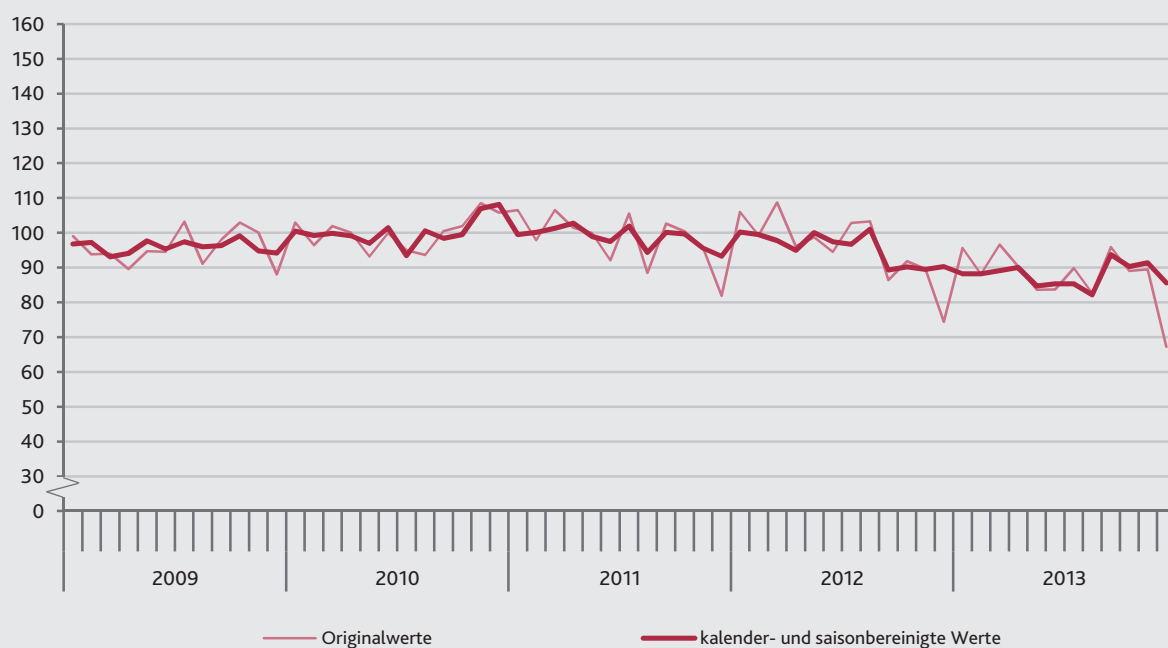


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Konsumgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

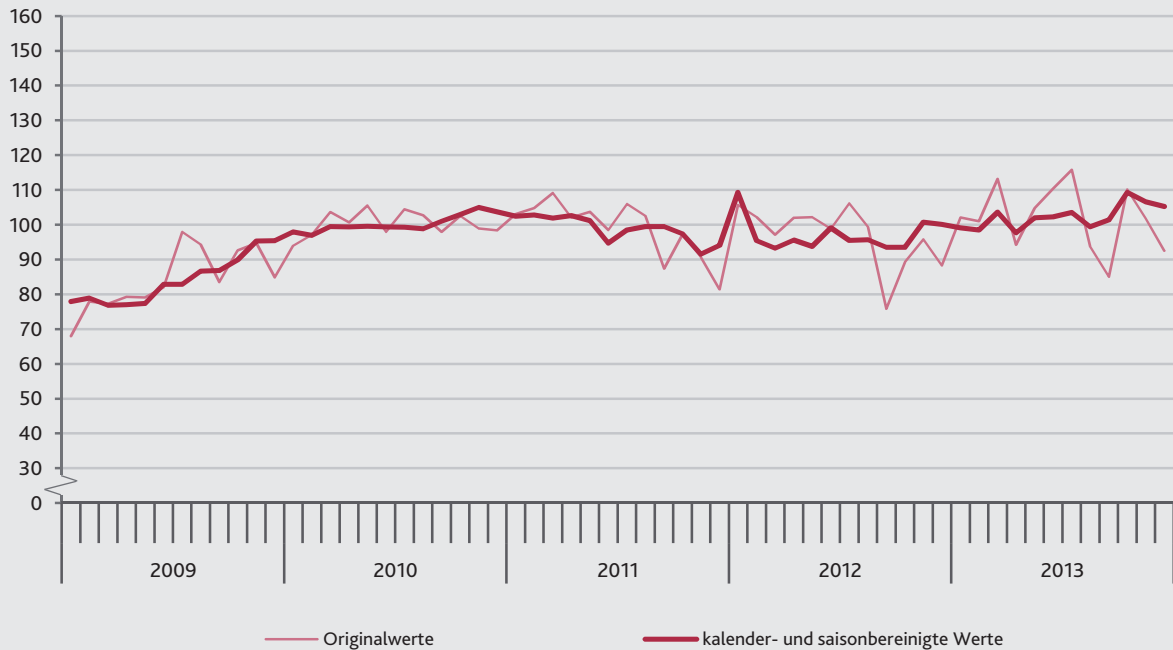


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

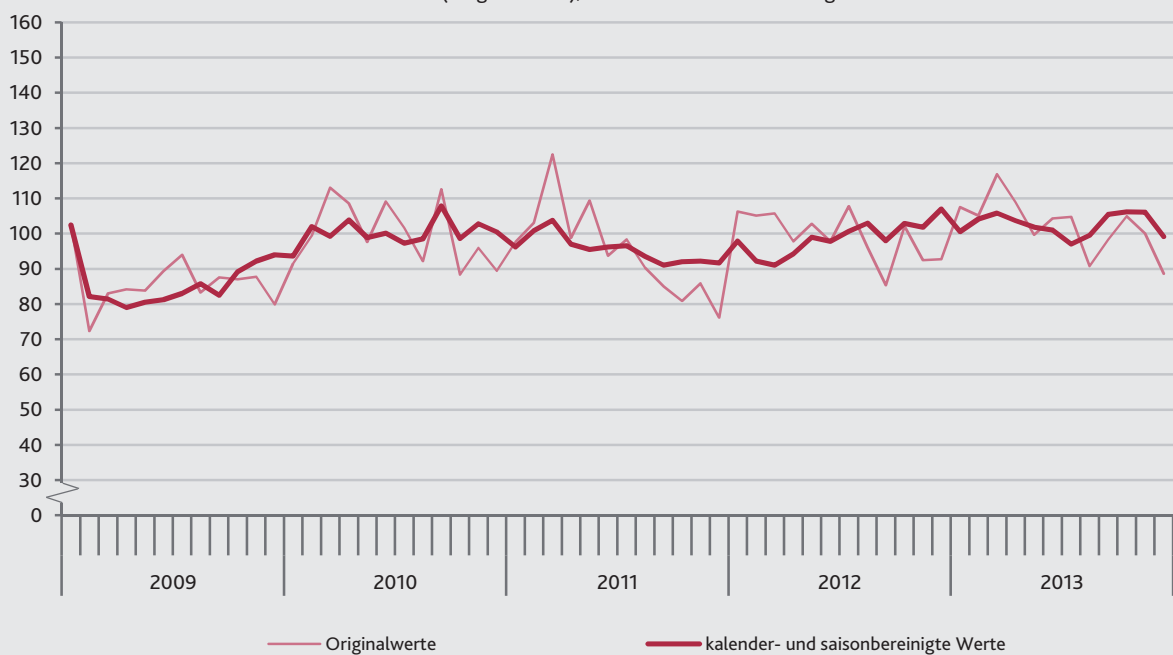


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

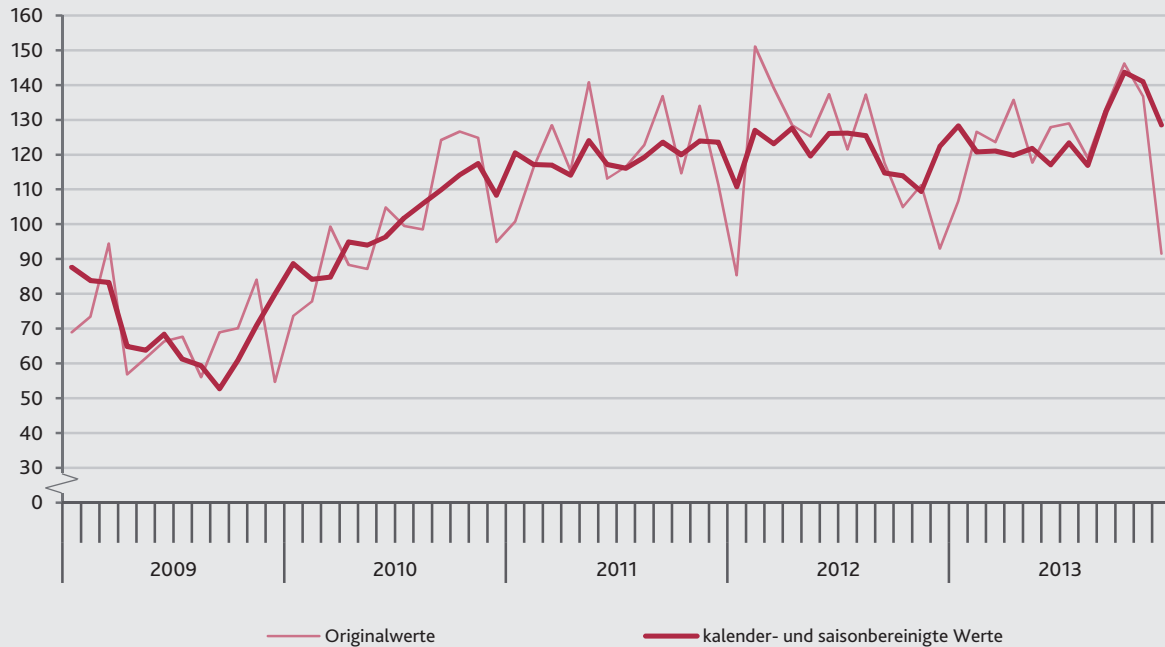


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 14%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

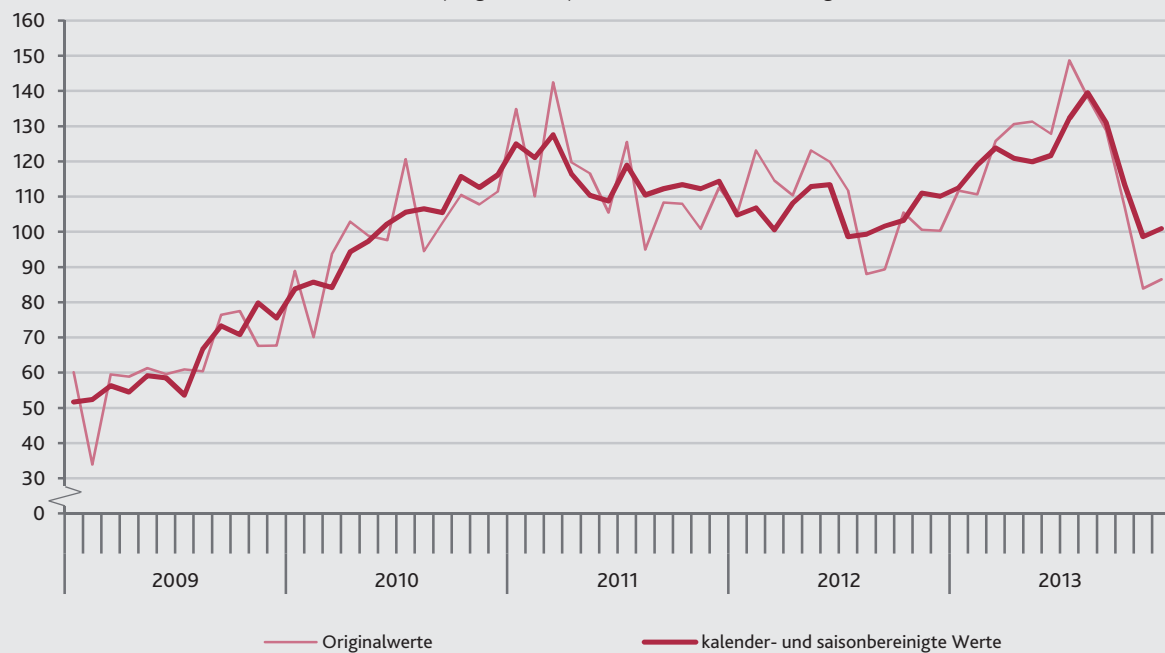


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 14%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

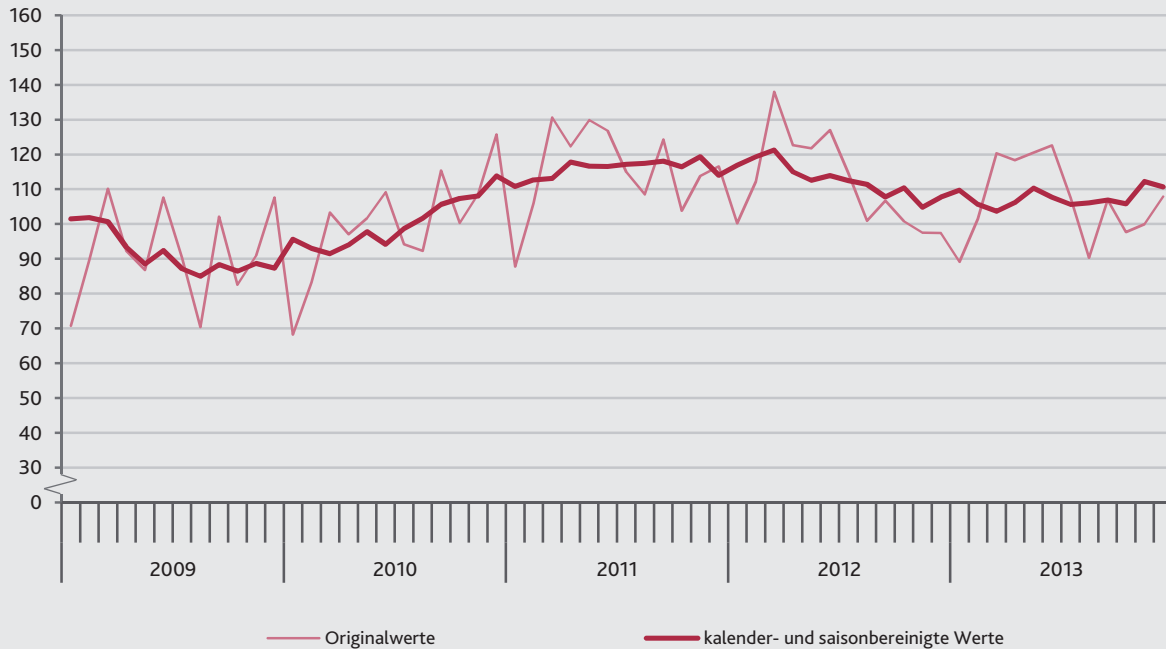


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

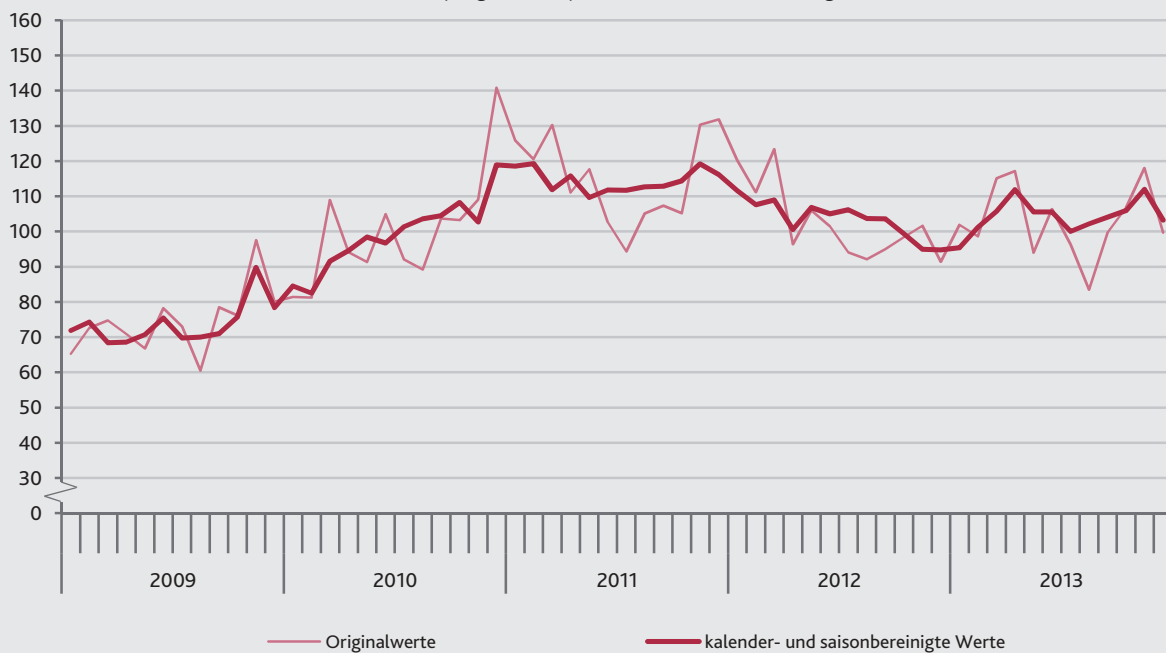


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2013: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

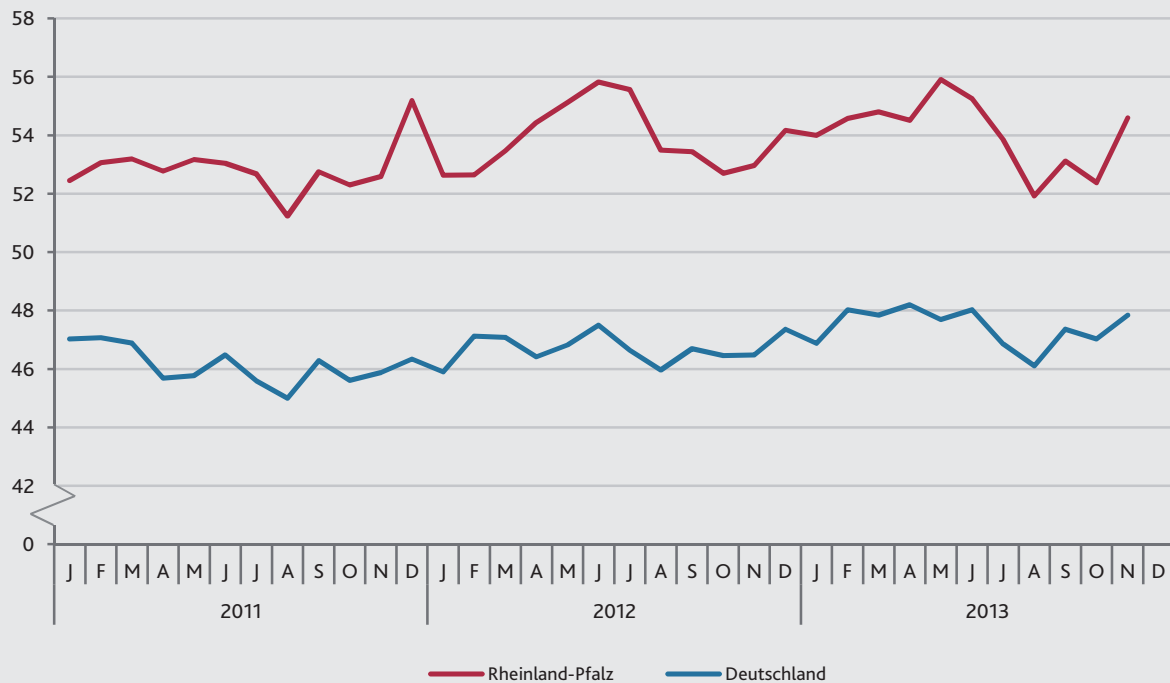


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

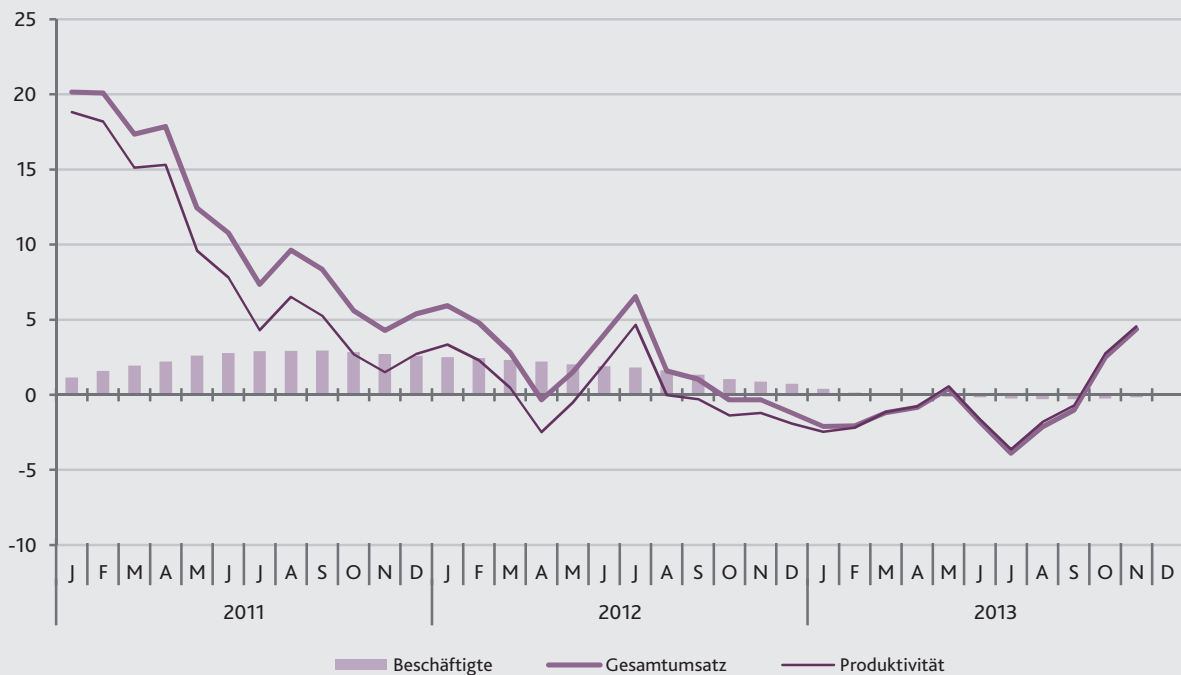
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im verarbeitenden Gewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

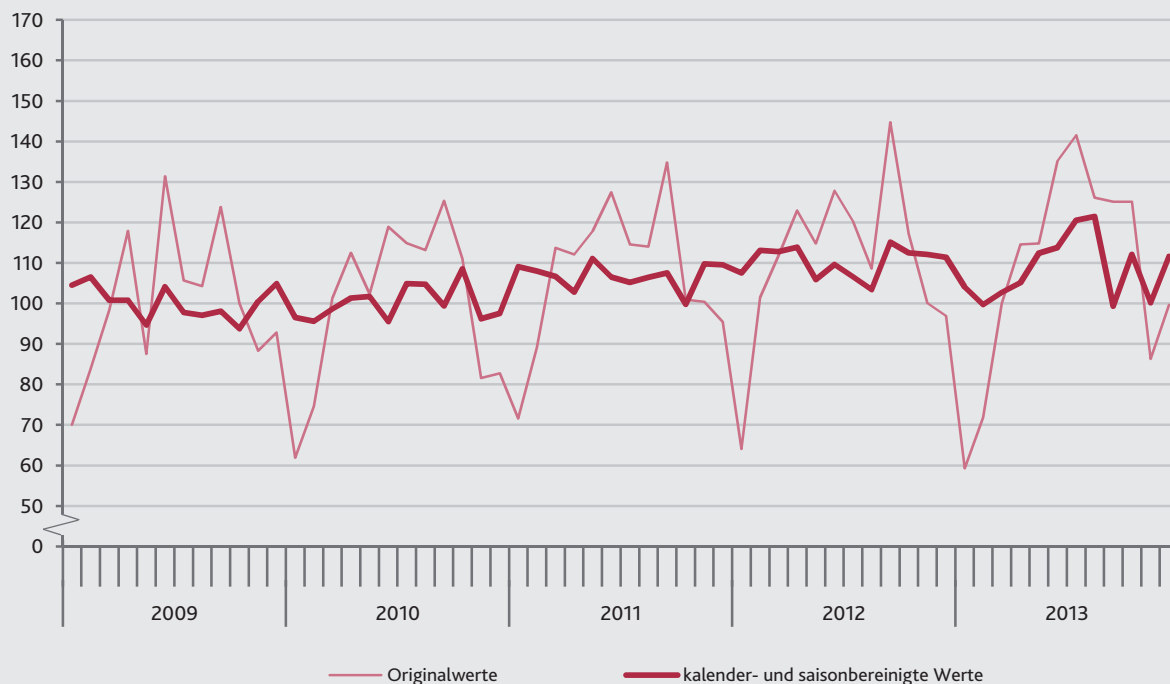


1 Umsatz je Beschäftigten.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

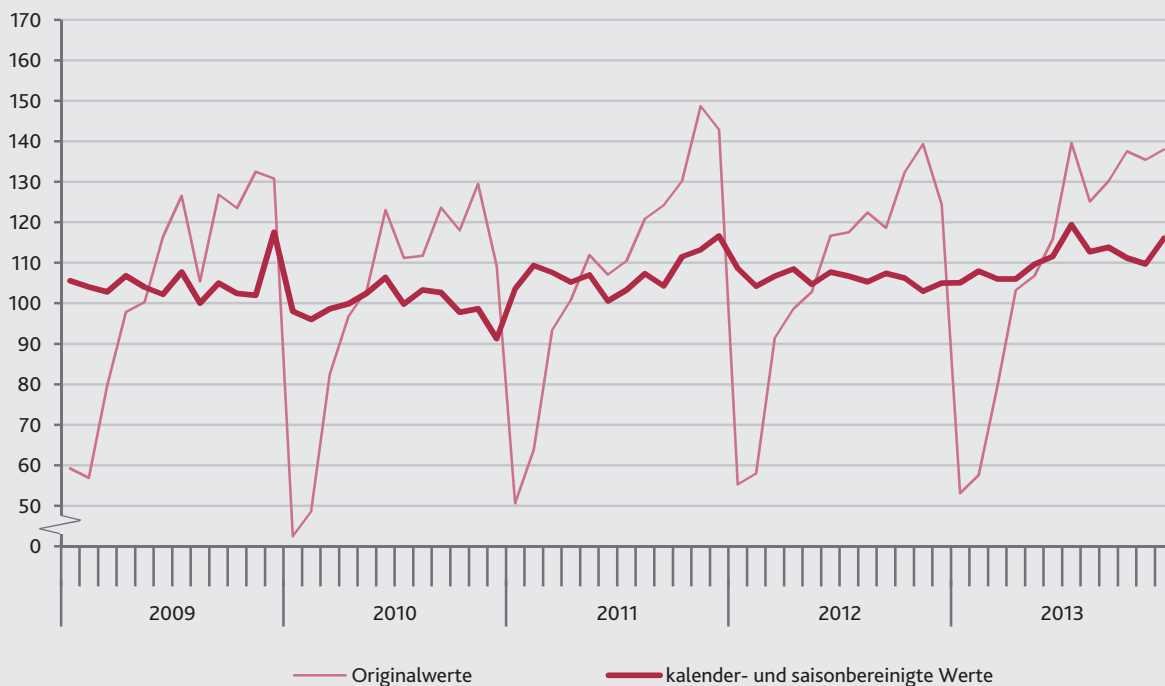
Auftragseingang (nominal)¹ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

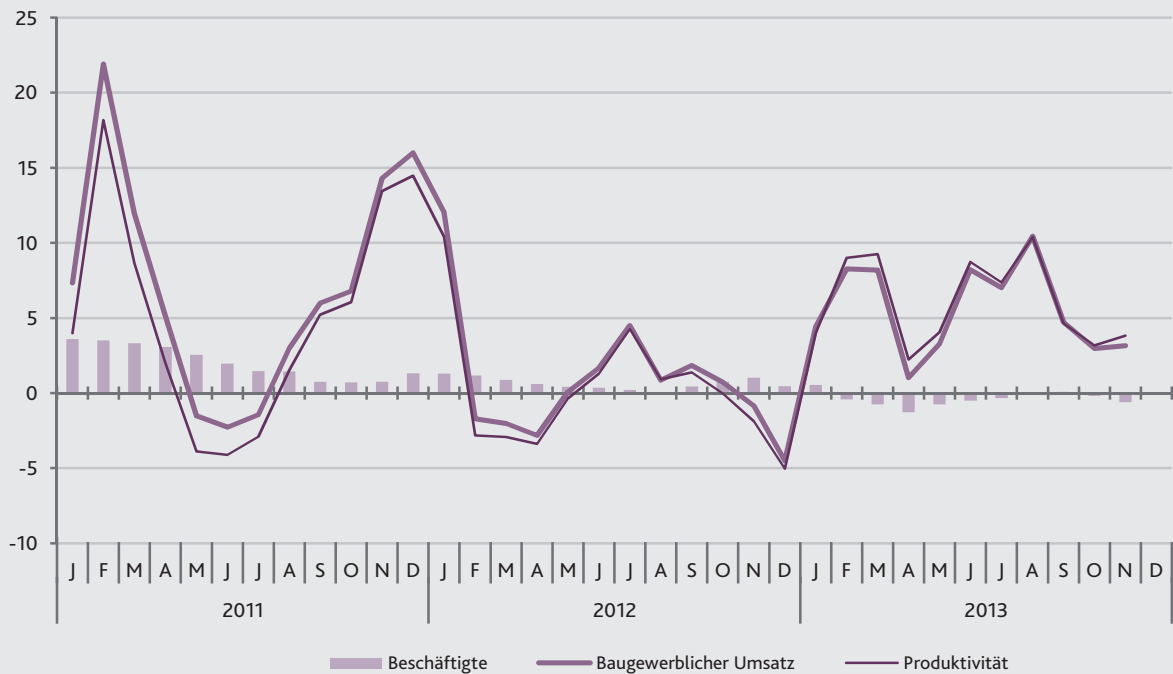
Baugewerblicher Umsatz (nominal)¹ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

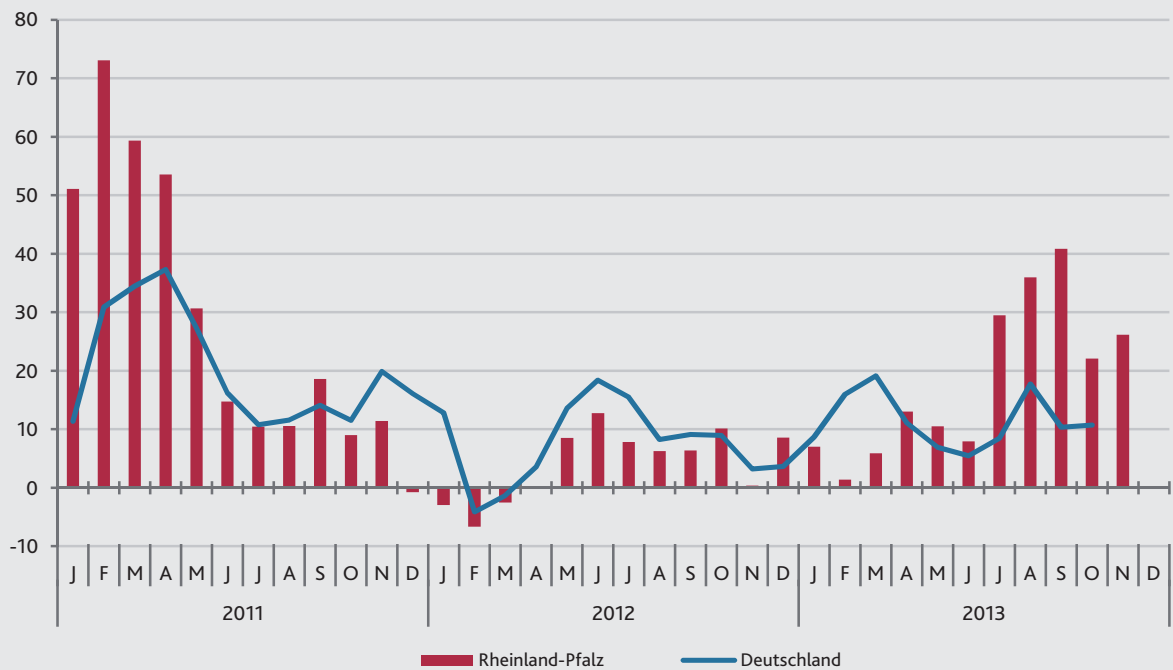
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im Bauhauptgewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugenehmigungen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



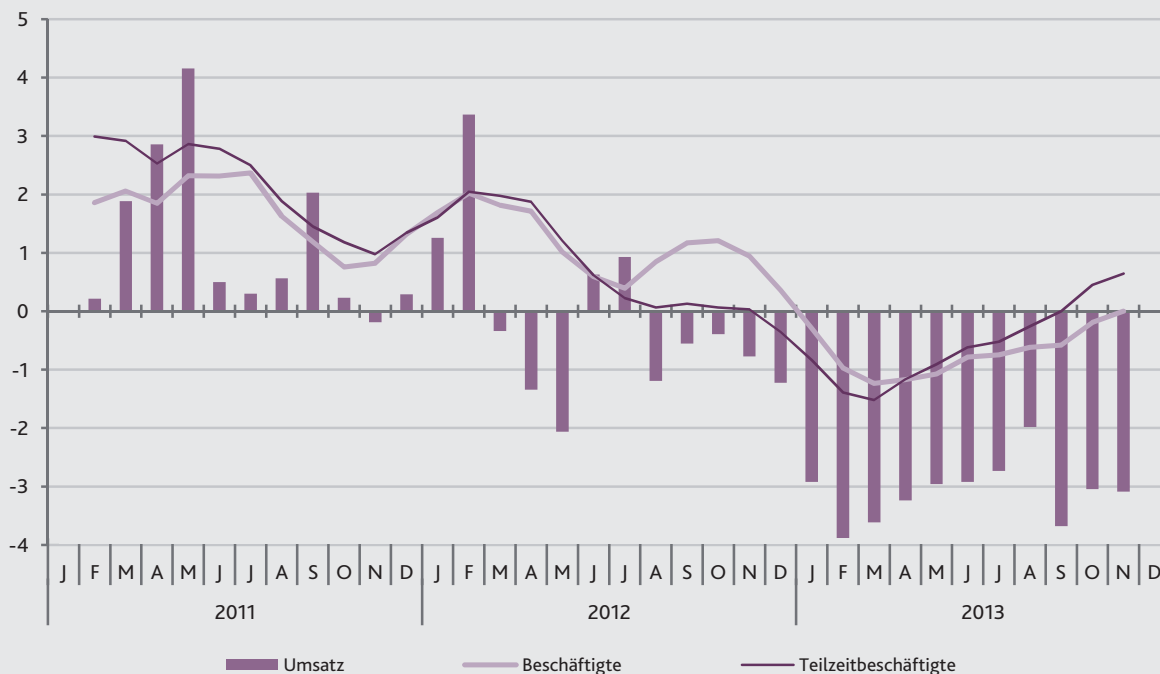
1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte^{1,2} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

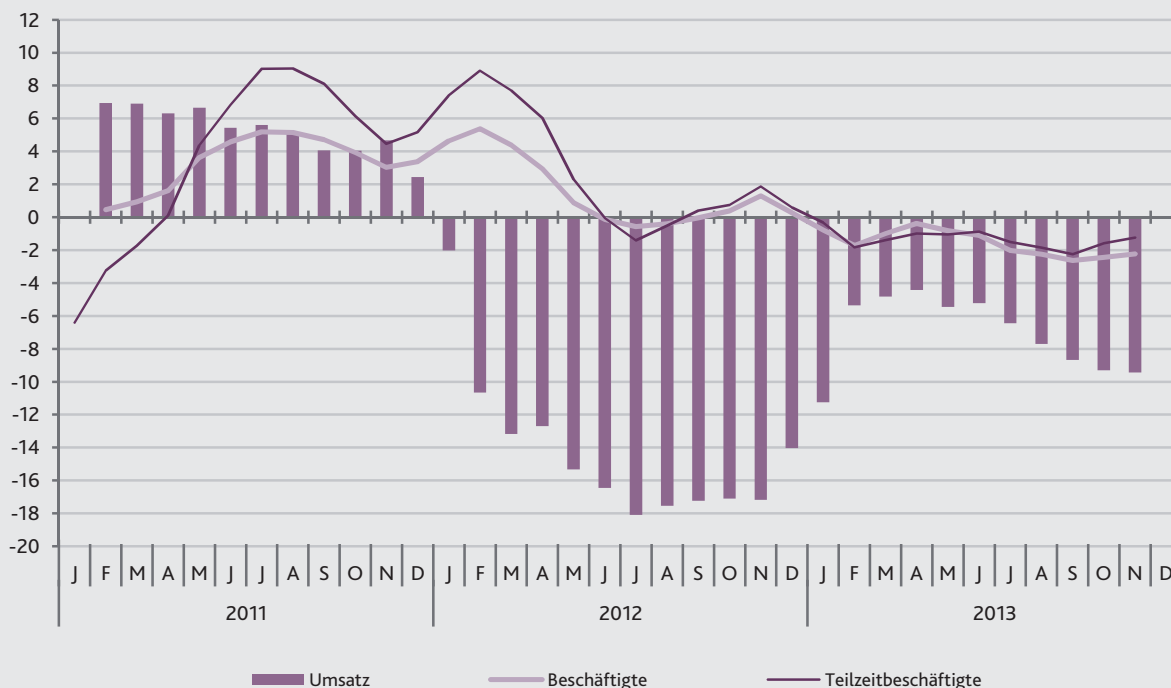


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. 2 2010=100, Vergleichbarkeit zu Vorjahren nicht möglich.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

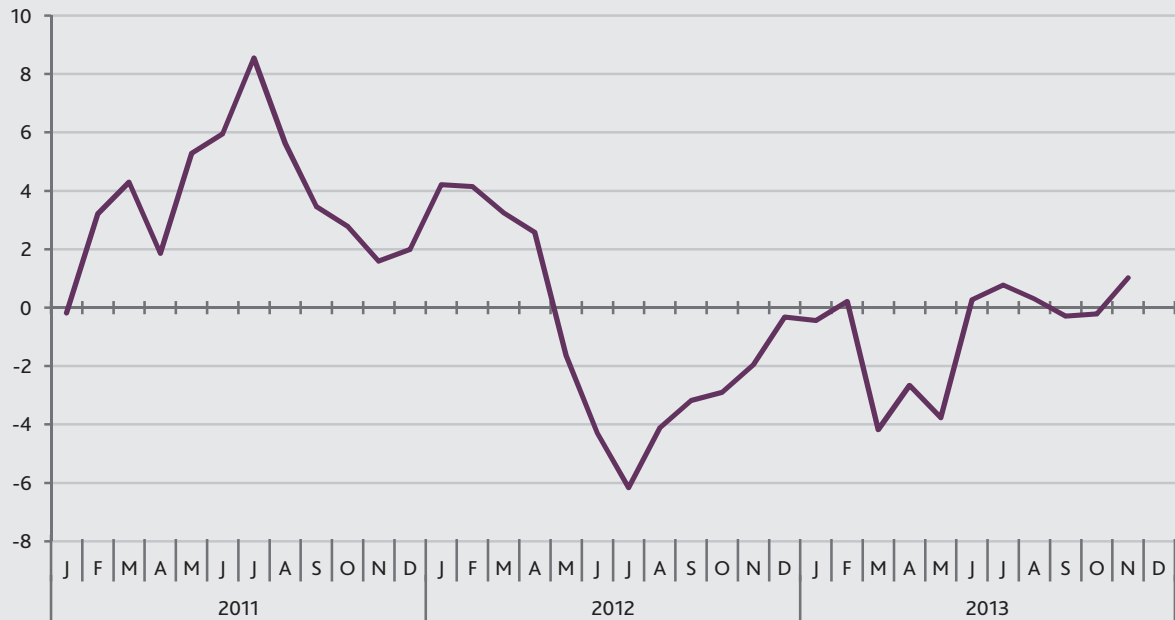


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

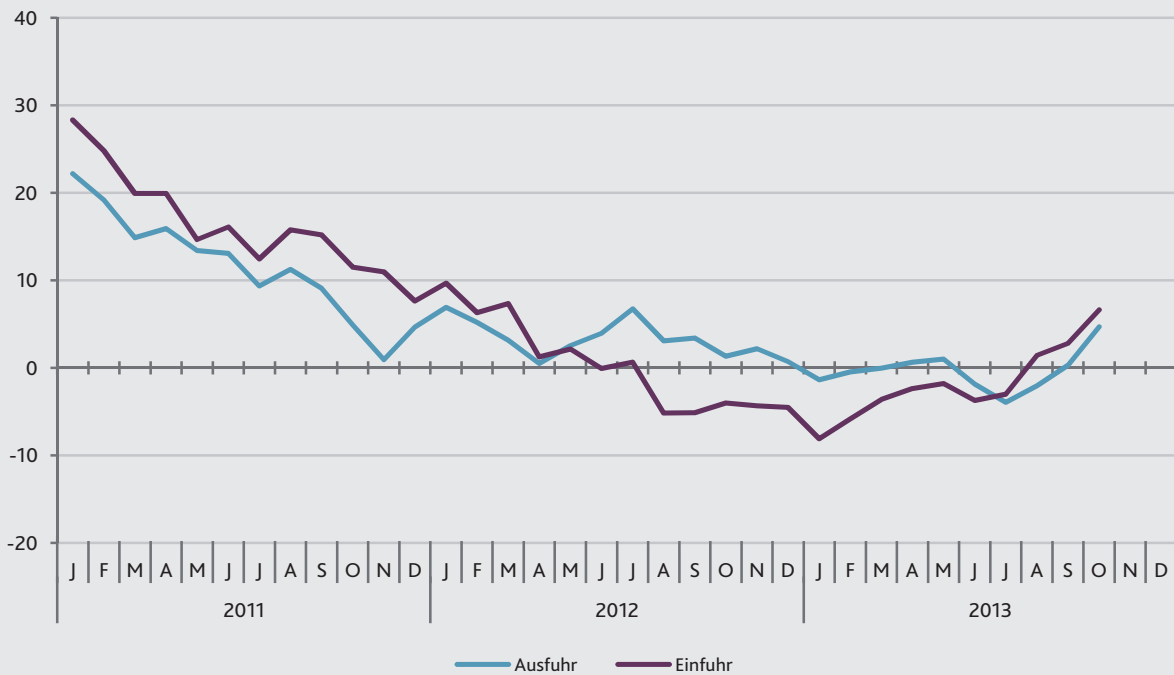


¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Außenhandel¹ in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



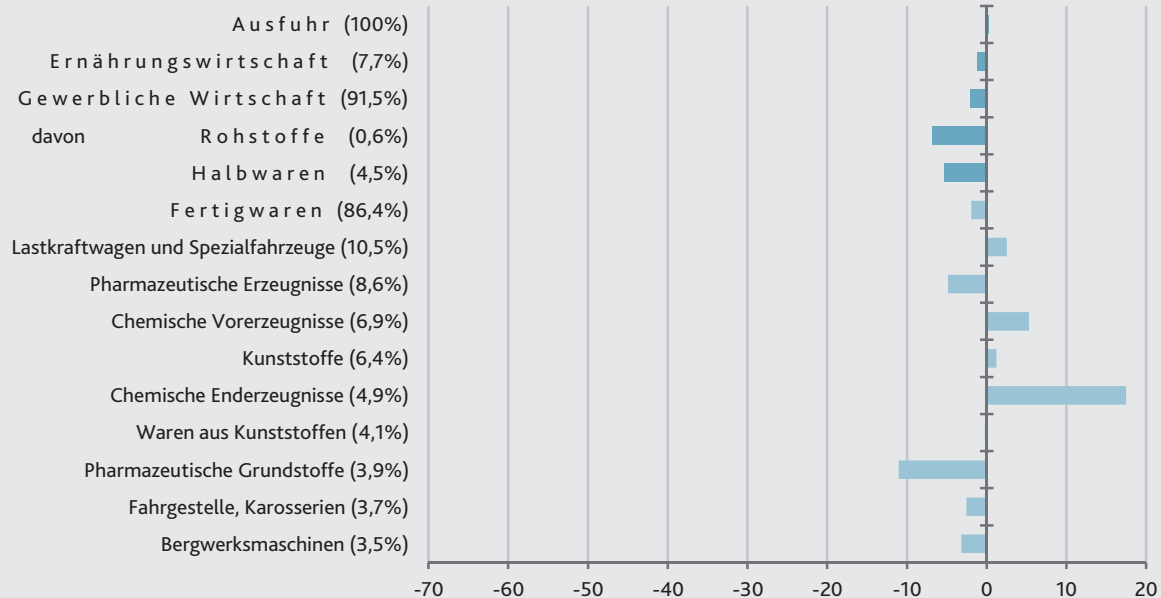
¹ Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

² Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Dezember 2012 - November 2013 nach Warengruppen¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

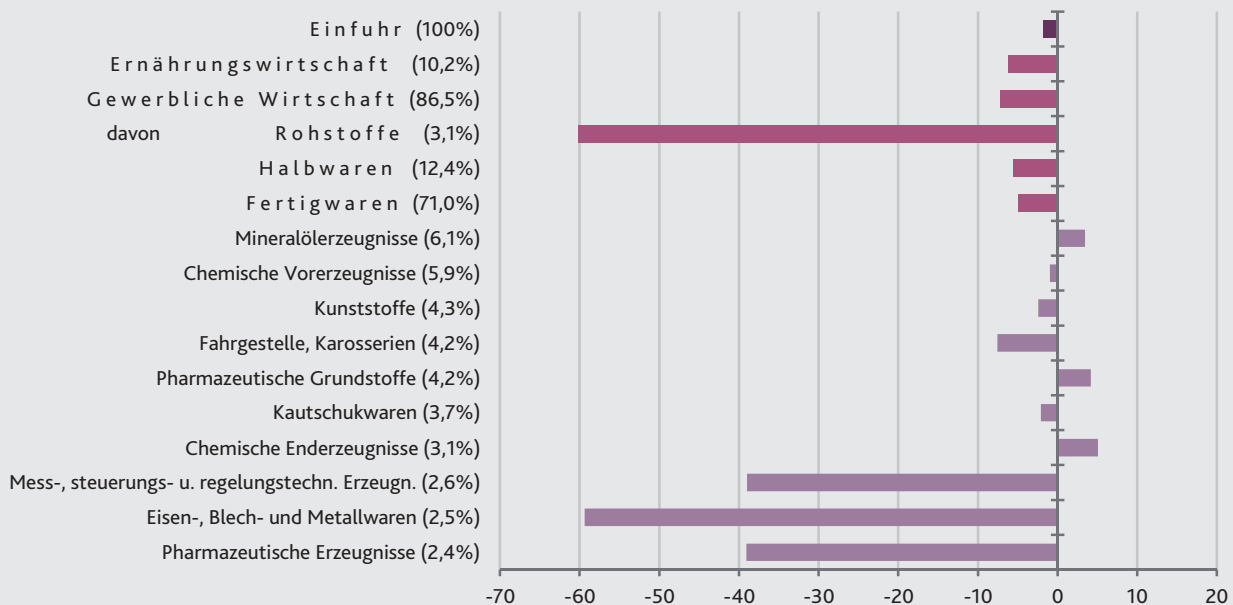


¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Dezember 2012 - November 2013 nach Warengruppen¹

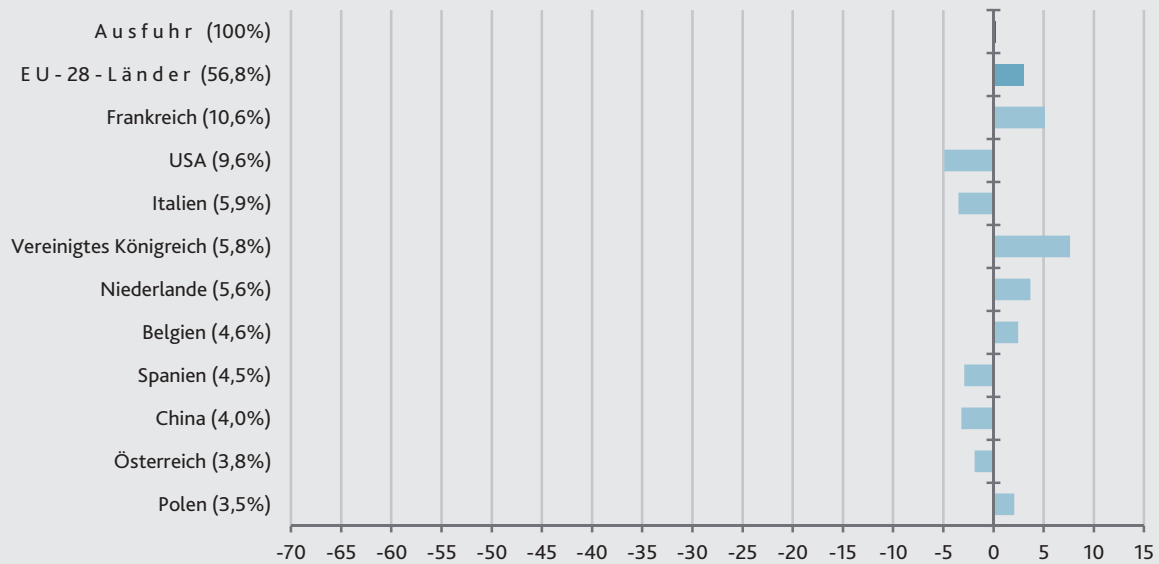
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

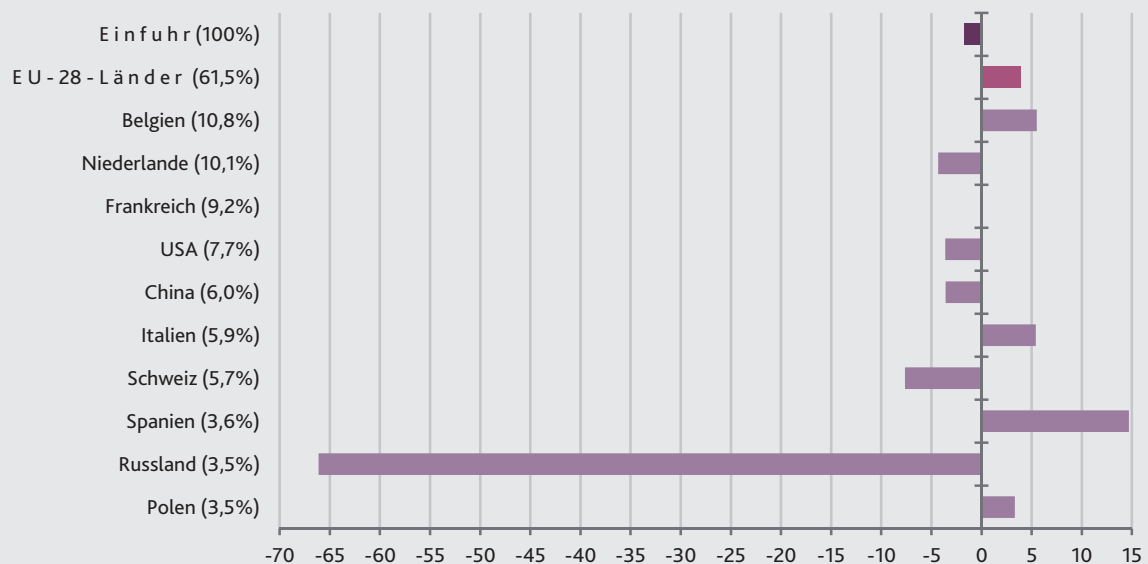
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Dezember 2012 - November 2013 nach Bestimmungsländern¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

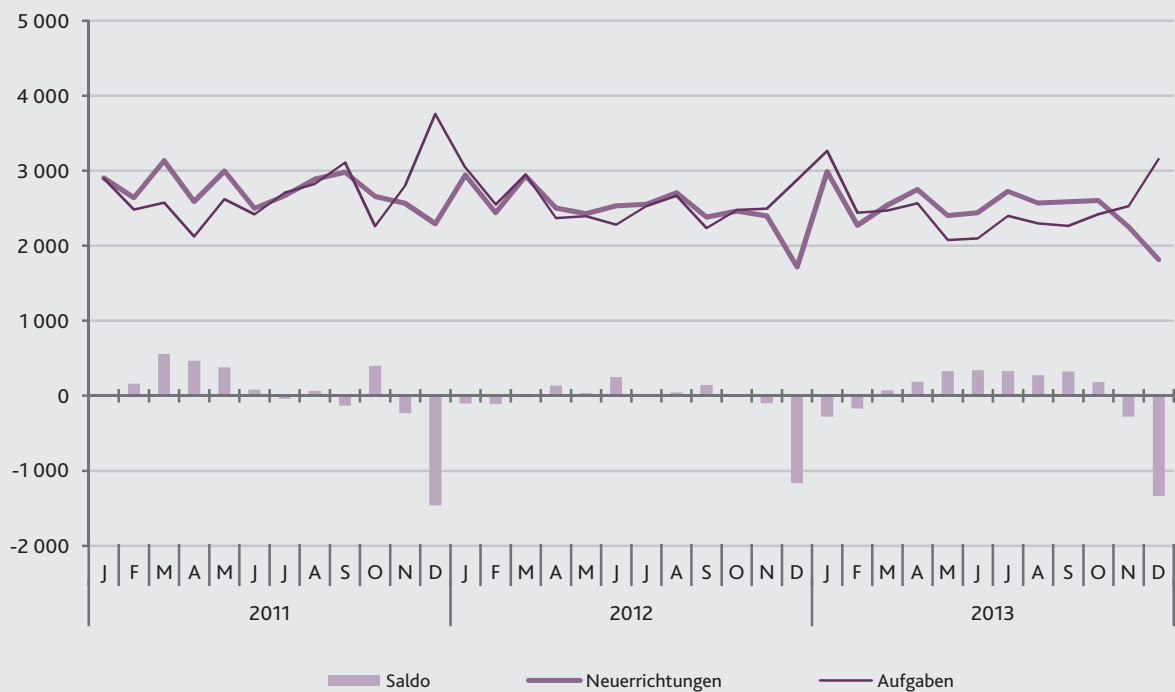
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Dezember 2012 - November 2013 nach Herkunftsländern¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

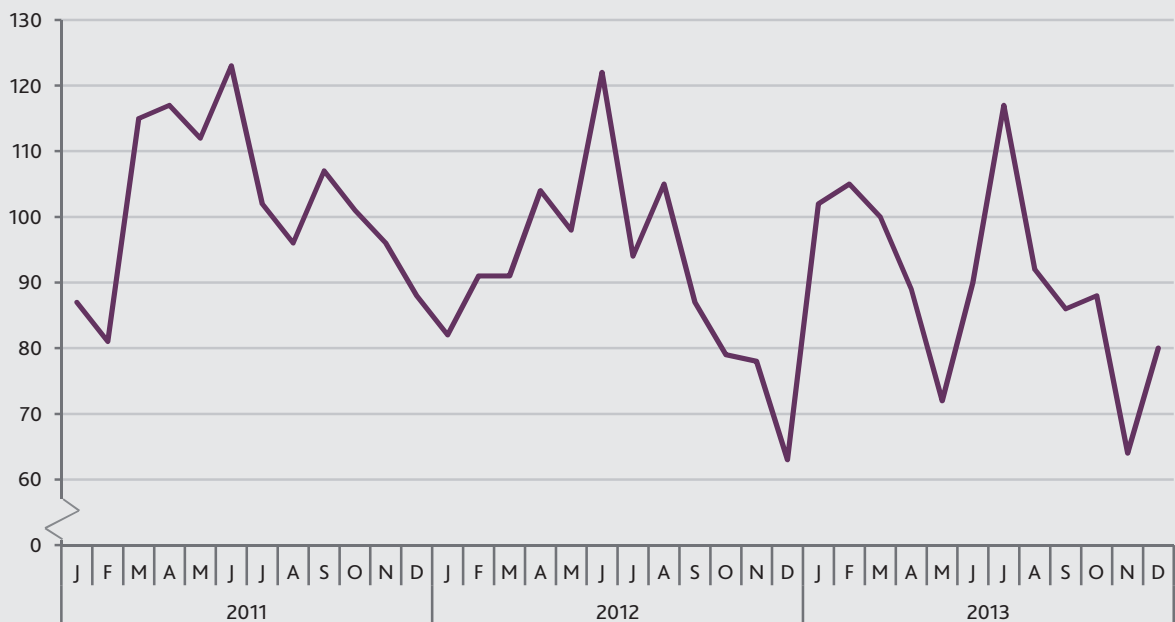
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gewerbeanzeigen



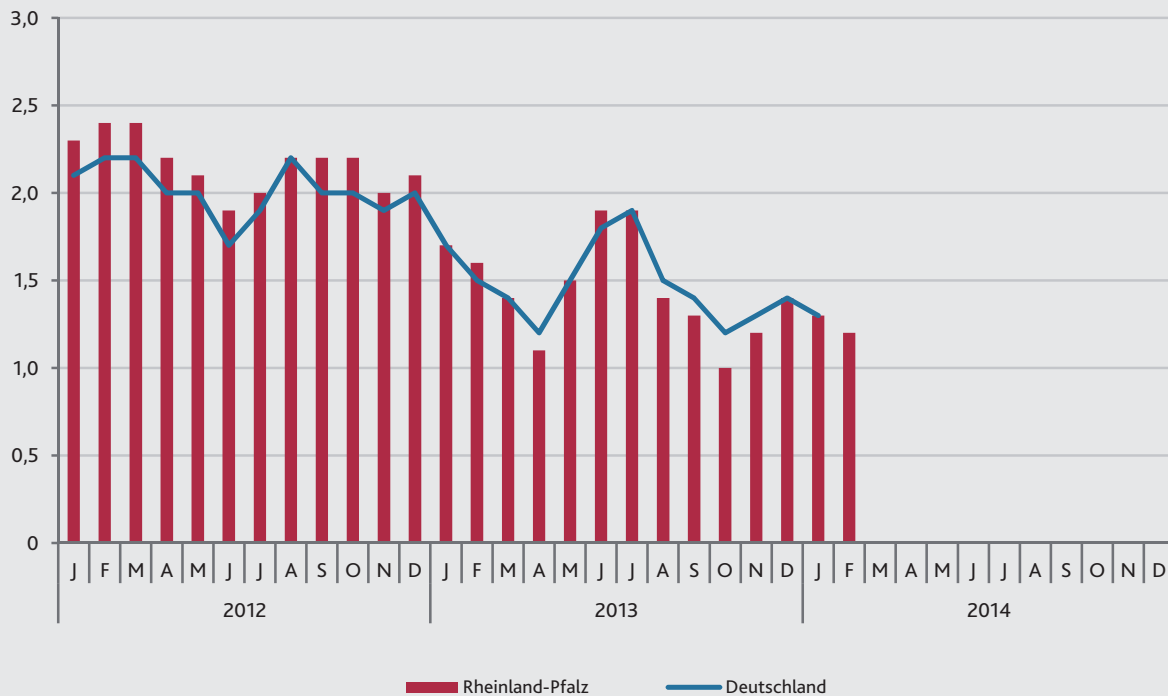
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Unternehmensinsolvenzen



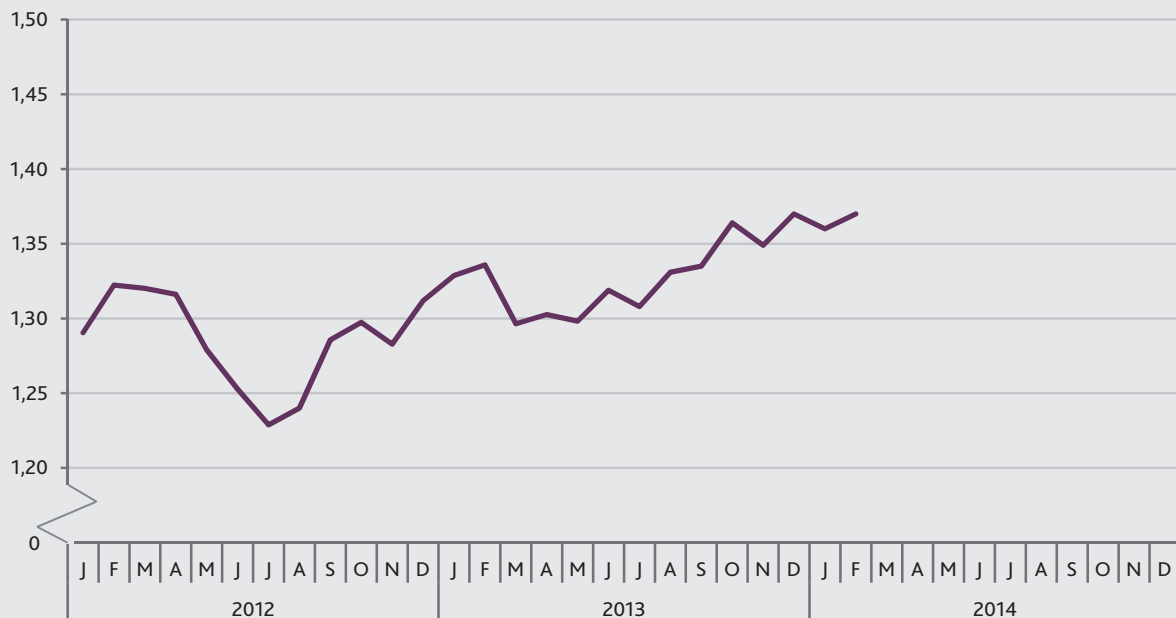
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

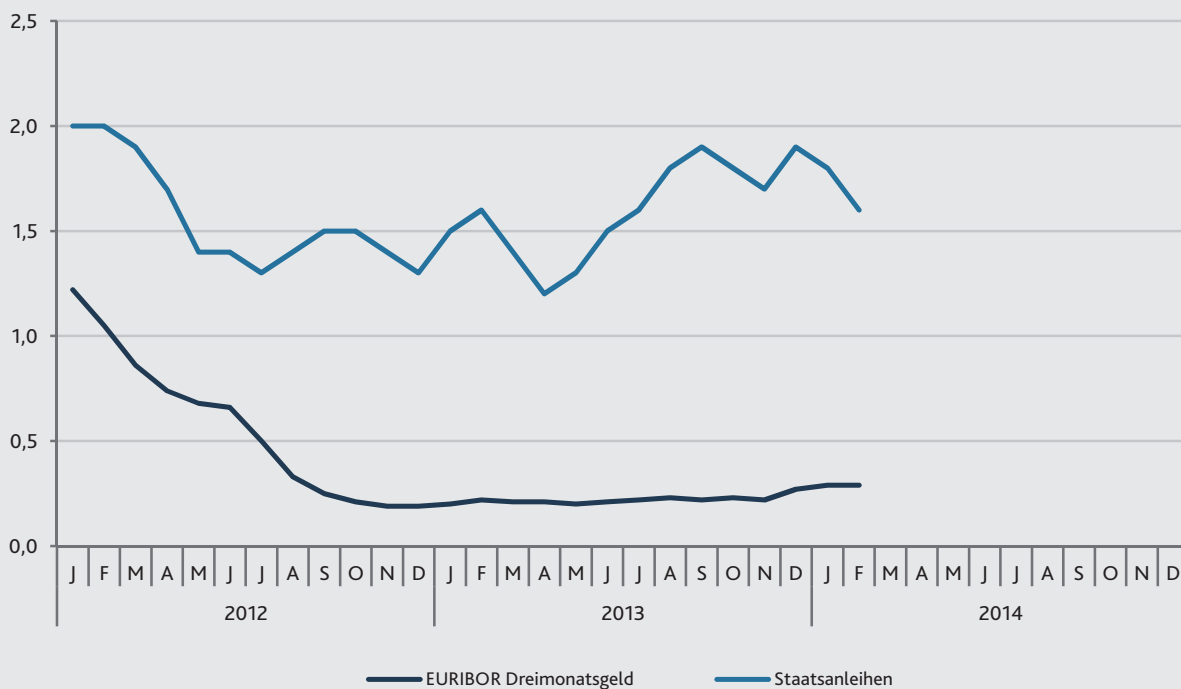
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

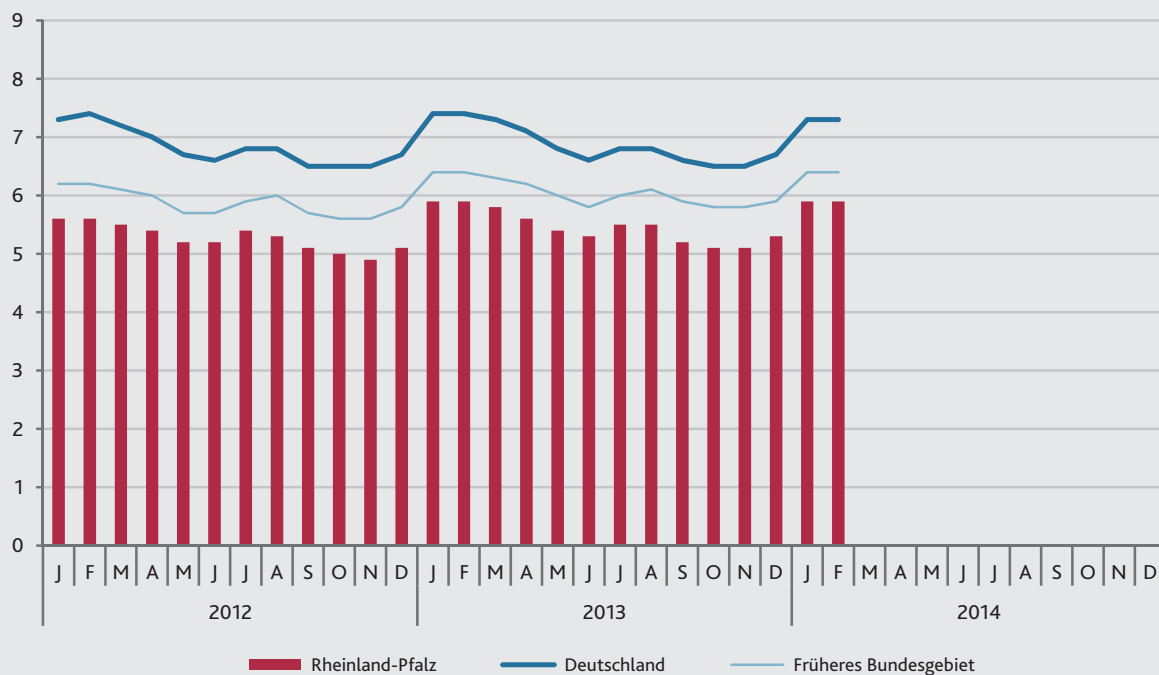
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

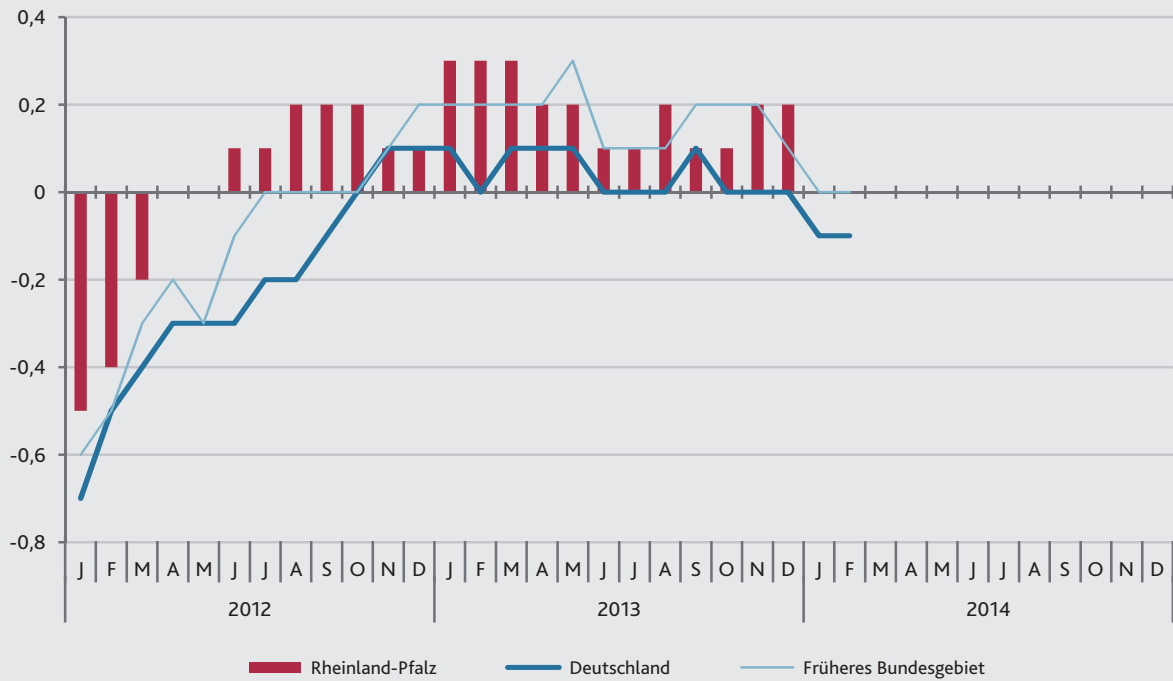
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

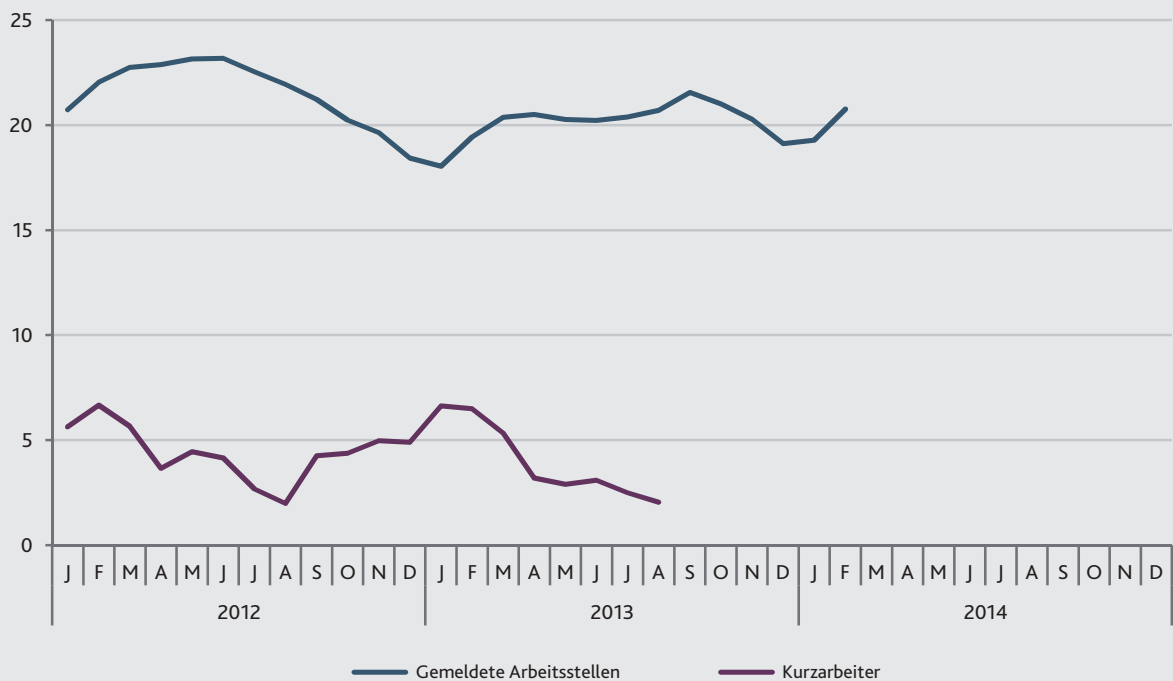
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

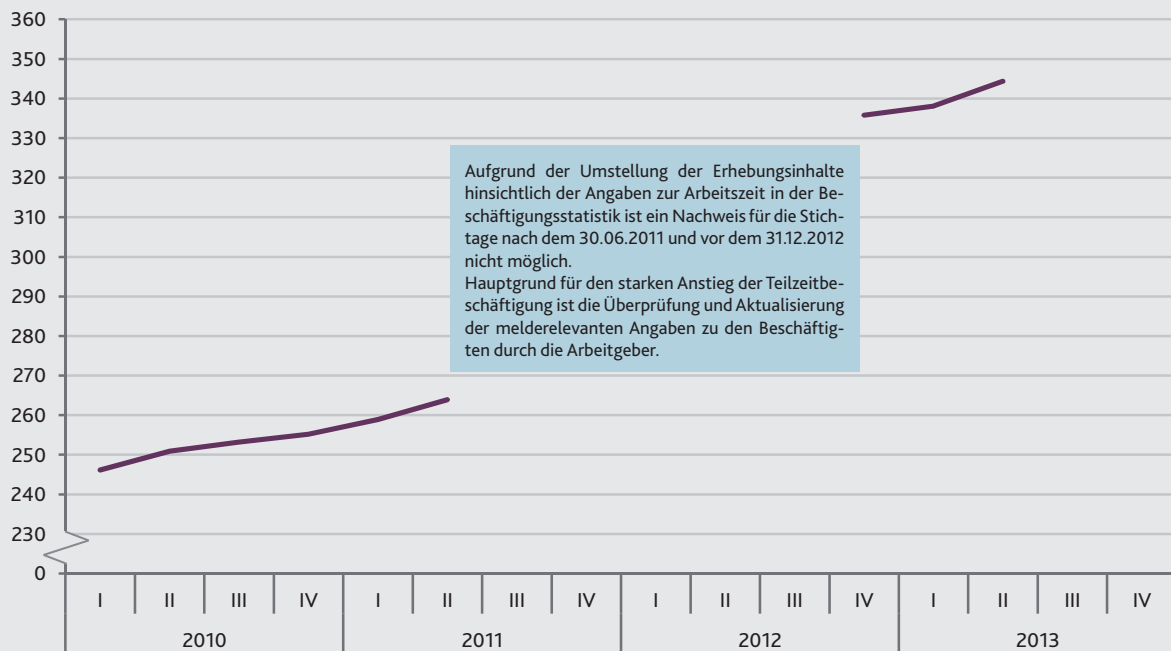
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in 1 000

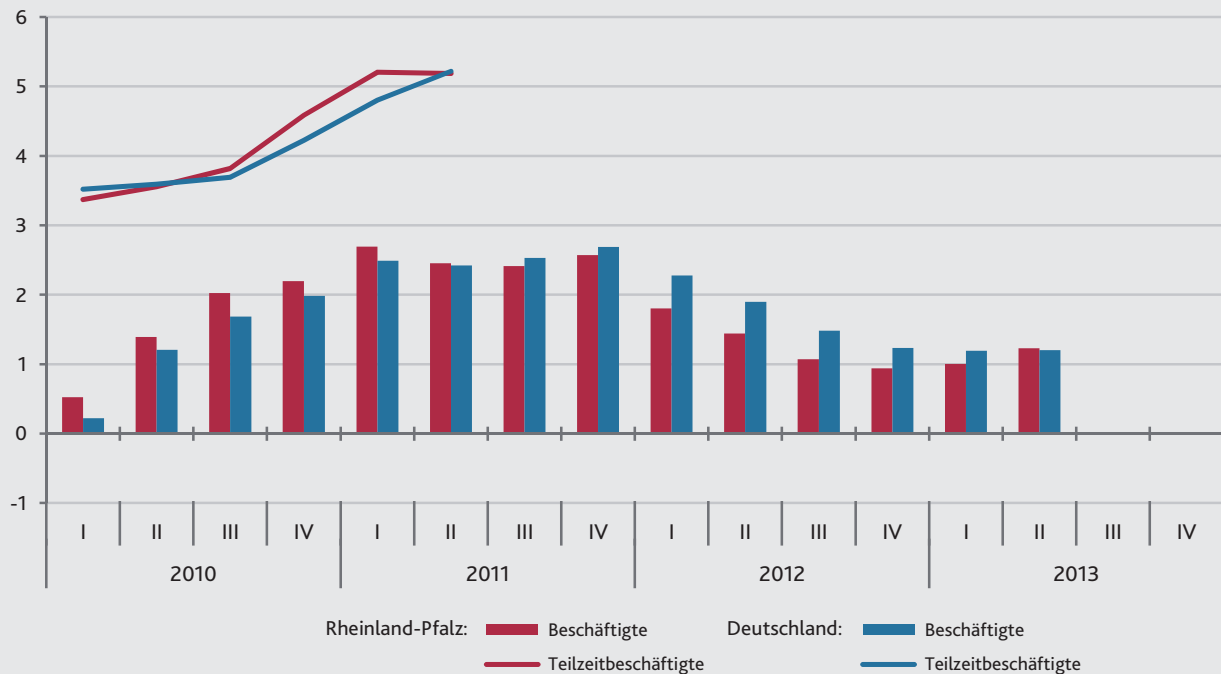


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

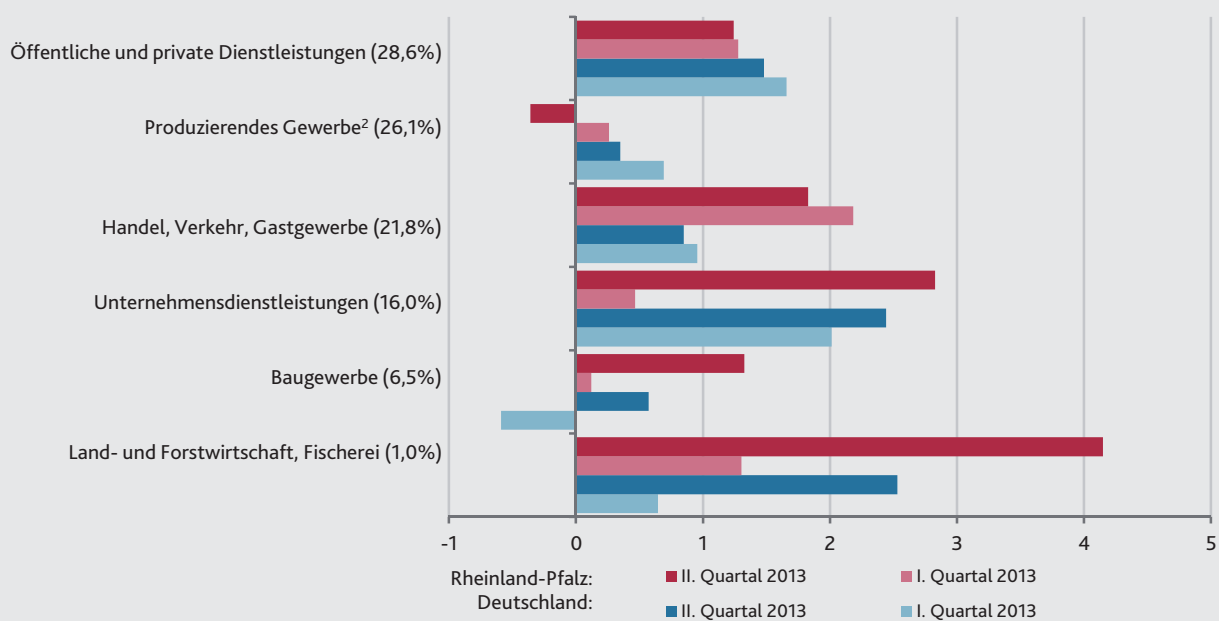


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

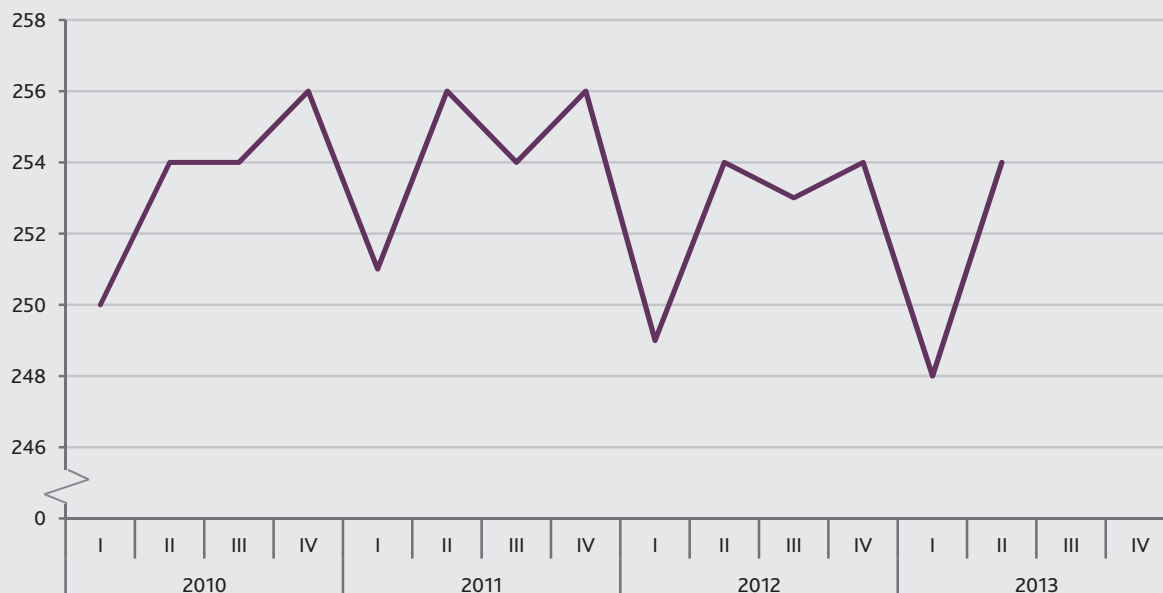
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2013. – ² Ohne Baugewerbe.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

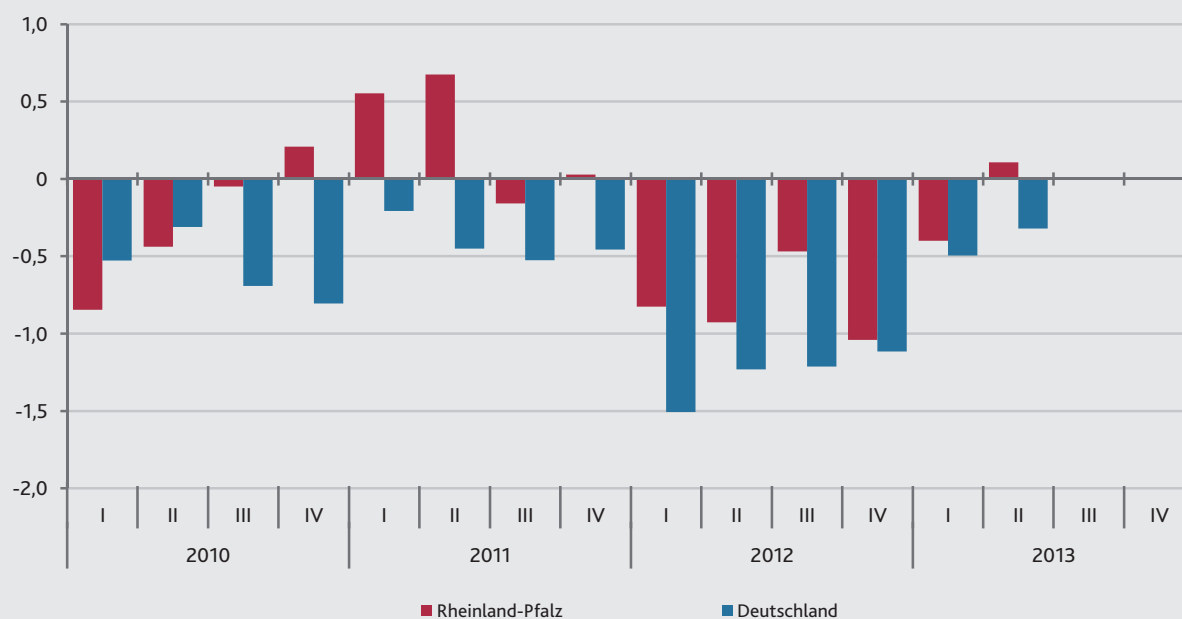
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ am Arbeitsort
in 1000



¹ Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro (ab 2013 450 Euro) nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

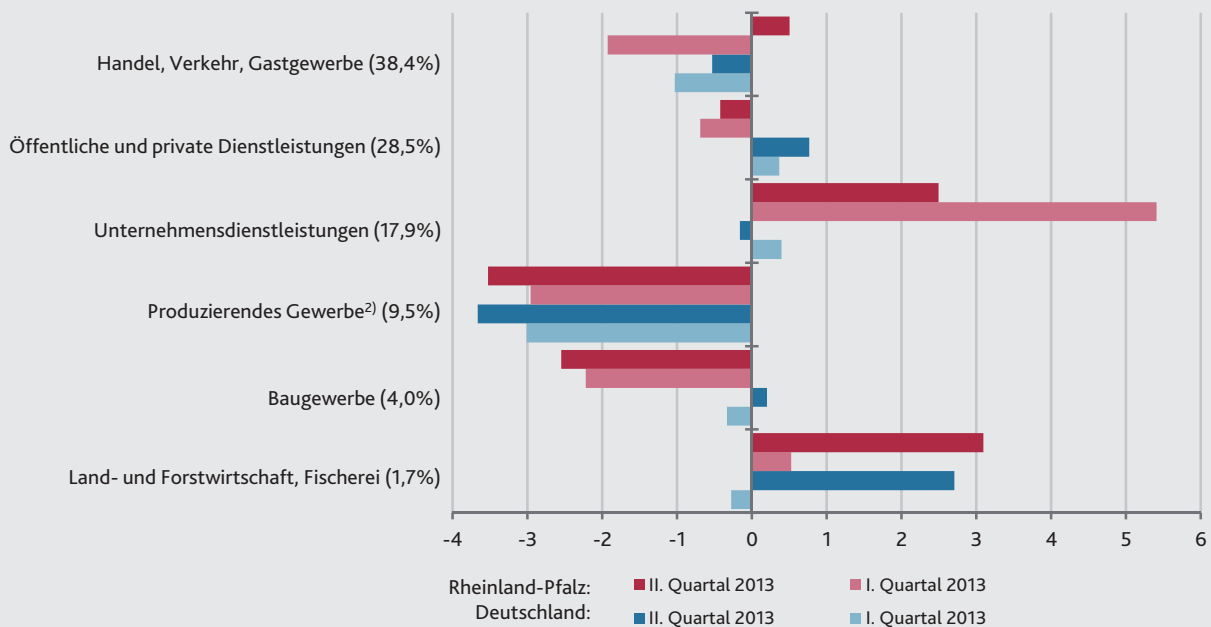
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2013. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 28. Februar 2014.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz ($= \text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat

beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2010 (d. h. 2010=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerberbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich

anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeforderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpach-

tung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunktur-entwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben werden

auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2010 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit

einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 450 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie

die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaft-

liche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 933	128 083	137 842
752	134 121	126 824	133 450	125 432
6 058	134 545	157 264	113 035	110 138
134 628	157 827	111 776	80 756	77 082
157 811	113 035	84 980	63 568	61 111
113 466	84 980	64 829	77 648	92 396
87 007	64 829	78 146	92 396	125 873
65 282	78 146	94 429	125 873	103 801
78 320	94 429	125 677	103 801	69 111
95 409	125 677	107 027	69 111	

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2011	2012			2013			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 990 ^{1,2}	3 990 ^{1,2}	3 991	3 991	3 992	3 989	3 991	3 993
darunter Ausländer ³	1 000	277 ^{1,2}	288 ^{1,2}	284	286	288	295	297	300

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 684	1 687	2 815	2 000	1 499	2 308	2 862	2 027	1 503
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	2 590	2 597	2 838	2 555	2 949	3 149	2 901	2 932	2 825
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,8	7,8	8,4	7,8	8,7	9,3	8,6	8,9	8,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 637	3 700	3 514	3 186	3 857	3 947	3 359	3 339	3 507
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	11,1	10,4	9,7	11,4	11,7	9,9	10,2	10,3
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	9	11	15	12	12	8	12	6	7
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	4,2	5,3	4,7	4,1	2,5	4,1	2,0	2,5
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 047	-1 103	- 676	- 631	- 908	- 798	- 458	- 407	- 682
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,1	- 3,3	- 2,0	- 1,9	- 2,7	- 2,4	- 1,4	- 1,2	- 2,0

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 807	9 262	11 497	9 951	13 003	11 539	12 433	12 867	13 324
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	3 307	3 739	4 745	4 520	5 073	4 884	5 518	6 107	5 410
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 153	8 197	9 881	9 140	10 609	10 112	10 129	10 195	11 018
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 325	2 430	2 971	2 382	2 691	3 084	2 922	3 048	2 972
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	654	1 065	1 616	811	2 394	1 427	2 304	2 672	2 306
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	12 938	13 154	15 381	12 555	15 537	15 332	16 002	14 711	16 008

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte ^{9,10}	Einheit	2010	2011		2012			2013	
		30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹¹	1 000	1 218	1 248	1 263	1 259	1 266	1 291	1 275	1 281
* Frauen	1 000	558	571	584	580	580	593	591	592

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 11 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1,2}**

	Einheit	2010	2011		2012				2013	
		30.06.		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Ausländer/-innen	1 000	78	84	82	86	91	93	88	92	98
* Teilzeitbeschäftigte ³	1 000	251	264	336	338	344
* darunter Frauen	1 000	214	224	282	284	287
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	11	12	9	11	12	12	10	11	13
* produzierendes Gewerbe	1 000	402	411	414	415	417	425	416	415	417
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	265	270	274	272	274	281	280	278	279
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	187	195	197	198	199	203	199	198	205
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	353	359	369	365	363	370	370	370	367

Arbeitsmarkt⁵

	Einheit	2011	2012		2013				2014	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Arbeitslose	Anzahl	111 054	111 079	108 605	123 593	124 278	109 623	112 778	125 232	125 452
* Frauen	Anzahl	52 451	52 306	50 360	55 151	54 959	52 120	52 549	56 371	56 266
Männer	Anzahl	58 603	58 774	58 245	68 442	69 319	57 503	60 229	68 861	69 186
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	40 987	42 428	43 717	52 571	53 382	41 285	43 694	52 291	52 389
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	70 067	68 651	64 888	71 022	70 896	68 338	69 084	72 941	73 063
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,3	5,3	5,1	5,9	5,9	5,1	5,3	5,9	5,9
* Frauen	%	5,4	5,3	5,1	5,6	5,6	5,2	5,3	5,6	5,6
* Männer	%	5,2	5,2	5,2	6,1	6,2	5,1	5,3	6,1	6,1
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,8	4,8	4,4	5,1	5,4	4,3	4,4	5,0	5,3
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,1	3,0	2,6	2,9	3,0	2,7	2,8	2,9	3,0
Ältere von 50–65 Jahren	%	5,8	5,7	5,6	6,4	6,3	5,5	5,7	6,2	6,2
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,3	6,2	6,2	7,0	6,9	6,1	6,2	6,8	6,7
* Ausländer/-innen	%	11,8	12,0	11,9	13,5	13,7	11,7	12,1	13,5	13,6
Deutsche	%	4,8	4,8	4,6	5,3	5,3	4,6	4,7	5,3	5,3
* Kurzarbeiter/-innen ⁹	Anzahl	5 754	4 447	4 894	6 627	6 500
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹⁰	Anzahl	21 201	21 513	18 429	18 032	19 433	20 280	19 117	19 280	20 753

Soziales**Leistungsbezug nach SGB II¹¹**

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	225 426	218 183	214 560	213 532	213 660	217 728	217 298	216 424	...
* darunter Frauen	Anzahl	115 815	122 591	111 072	110 452	110 454	112 818	112 473	111 967	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Anzahl	160 240	154 825	151 847	151 117	151 263	153 953	153 523	152 898	...
* nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Anzahl	65 186	63 359	62 713	62 415	62 397	63 775	63 775	63 526	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	62 785	60 950	60 357	60 088	60 058	61 406	61 374	61 111	...

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Die Ergebnisse ab dem 31.12.2012 sind wegen Umstellungen im Erhebungsverfahren und damit einhergehender Aktualisierungen mit denen der früheren Stichtage nur bedingt vergleichbar. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitsmarkt im Überblick zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. – 11 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Bautätigkeit

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	552	528	495	454	410	545	580	476	406
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	518	493	459	425	372	508	515	425	367
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	2	1	3	1	1	...	4	1
Unternehmen	Anzahl	66	48	38	39	85	53	117	37	78
private Haushalte	Anzahl	484	478	455	412	324	491	463	435	327
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	848	867	839	754	714	844	1 224	1 016	670
* Umbauter Raum	1 000 m ³	595	590	578	504	481	588	714	562	442
* Wohnfläche	1 000 m ²	112	110	106	95	91	112	135	108	85
Wohnräume	Anzahl	4 524	4 399	4 332	3 763	3 604	4 490	5 459	4 159	3 450
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	156	162	162	140	129	169	201	163	124

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	135	124	131	135	90	131	149	125	105
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	13	12	13	13	8	15	19	11	9
Unternehmen	Anzahl	116	102	108	104	65	105	120	101	77
private Haushalte	Anzahl	6	11	10	18	17	11	10	13	19
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	35	14	6	1	11	5	12	8	39
* Umbauter Raum	1 000 m ³	977	882	1 280	471	960	654	708	566	802
* Nutzfläche	1 000 m ²	127	117	196	72	118	99	107	96	102
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	88	90	228	52	93	59	96	77	97

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 008	979	1 007	870	790	985	1 445	1 195	916
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 236	5 006	5 039	4 316	3 944	5 104	6 543	4 869	4 231

Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 060	10 983	12 265	11 683	10 249	11 073	11 430	11 369	10 272
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 322	2 010	2 440	2 515	1 810	1 793	2 460	2 342	1 885
darunter										
* Kälber ²	t	12	9	9	13	19	7	7	10	17
* Jungrinder	t	15	9	11	24	10	4	11	21	33
* Schweine	t	8 683	8 924	9 725	9 113	8 390	9 241	8 873	8 966	8 332
* Eierzeugung ³	1 000	13 472	14 494	15 106	13 503	14 951	13 540	13 657	13 045	10 126

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden⁴**

* Betriebe	Anzahl	996	1 004	1 005	1 007	1 007	983	984	984	984
* Beschäftigte ⁵	Anzahl	244 658	248 907	250 614	250 210	249 174	250 090	250 096	249 760	248 855
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 436	31 600	32 769	32 661	28 052	32 034	32 907	32 515	28 190
* Entgelte	Mill. EUR	928	974	912	1 280	937	923	934	1 305	970
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 918	7 047	7 229	7 197	6 106	6 964	7 455	7 342	6 632
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶	Mill. EUR	3 888	3 981	4 094	4 097	3 093	3 792	4 180	4 040	3 409
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 778	1 769	1 754	1 753	1 760	1 900	1 970	1 972	1 972
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	105	98	110	105	83	86	95	91	72
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 148	1 199	1 271	1 241	1 169	1 186	1 211	1 239	1 179
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 208	2 340	2 337	2 390	1 912	2 096	2 422	2 414	2 134
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	912	901	927	927	892	967	1 140	1 106	1 057
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 658	3 798	3 809	3 812	3 307	3 699	3 905	4 009	3 568
Exportquote ⁷	%	52,9	53,9	52,7	53,0	54,2	53,1	52,4	54,6	53,8
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	104,3	101,4	101,2	97,6	89,9	103,3	103,5	99,0	86,2
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	97,9	99,3	102,1	96,4	87,7	96,4	103,7	101,2	85,3
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	114,6	105,9	102,6	101,5	97,3	114,9	107,5	98,9	92,9

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinn von Steinen und Erden¹

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Ge- winnung von Steinen und Erden ¹	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Gebrauchsgüterproduzenten	2010=100	108,3	98,7	101,9	87,6	72,6	55,1	56,2	61,7	36,6
Verbrauchsgüterproduzenten	2010=100	96,8	95,6	90,3	89,9	74,7	101,9	93,7	93,7	71,7
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2010=100	95,1	99,3	102,1	92,5	92,7	97,9	104,7	100,2	88,6
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2010=100	114,9	107,7	105,5	100,6	100,3	127,5	105,7	81,4	86,5

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	168	172	172	170	170	172	172	171	171
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 495	9 669	9 801	9 788	9 729	9 748	9 718	9 735	9 729
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 193	1 208	1 259	1 272	1 055	1 227	1 239	1 218	1 029
* Entgelte ³	Mill. EUR	37	39	46	55	39	36	47	56	37

Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung⁵

* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	419	448	478	493	466	449	511	507	514
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	406	433	462	477	450	436	495	489	496

Baugewerbe⁶

Bauhauptgewerbe⁷

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	38 263	38 505	38 848	38 797	38 267	39 157	38 764	38 473	37 965
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 933	3 816	4 523	4 358	2 741	4 314	4 349	4 112	3 093
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 565	1 610	1 886	1 860	1 273	1 708	1 714	1 660	1 306
* gewerblicher Bau ⁸	1 000 h	934	906	1 004	983	684	1 042	1 061	982	781
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 434	1 300	1 633	1 515	784	1 564	1 574	1 470	1 006
darunter Straßenbau	1 000 h	717	626	802	738	323	809	811	740	494
* Entgelte	Mill. EUR	90	90	96	110	87	95	99	112	94

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe¹**Bauhauptgewerbe²**

Bauhauptgewerbe ²		Einheit	2011	2012			2013				
			Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Mill. EUR	383	382	475	484	435	466	480	472	486
davon											
* Wohnungsbau	Mill. EUR	124	138	172	156	136	157	162	158	166	
* gewerblicher Bau ³	Mill. EUR	104	102	115	130	148	131	127	128	137	
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	155	142	188	198	151	178	191	186	184	
darunter Straßenbau	Mill. EUR	77	69	97	104	66	96	105	98	86	

**Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)⁴**

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau) ⁴	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Betriebe ⁵	Anzahl	353	395	395	395	395	416	415	415	414
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁵	Anzahl	13 485	14 919	14 948	15 138	14 886	15 297	15 479	15 737	15 511
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 448	4 814	4 758	4 930	4 798	4 628	4 988	5 170	5 004
* Entgelte	Mill. EUR	99	111	110	112	118	114	117	118	126
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	375	446	459	453	530	327	390	425	507

Handel⁶**Großhandel⁷**

Großhandel ^{P, 7}	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Beschäftigte	2005=100	120,9	121,2	122,7	122,3	121,4	124,0	124,0	123,9	123,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	128,1	132,4	135,0	135,0	134,8	138,0	136,8	136,2	138,2
* Umsatz nominal ⁸	2005=100	120,7	108,0	120,7	111,8	99,7	113,8	119,1	106,9	101,4
* Umsatz real ⁹	2005=100	105,7	92,8	103,0	96,7	86,0	96,8	102,6	92,4	88,3

Einzelhandel⁹

* Beschäftigte	2010=100	101,6	102,9	103,5	103,4	103,4	102,6	103,2	103,9	103,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	102,2	103,0	102,9	103,2	103,4	102,3	103,3	104,5	103,7
* Umsatz nominal ⁸	2010=100	102,6	104,3	110,2	106,5	116,3	98,5	106,9	105,7	113,3
* Umsatz real ⁸	2010=100	101,2	100,9	105,8	102,3	112,3	93,7	101,6	100,7	108,2

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 7 Einschließlich Handelsvermittlung. – 8 Ohne Umsatzsteuer. – 9 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹

Kfz-Handel^{1, 2}

Kfz-Handel ^{p, 2}	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Beschäftigte	2010=100	102,2	104,0	106,0	105,5	105,0	104,8	104,8	104,7	104,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,2	110,2	114,2	114,0	113,7	115,4	114,8	115,1	116,9
* Umsatz nominal ³	2010=100	106,3	97,4	109,7	97,0	79,1	94,9	113,1	100,8	81,3
* Umsatz real ³	2010=100	104,6	94,8	105,7	93,9	77,0	92,5	109,6	98,0	79,3

Gastgewerbe^p

* Beschäftigte	2010=100	103,1	104,9	107,4	102,7	102,7	105,8	104,5	100,6	100,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,8	106,8	108,5	103,1	105,4	108,2	105,9	102,9	104,3
* Umsatz nominal ³	2010=100	107,3	92,4	99,2	83,2	90,3	95,0	94,3	77,1	81,4
* Umsatz real ³	2010=100	105,7	89,3	95,2	79,9	86,9	88,8	88,5	72,4	76,4

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	684	669	817	510	411	930	836	531	416
* darunter von Auslandsgästen	1 000	159	157	162	97	93	203	163	94	89
* Gästeübernachtungen	1 000	1 794	1 758	2 162	1 208	1 082	2 346	2 183	1 238	1 062
* darunter von Auslandsgästen	1 000	448	443	445	239	241	555	433	227	230

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 931	1 858	2 181	1 942	1 710	1 996	1 977	1 860	1 792
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 318	1 248	1 530	1 289	1 094	1 483	1 383	1 232	1 142
* Getötete Personen	Anzahl	16	17	18	14	17	18	15	10	15
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	8	9	8	9	12	9	4	5	6
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	4	6	2	2	6	4	2	3
Radfahrer	Anzahl	1	2	3	2	-	1	3	1	2
Fußgänger	Anzahl	2	2	1	-	1	-	4	2	3
* Verletzte Personen	Anzahl	1 709	1 620	1 983	1 712	1 441	1 939	1 765	1 633	1 488

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	320	302	373	304	255	405	329	302	267
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	147	136	156	126	159	155	134	157	157
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	75	72	109	80	23	119	94	63	30
Radfahrer	Anzahl	50	48	57	42	25	87	63	36	36
Fußgänger	Anzahl	34	32	30	34	37	28	27	34	34

Kraftfahrzeuge¹

Kraftfahrzeuge ¹	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 789	12 263	11 892	11 346	9 204	11 384	12 418	11 221	10 079
darunter										
Krafträder	Anzahl	608	593	282	173	86	484	309	139	99
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 699	10 321	10 350	9 862	8 011	9 627	10 714	9 738	8 502
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 003	943	891	970	785	858	1 023	999	910
Zugmaschinen	Anzahl	403	334	304	235	247	340	302	271	438

Personenbeförderung

Personenbeförderung	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	54 787	52 780	54 910	45 803	54 393	53 786	55 824	48 007	...
Personenkilometer ³	Mill.	537	454	455	391	442	437	522	444	...

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2011	2012			2013				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Güterempfang	1 000 t	1 064	1 058	880	1 161	1 149	1 061	1 130	1 251	...
* Güterversand	1 000 t	778	815	810	907	906	879	769	955	...

Außenhandel⁴Ausfuhr (Spezialhandel)⁵

* Insgesamt	Mill. EUR	3 737	3 858	3 741	4 021	3 717	3 671	3 906	4 239	3 870
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	292	296	298	341	279	298	301	305	286
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 411	3 529	3 409	3 642	3 404	3 293	3 498	3 796	3 456

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2011	2012			2013				
			Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
*	Rohstoffe	Mill. EUR	24	23	20	25	18	19	18	27	19
*	Halbwaren	Mill. EUR	168	175	173	208	180	152	168	152	139
*	Fertigwaren	Mill. EUR	3 220	3 332	3 216	3 409	3 207	3 122	3 312	3 617	3 297
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	921	954	980	965	886	868	900	997	875
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 298	2 378	2 236	2 444	2 320	2 255	2 412	2 620	2 422
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	2 612	2 584	2 479	2 756	2 578	2 409	2 776	2 911	2 676
*	darunter in EU-Länder ³	Mill. EUR	2 235	2 197	2 152	2 367	2 167	2 045	2 394	2 513	2 312
	Belgien	Mill. EUR	184	179	170	192	161	177	189	216	181
	Luxemburg	Mill. EUR	58	57	53	62	51	49	65	61	52
	Dänemark	Mill. EUR	36	38	36	42	36	35	34	38	35
	Finnland	Mill. EUR	29	31	24	29	27	34	32	31	28
	Frankreich	Mill. EUR	428	407	387	404	372	350	447	450	426
	Griechenland	Mill. EUR	29	35	36	45	45	24	48	32	33
	Großbritannien	Mill. EUR	217	223	221	268	238	256	289	274	257
	Irland	Mill. EUR	9	10	10	9	11	12	15	12	12
	Italien	Mill. EUR	251	226	224	235	206	169	233	242	230
	Niederlande	Mill. EUR	221	218	220	240	218	197	217	240	210
	Österreich	Mill. EUR	150	146	139	169	145	137	145	150	148
	Schweden	Mill. EUR	66	65	58	66	65	59	62	71	68
	Spanien	Mill. EUR	183	173	169	187	167	151	176	186	172
	Portugal	Mill. EUR	22	21	20	19	30	24	35	43	39
*	Afrika	Mill. EUR	90	94	95	107	91	95	96	104	104
*	Amerika	Mill. EUR	457	559	565	523	445	585	465	642	530
	darunter nach USA	Mill. EUR	278	369	387	340	261	386	279	443	355
*	Asien	Mill. EUR	538	572	548	582	560	554	538	549	531
	darunter nach China	Mill. EUR	149	154	125	138	161	138	135	141	162
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	40	49	55	52	44	29	31	32	29

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 625	2 616	2 408	2 718	2 549	2 337	2 629	2 876	2 678
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	243	267	231	291	270	245	254	228	233
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 282	2 263	2 075	2 320	2 175	1 942	2 159	2 386	2 212
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	126	82	98	45	37	38	45	45	34
* Halbwaren	Mill. EUR	314	324	260	289	384	242	261	323	298
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 842	1 857	1 717	1 986	1 755	1 662	1 852	2 018	1 880

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2011	2012			2013				
			Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	520	532	468	607	549	500	538	523	511
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 322	1 325	1 249	1 379	1 205	1 163	1 314	1 495	1 368
* davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	1 893	1 904	1 749	2 022	1 902	1 696	1 916	2 156	2 003
*	darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 595	1 612	1 504	1 735	1 628	1 486	1 684	1 941	1 776
	Belgien	Mill. EUR	275	284	242	294	291	272	306	351	299
	Luxemburg	Mill. EUR	44	42	43	43	39	39	48	52	47
	Dänemark	Mill. EUR	14	17	18	18	19	18	19	20	17
	Finnland	Mill. EUR	12	11	12	11	10	10	7	8	7
	Frankreich	Mill. EUR	253	241	219	264	239	212	253	305	249
	Griechenland	Mill. EUR	8	7	7	8	8	7	6	17	5
	Großbritannien	Mill. EUR	82	86	94	91	88	84	88	121	132
	Irland	Mill. EUR	11	11	9	9	10	30	50	32	33
	Italien	Mill. EUR	157	154	135	170	145	133	155	179	162
	Niederlande	Mill. EUR	262	264	234	301	308	192	226	275	258
	Österreich	Mill. EUR	86	89	89	99	81	68	79	94	89
	Schweden	Mill. EUR	26	35	38	48	36	44	45	45	45
	Spanien	Mill. EUR	96	95	87	88	106	98	104	127	133
	Portugal	Mill. EUR	16	16	19	15	16	15	13	21	18
*	Afrika	Mill. EUR	52	49	37	52	60	46	62	73	67
*	Amerika	Mill. EUR	267	286	275	286	268	231	233	230	248
	darunter aus USA	Mill. EUR	184	201	211	225	213	168	165	175	167
*	Asien	Mill. EUR	409	371	341	352	312	359	412	411	353
	darunter aus China	Mill. EUR	168	158	149	151	136	176	159	148	149
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	6	6	6	7	4	5	5	6

Gewerbeanzeigen⁴

Gewerbeanzeigen ⁴	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 272	3 039	2 961	2 916	2 208	3 065	3 115	2 706	2 299
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	553	517	493	509	428	467	504	419	379
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 168	1 971	1 952	1 871	1 272	2 111	2 061	1 813	1 433
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 230	3 086	2 963	2 939	3 401	2 702	2 893	2 948	3 624
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	459	470	409	411	497	398	426	428	535
sonstige Stilllegungen	Anzahl	2 238	2 089	2 045	2 061	2 371	1 848	1 954	2 073	2 609

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – ⁴ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

Insolvenzen	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Insgesamt	Anzahl	611	578	573	581	448	598	541	537	498
davon										
* Unternehmen	Anzahl	102	91	79	78	63	86	88	64	80
* Verbraucher	Anzahl	387	377	383	387	295	375	322	323	325
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	102	91	93	94	75	109	118	119	79
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	20	19	18	22	15	28	13	31	14
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	93	144	69	615	101	176	85	62	58

Handwerk²

Handwerk²

Einheit	2011	2012				2013				
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.		
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	99,3	99,5	99,0	101,7	99,1	97,5	97,9	100,0	98,1
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	104,2	101,2	103,2	104,5	113,8	81,0	100,8	105,1	112,2

Preise

Preise	Einheit	2011	2012		2013				2014	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	102,1	104,3	105,2	104,7	105,4	106,1	106,7	106,1	106,7
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	101,1	102,1	102,5	102,8	102,8	103,9	104,1	104,3	104,4

Verdienste⁷

	Einheit	2012	2013	2012			2013			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 677	...	3 356	3 371	3 397	3 417	3 455	3 458	...
* Frauen	EUR	3 147	...	2 903	2 918	2 940	3 006	3 026	3 023	...
* Männer	EUR	3 891	...	3 538	3 551	3 584	3 585	3 631	3 635	...
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	6 509	...	5 769	5 786	5 831	5 986	6 113	6 125	...
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 209	...	3 869	3 893	3 927	3 956	4 005	4 023	...
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 165	...	2 893	2 917	2 927	2 878	2 919	2 929	...
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 653	...	2 455	2 481	2 493	2 400	2 444	2 462	...
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 026	...	1 915	1 928	1 958	1 911	1 935	1 951	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2012	2013	2012			2013			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 939	...	3 515	3 523	3 555	3 525	3 623	3 636	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 748	...	3 335	3 404	3 402	3 338	3 497	3 626	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 077	...	3 607	3 600	3 634	3 670	3 734	3 734	...
* Energieversorgung	EUR	4 963	...	4 330	4 312	4 418	4 239	4 380	4 374	...
* Wasserversorgung ²	EUR	3 138	...	2 900	2 959	2 954	2 956	3 003	2 988	...
* Baugewerbe	EUR	3 207	...	3 025	3 113	3 086	2 684	2 985	3 095	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 503	...	3 250	3 268	3 292	3 343	3 343	3 338	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 425	...	3 121	3 131	3 136	3 206	3 166	3 162	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 994	...	2 758	2 769	2 786	2 822	2 711	2 747	...
* Gastgewerbe	EUR	(1 955)	...	1 897	1 893	1 909	1 949	1 948	1 955	...
* Information und Kommunikation	EUR	4 742	...	4 290	4 313	4 341	4 342	4 465	4 452	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	(4 771)	...	(4 049)	(4 086)	(4 087)	4 121	4 104	4 152	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 762	...	3 495	(3 562)	(3 575)	3 345	3 411	3 366	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	4 263	...	3 802	3 776	3 778	4 134	4 053	4 033	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	(2 064)	...	1 974	2 010	2 082	2 048	2 087	2 114	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 385	...	3 232	3 280	3 288	3 333	3 354	3 361	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 030	...	3 935	3 950	3 953	4 009	4 040	4 032	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 563	...	3 332	3 372	3 378	3 403	3 465	3 461	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 401	...	3 264	3 290	3 269	3 997	4 072	3 897	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 037	...	2 874	2 879	2 890	2 872	2 886	2 899	...

Geld und Kredit³

Geld und Kredit ³	Einheit	2011	2012			2013				
		Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	117 322	118 975	119 731	118 696	119 564	118 904	118 137	125 085	124 568
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 311	12 024	12 169	11 771	12 042	12 085	11 935	12 668	12 008

¹ Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. –

² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2011	2012			2013			
	Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	14 643	15 080	15 413	14 983	14 601	14 273	13 753	14 474	13 508
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	90 369	91 871	92 149	91 942	92 921	92 546	92 449	97 943	99 052
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	107 341	110 263	110 912	110 406	110 893	110 469	110 111	116 437	116 350
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 143	99 772	100 226	99 954	100 152	99 940	99 761	104 866	105 312
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 198	10 492	10 686	10 452	10 741	10 529	10 350	11 571	11 038
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	9 981	8 712	8 819	8 290	8 671	8 435	8 026	8 648	8 218

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

	Mill. EUR	111 359	113 249	111 769	113 388	116 085	112 938	112 603	111 883	114 631
Sichteinlagen	Mill. EUR	43 847	46 913	45 313	47 540	50 320	50 117	50 925	51 526	53 576
Termineinlagen	Mill. EUR	30 198	29 481	29 377	29 346	29 382	27 314	26 702	25 866	26 426
Sparbriefe	Mill. EUR	7 672	7 744	7 870	7 596	7 548	6 985	6 710	6 445	6 414
Spareinlagen	Mill. EUR	29 642	29 112	29 209	28 906	28 835	28 522	28 266	28 046	28 215
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	108 983	110 671	109 216	110 892	113 330	110 206	109 800	109 433	112 081
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	106 437	107 602	106 499	108 148	108 998	107 236	107 139	106 814	108 780
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 546	3 069	2 717	2 744	4 332	2 970	2 661	2 619	3 301
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 376	2 578	2 553	2 496	2 755	2 732	2 803	2 450	2 550

Steuern

Einheit	2011	2012		2013				2014
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 398	3 533	3 701	4 170	2 831	3 126	3 610	4 241	2 846
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 002	1 088	1 021	1 734	841	634	978	1 767	779
Lohnsteuer	Mill. EUR	699	728	990	889	610	554	957	938	641
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	136	147	458	-	-	-	402	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	130	161	- 28	530	22	3	- 22	533	30
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	73	78	26	51	35	31	31	51	47

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2011	2012		2013				2014
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	30	34	53	12	71	11	43	11	64
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	17	36	-	-	-	29	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	69	87	- 19	251	103	35	- 30	234	- 2
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 7	- 1	- 19	-	-	-	- 5	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 397	2 444	2 680	2 436	1 991	2 492	2 632	2 475	2 067
Umsatzsteuer	Mill. EUR	441	462	494	488	396	524	569	541	424
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 956	1 982	2 186	1 948	1 595	1 968	2 063	1 933	1 643

Zölle

Mill. EUR	205	193	203	171	148	207	195	172	156
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	109	111	91	183	106	98	92	171	113
-----------	-----	-----	----	-----	-----	----	----	-----	-----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	27	28	32	65	13	31	34	48	21
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	38	38	33	29	52	36	31	31	55
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	44	45	27	90	41	31	27	92	37

Landessteuern

Landessteuern	Mill. EUR	43	55	55	57	62	63	68	98	70
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	7	14	16	15	14	15	19	54	15
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	20	25	25	27	31	33	34	27	37
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	12	11	11	11	14	11	12	13	15
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	2	1	1	1	2	1
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	2	3	3	2	2	3

Einheit	2011	2012				2013			
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	

Gemeindesteuern	Mill. EUR	541	601	711	582	590	576	641	632	561
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	6	4	4	5	6	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	116	122	122	142	111	116	125	144	115
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	412	462	572	420	462	443	497	465	426
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	9	12	13	14	12	13	15	17	17

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der****Gemeinden und Gemeinde-****verbände**

Einheit	2011	2012				2013			
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Mill. EUR	824	889	1 016	849	1 149	632	962	935	1 107
Mill. EUR	334	377	501	314	321	432	421	373	290
Mill. EUR	320	336	337	339	621	65	362	352	614
Mill. EUR	40	38	39	33	79	2	35	42	68

Einheit	2011	2012				2013				2014
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	738	809	751	1 076	706	764	803	1 241	692
Landessteuern	Mill. EUR	43	55	55	57	62	63	68	98	70
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	370	411	374	639	365	218	358	655	334
Lohnsteuer	Mill. EUR	236	249	363	264	260	180	350	285	273
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	55	68	- 12	225	9	1	- 10	227	13
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	31	36	9	19	13	15	14	22	22
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	15	23	5	31	5	19	5	28
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	35	43	- 10	125	52	17	- 15	117	- 1
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	304	320	320	320	279	424	370	427	290
Umsatzsteuer	Mill. EUR	211	225	237	211	194	344	278	325	213
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	92	95	83	109	86	80	92	102	77
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	6	0	16	- 0	16	2	16	- 0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	0	5	- 0	5	1	5	- 0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	11	12	1	32	- 0	32	4	32	- 1
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	3	0	7	- 0	7	1	7	- 0

Steuereinnahmen des Bundes

Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 808	1 871	1 922	2 225	1 503	1 673	1 866	2 233	1 511
Bundessteuern	Mill. EUR	109	111	91	183	106	98	92	171	113
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	436	475	434	759	368	274	416	772	335
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 257	1 279	1 396	1 267	1 029	1 286	1 356	1 275	1 064
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	6	0	16	- 0	16	2	16	- 0

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Februar 2014

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Atypische Beschäftigung –
Ergebnisse des Mikrozensus 2012
Kennziffer: A6033 201200

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bestockte Rebflächen 2013
Kennziffer: C1073 201300

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten
und Grünland im Dezember 2013
Kennziffer: C2013 201303

Rinderbestände und Rinderhaltungen
im November 2013
Kennziffer: C3073 201322

Schweinebestände und Schweinehaltungen
am 3. November 2013
Kennziffer: C3083 201322

Schafbestände und Schafhaltungen
am 3. November 2013
Kennziffer: C3093 201300

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinn-
ung von Steinen und Erden im Dezember 2013 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und
mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201312

Index des Auftragseingangs für das
verarbeitende Gewerbe im Dezember 2013
Kennziffer: E1033 201312

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke
der allgemeinen Versorgung im November 2013
Kennziffer: E4023 201311

Energiebilanz und CO₂-Bilanz 2010
Kennziffer: E4123 20100

Regionale Stromeinspeisung aus erneuerbaren
Energien 2012
Kennziffer: E4133 201200

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Dezember 2013
Kennziffer: F2033 201312

Baugenehmigungen 2013
Kennziffer: F2023 201300

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel
und im Gastgewerbe im November 2013
Kennziffer: G1023 201311

Gäste und Übernachtungen im Tourismus
im Dezember 2013
Kennziffer: G4023 201312

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im November 2013
Kennziffer: H1023 201311

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen
im 3. Vierteljahr 2013
Kennziffer: H1073 201343

Binnenschifffahrt im November 2013
Kennziffer: H2023 201311

Dienstleistungen, Geld und Kredit

Strukturerhebungen im Dienstleistungsbereich 2011
Kennziffer: J1023 201100

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Aufkommen an staatlichen Steuern 2009 bis 2013
Kennziffer: L1013 201300

Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2008
Kennziffer: L4103 200801

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz
und in Deutschland im Januar 2014
Kennziffer: M1013 201401

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Februar 2014
Kennziffer: Z2201 201402

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Gebäude- und Wohnungsbestand in Deutschland –
Erste Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungs-
zählung 2011
Kennziffer: F1015 201100

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Siemens

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Titelfoto: Juwi
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte